

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Übereinkommen vom 5. Mai 2020

zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union

A. Problem und Ziel

Mit dem am 5. Mai 2020 auch von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten völkerrechtlichen Übereinkommen zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) werden die bilateralen Investitionsschutzverträge, die die Vertragsstaaten untereinander abgeschlossen haben (sogenannte Intra-EU-Investitionsschutzverträge), unter Verzicht auf die Nachwirkungsfristen aufgehoben.

Von der Aufhebung sind alle 14 bilateralen Investitionsschutzverträge betroffen, die die Bundesrepublik Deutschland mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union abgeschlossen hat.

Mit dem Übereinkommen setzen die unterzeichneten EU-Mitgliedstaaten das Achmea-Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. März 2018 um. In diesem Urteil hat der EuGH die Schiedsklausel des bilateralen Investitionsschutzvertrags zwischen dem Königreich der Niederlande und der Slowakischen Republik für unvereinbar mit dem Unionsrecht erklärt. Die Entscheidung des EuGH ist übertragbar auf die Schiedsklauseln in allen 195 Intra-EU-Investitionsschutzverträgen, einschließlich der 14 bilateralen Investitionsschutzverträge, die die Bundesrepublik Deutschland mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union abgeschlossen hat.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die nach Artikel 15 des Übereinkommens vorgesehene Ratifikation geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Haushaltsausgaben für den Bund, die Länder und Kommunen entstehen nicht.

E. Erfüllungsaufwand**E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Es werden keine Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger eingeführt oder abgeschafft.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Das Übereinkommen ist kostenneutral und bewirkt keine Änderungen im Erfüllungsaufwand für deutsche Unternehmen. Bürokratiekosten aus Informationspflichten sind nicht betroffen.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Das Übereinkommen ist auch für die Verwaltung im Bund, den Ländern und Kommunen kostenneutral.

F. Weitere Kosten

Kosten für die Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme entstehen nicht. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 19. Oktober 2020

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 5. Mai 2020 zur
Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge zwischen den
Mitgliedstaaten der Europäischen Union

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 25. September 2020 als besonders
eilbedürftig zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung
der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich
nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf**Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 5. Mai 2020
zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge
zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union****Vom**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 5. Mai 2020 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Königreich Belgien, Republik Bulgarien, Tschechische Republik, Königreich Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Republik Estland, Hellenische Republik, Königreich Spanien, Französische Republik, Republik Kroatien, Italienische Republik, Republik Zypern, Republik Lettland, Republik Litauen, Großherzogtum Luxemburg, Ungarn, Republik Malta, Königreich der Niederlande, Republik Polen, Portugiesische Republik, Rumänien, Republik Slowenien und Slowakische Republik) wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 16 Absatz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.
- (3) Der Tag, an dem ein in Anhang A oder B des Übereinkommens aufgeführter Investitionsschutzvertrag der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 4 Absatz 2 des Übereinkommens außer Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (im Folgenden: Übereinkommen) findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, weil sich das Übereinkommen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 setzt das Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes um.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 16 Absatz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Nach Absatz 3 ist der Zeitpunkt, an dem ein in Anhang A oder B des Übereinkommens aufgeführter bilateraler Investitionsschutzvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union nach seinem Artikel 4 Absatz 2 außer Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkungen

Mit dem Übereinkommen werden die bilateralen Investitionsschutzverträge, die die Signatarstaaten untereinander abgeschlossen haben (im Folgenden: Intra-EU-Investitionsschutzverträge) unter Verzicht auf die Nachwirkungsfristen aufgehoben.

Das Regelungsvorhaben trägt zur Sicherung und Herstellung gemeinsamer Rahmenbedingungen in der Europäischen Union bei. Daher wird durch das Vorhaben dauerhaftes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Rahmen der deutschen/europäischen Nachhaltigkeitsstrategie gefördert (Ziel Nr. 8 und Ziel Nr. 10 der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in Verbindung mit den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen vom 1. Januar 2016).

Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte sind durch das Gesetz nicht zu erwarten. Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Kommunen sind ebenfalls nicht zu erwarten.

Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung ergibt sich nicht. Der Nationale Normenkontrollrat wurde beteiligt und hat von einer Stellungnahme abgesehen.

Sonstige Kosten für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen, sowie Auswirkungen des Gesetzes auf die Einzelpreise und das Preisniveau sind nicht zu erwarten.

Auswirkungen des Gesetzes auf die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie gleichstellungspolitische und demografische Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Auswirkungen des Gesetzes auf die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen sind nicht zu erwarten.

Übereinkommen
zur Beendigung
bilateraler Investitionsschutzverträge
zwischen den Mitgliedstaaten
der Europäischen Union

Agreement
for the termination
of Bilateral Investment Treaties
between the member states
of the European Union

Accord
portant extinction
des Traités bilatéraux d'investissement
entre états membres
de l'Union européenne

Die Vertragsparteien,
das Königreich Belgien,
die Republik Bulgarien,
die Tschechische Republik,
das Königreich Dänemark,
die Bundesrepublik Deutschland,
die Republik Estland,
die Hellenische Republik,
das Königreich Spanien,
die Französische Republik,
die Republik Kroatien,
die Italienische Republik,
die Republik Zypern,
die Republik Lettland,
die Republik Litauen,
das Großherzogtum Luxemburg,
Ungarn,
die Republik Malta,
das Königreich der Niederlande,
die Republik Polen,
die Portugiesische Republik,
Rumänien,
die Republik Slowenien und
die Slowakische Republik –

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union (EUV) und den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sowie die allgemeinen Grundsätze des Unionsrechts,

gestützt auf die im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (WVK) kodifizierten Regeln des Völkergewohnheitsrechts,

The Contracting Parties,
the Kingdom of Belgium,
the Republic of Bulgaria,
the Czech Republic,
the Kingdom of Denmark,
the Federal Republic of Germany,
the Republic of Estonia,
the Hellenic Republic,
the Kingdom of Spain,
the French Republic,
the Republic of Croatia,
the Italian Republic,
the Republic of Cyprus,
the Republic of Latvia,
the Republic of Lithuania,
the Grand Duchy of Luxembourg,
Hungary,
the Republic of Malta,
the Kingdom of the Netherlands,
the Republic of Poland,
the Portuguese Republic,
Romania,
the Republic of Slovenia and
the Slovak Republic,

having in mind the Treaty on European Union (TEU) and the Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU) and general principles of Union law,

having in mind the rules of customary international law as codified in the Vienna Convention on the Law of Treaties (VCLT),

Les Parties Contractantes,
le Royaume de Belgique,
la République de Bulgarie,
la République Tchèque,
le Royaume de Danemark,
la République Fédérale d'Allemagne,
la République d'Estonie,
la République Hellénique,
le Royaume d'Espagne,
la République Française,
la République de Croatie,
la République Italienne,
la République de Chypre,
la République de Lettonie,
la République de Lituanie,
le Grand-Duché de Luxembourg,
la Hongrie,
la République de Malte,
le Royaume des Pays-Bas,
la République de Pologne,
la République Portugaise,
la Roumanie,
la République de Slovénie et
la République Slovaque,

ayant à l'esprit le traité sur l'Union européenne (TUE), le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE) et les principes généraux du droit de l'Union,

ayant à l'esprit les règles du droit international coutumier telles qu'elles sont codifiées dans la convention de Vienne sur le droit des traités,

unter Hinweis auf die Feststellung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) in der Rechtssache C-478/07 Budějovický Budvar, wonach Bestimmungen eines zwischen zwei Mitgliedstaaten geschlossenen internationalen Übereinkommens in den Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern nicht angewandt werden können, wenn sie gegen die EU-Verträge verstoßen,

in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten entsprechend ihrer Verpflichtung, ihre Rechtsordnung mit dem Unionsrecht in Einklang zu bringen, die notwendigen Konsequenzen aus dem Unionsrecht in der Auslegung des EuGH in der Rechtssache C-284/16 Achmea (Achmea-Urteil) ziehen müssen,

in der Erwägung, dass Investor-Staat-Schiedsklauseln in bilateralen Investitionsschutzverträgen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (im Folgenden „EU-interne bilaterale Investitionsschutzverträge“) gegen die EU-Verträge verstoßen und aufgrund dieser Unvereinbarkeit nach dem Datum, an dem die letzte Partei eines EU-internen bilateralen Investitionsschutzvertrags ein Mitgliedstaat der Europäischen Union geworden ist, nicht mehr angewandt werden können,

in dem gemeinsamen Verständnis, das in diesem Übereinkommen von den Parteien der EU-Verträge und EU-interner bilateralen Investitionsschutzverträge zum Ausdruck gebracht wird, dass eine solche Klausel folglich nicht als Rechtsgrundlage für ein Schiedsverfahren dienen kann,

in dem Verständnis, dass dieses Übereinkommen für sämtliche Investor-Staat-Schiedsverfahren gelten sollte, die auf EU-internen bilateralen Investitionsschutzverträgen beruhen und nach einem Schiedsgerichtsübereinkommen oder Schiedsgerichtsbestimmungen wie dem Übereinkommen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten (ICSID-Übereinkommen) und der ICSID-Schiedsordnung, der Schiedsordnung des Ständigen Schiedshofs (PCA), der Schiedsordnung der Stockholmer Handelskammer (SCC), der Schiedsordnung der Internationalen Handelskammer (ICC), der Schiedsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) im Wege eines Ad-hoc-Schiedsverfahrens durchgeführt werden,

angesichts der Tatsache, dass bestimmte EU-interne bilaterale Investitionsschutzverträge, samt der darin enthaltenen Nachwirkungsklauseln, bereits bilateral beendet wurden und dass andere EU-interne bilaterale Investitionsschutzverträge einseitig beendet wurden und die Frist für die Anwendung der darin vorgesehenen Nachwirkungsklauseln abgelaufen ist,

im Einvernehmen darüber, dass die Frage der Vereinbarkeit der materiellen Bestimmungen der EU-internen bilateralen Investitionsschutzverträge mit den EU-Verträgen

recalling that the Court of Justice of the European Union (CJEU) held in Case C-478/07 Budějovický Budvar that provisions laid down in an international agreement concluded between two Member States cannot apply in the relations between those two States if they are found to be contrary to the EU Treaties,

considering that, in compliance with the obligation of Member States to bring their legal orders in conformity with Union law, they must draw the necessary consequences from Union law as interpreted in the judgment of the CJEU in Case C-284/16 Achmea (Achmea judgment),

considering that investor-State arbitration clauses in bilateral investment treaties between the Member States of the European Union (intra-EU bilateral investment treaties) are contrary to the EU Treaties and, as a result of this incompatibility, cannot be applied after the date on which the last of the parties to an intra-EU bilateral investment treaty became a Member State of the European Union,

sharing the common understanding expressed in this Agreement between the parties to the EU Treaties and intra-EU bilateral investment treaties that, as a result, such a clause cannot serve as legal basis for Arbitration Proceedings,

understanding that this Agreement should cover all investor-State arbitration proceedings based on intra-EU bilateral investment treaties under any arbitration convention or set of rules, including the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States (ICSID Convention) and the ICSID arbitration rules, the Permanent Court of Arbitration (PCA) arbitration rules, the Arbitration Institute of the Stockholm Chamber of Commerce (SCC) arbitration rules, the International Chamber of Commerce (ICC) arbitration rules, the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL) arbitration rules and ad hoc arbitration,

noting that certain intra-EU bilateral investment treaties, including their sunset clauses, have already been terminated bilaterally, and that other intra-EU bilateral investment treaties have been terminated unilaterally and the period of application of their sunset clauses has expired,

agreeing that this Agreement is without prejudice to the question of compatibility with the EU Treaties of substantive provisions of intra-EU bilateral investment

rappelant que la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) a jugé, dans l'affaire C-478/07, Budějovický Budvar, que les dispositions d'un accord international conclu entre deux États membres ne peuvent s'appliquer dans les relations entre ces deux États si elles se révèlent contraires aux traités de l'Union,

considérant que, conformément à l'obligation qui incombe aux États membres de mettre leur ordre juridique en conformité avec le droit de l'Union, ils doivent tirer les conséquences nécessaires du droit de l'Union tel qu'il est interprété dans l'arrêt de la CJUE dans l'affaire C-284/16, Achmea (arrêt Achmea),

considérant que les clauses d'arbitrage entre investisseurs et États figurant dans les traités bilatéraux d'investissement conclus entre des États membres de l'Union européenne (traités bilatéraux d'investissement intra-Union) sont contraires aux traités de l'Union et ne peuvent, en raison de cette incompatibilité, être appliquées après la date à laquelle la dernière des parties à un traité bilatéral d'investissement intra-Union est devenue un État membre de l'Union européenne,

partageant la communauté de vues, exprimée dans le présent Accord entre les parties aux traités de l'Union et à des traités bilatéraux d'investissement intra-Union, selon laquelle une telle clause ne peut, de ce fait, servir de fondement juridique à une Procédure d'arbitrage,

comprenant que le présent Accord devrait couvrir toutes les procédures d'arbitrage entre investisseurs et États se fondant sur des traités bilatéraux d'investissement intra-Union relevant d'une quelconque convention d'arbitrage ou d'un quelconque ensemble de règles d'arbitrage, en ce compris la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États (la Convention CIRDI) et les Règlements d'arbitrage du CIRDI, le Règlement d'arbitrage de la Cour permanente d'arbitrage (CPA), le Règlement de l'Institut d'arbitrage de la Chambre de commerce de Stockholm (CCS), le Règlement d'arbitrage de la Chambre de commerce internationale (CCI), le Règlement d'arbitrage de la Commission des Nations unies pour le droit commercial international (CNUDCI) et l'arbitrage ad hoc,

constatant, d'une part, qu'il a déjà été mis fin de manière bilatérale à certains traités bilatéraux d'investissement intra-Union, y compris leurs clauses de survie, et d'autre part, que d'autres traités bilatéraux d'investissement intra-Union ont été dénoncés de manière unilatérale et que la période d'application de leurs clauses de survie a expiré,

reconnaissant que le présent Accord est sans préjudice de la question de la compatibilité, avec les traités de l'Union, des dispositions de fond des traités bilatéraux

von diesem Übereinkommen unberührt bleibt,

in der Erwägung, dass dieses Übereinkommen die EU-internen bilateralen Investitionsschutzverträge betrifft und sich nicht auf EU-interne Verfahren auf der Grundlage von Artikel 26 des Vertrags über die Energiecharta erstreckt. Mit dieser Thematik werden sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu einem späteren Zeitpunkt befassen,

in der Erwägung, dass Investoren aus den Mitgliedstaaten, wenn sie von einer der Grundfreiheiten, wie der Niederlassungsfreiheit oder dem freien Kapitalverkehr, Gebrauch machen, im Anwendungsbereich des Unionsrechts handeln und deshalb den Schutz genießen, den diese Grundfreiheiten bieten, sowie gegebenenfalls den Schutz durch das einschlägige Sekundärrecht, durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die allgemeinen Grundsätze des Unionsrechts, zu denen insbesondere das Diskriminierungsverbot, das Verhältnismäßigkeitsprinzip, die Rechtssicherheit und der Vertrauensschutz gehören (Urteil des EuGH in der Rechtssache C-390/12, *Pfleger*, Randnummern 30 bis 37). Eine Maßnahme, die ein Mitgliedstaat als Ausnahme von einer durch Unionsrecht garantierten Grundfreiheit erlässt, fällt in den Geltungsbereich des Unionsrechts, und auch die in der Charta verbrieften Grundrechte finden Anwendung (Urteil des EuGH in der Rechtssache C-685/15, *Online Games Handels*, Randnummern 55 und 56),

unter Hinweis darauf, dass die Mitgliedstaaten nach Artikel 19 Absatz 1 Unterabsatz 2 EUV hinreichende Rechtsbehelfe vorsehen müssen, um einen wirksamen Rechtsschutz für die Rechte von Investoren nach dem Unionsrecht zu garantieren. Insbesondere muss jeder Mitgliedstaat sicherstellen, dass seine Gerichte im Sinne des Unionsrechts den Anforderungen eines wirksamen Rechtsschutzes genügen (Urteil des EuGH in der Rechtssache C-64/16, *Associação Sindical dos Juizes Portugueses*, Randnummern 31 bis 37),

unter Hinweis darauf, dass Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens nach Artikel 273 AEUV nicht die Rechtmäßigkeit der Maßnahme betreffen dürfen, die Gegenstand von Investor-Staat-Schiedsverfahren ist, welche im Rahmen eines unter dieses Übereinkommen fallenden bilateralen Investitionsschutzvertrags durchgeführt werden,

unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Möglichkeit der Europäischen Kommission oder der Mitgliedstaaten, einen Fall nach den Artikeln 258, 259 und 260 AEUV vor den EuGH zu bringen, von den Bestimmungen dieses Übereinkommens unberührt bleibt,

unter Hinweis darauf, dass ausgehend von den Schlussfolgerungen des Rates ECOFIN vom 11. Juli 2017 die Mitgliedstaaten und die Kommission ihre Gespräche ohne ungebührliche Verzögerung intensivie-

re treaties,

considering that this Agreement addresses intra-EU bilateral investment treaties; it does not cover intra-EU proceedings on the basis of Article 26 of the Energy Charter Treaty. The European Union and its Member States will deal with this matter at a later stage,

considering that when investors from Member States exercise one of the fundamental freedoms, such as the freedom of establishment or the free movement of capital, they act within the scope of application of Union law and therefore enjoy the protection granted by those freedoms and, as the case may be, by the relevant secondary legislation, by the Charter of Fundamental Rights of the European Union, and by the general principles of Union law, which include in particular the principles of non-discrimination, proportionality, legal certainty and the protection of legitimate expectations (Judgment of the CJEU in Case C-390/12 *Pfleger*, paragraphs 30 to 37). Where a Member State enacts a measure that derogates from one of the fundamental freedoms guaranteed by Union law, that measure falls within the scope of Union law and the fundamental rights guaranteed by the Charter also apply (Judgment of the CJEU in Case C-685/15 *Online Games Handels*, paragraphs 55 and 56),

recalling that Member States are obliged under the second subparagraph of Article 19(1) TEU to provide remedies sufficient to ensure effective legal protection of investors' rights under Union law. In particular, every Member State must ensure that its courts or tribunals, within the meaning of Union law, meet the requirements of effective judicial protection (Judgment of the CJEU in Case C-64/16 *Associação Sindical dos Juizes Portugueses*, paragraphs 31 to 37),

recalling that disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement pursuant to Article 273 TFEU shall not concern the legality of the measure that is the subject of investor-State arbitration proceedings based on a Bilateral Investment Treaty covered by this Agreement,

bearing in mind that the provisions of this Agreement are without prejudice to the possibility for the European Commission or any Member State to bring a case before the CJEU based on Articles 258, 259 and 260 TFEU,

recalling that in light of the ECOFIN Council conclusions of 11 July 2017, Member States and the Commission will intensify discussions without undue delay with the aim of better ensuring complete, strong and

d'investissement intra-Union,

considérant que le présent Accord porte sur les traités bilatéraux d'investissement intra-Union ; qu'il ne couvre pas les procédures intra-Union fondées sur l'article 26 du traité sur la Charte de l'énergie. L'Union européenne et ses États membres traiteront cette question ultérieurement,

considérant que lorsque les investisseurs des États membres exercent une des libertés fondamentales, telle que la liberté d'établissement ou la libre circulation des capitaux, ils agissent dans le champ d'application du droit de l'Union et bénéficient dès lors de la protection conférée par ces libertés et, selon le cas, par le droit dérivé applicable, par la Charte des droits fondamentaux de l'Union européenne et par les principes généraux du droit de l'Union, notamment les principes de non-discrimination, de proportionnalité, de sécurité juridique et de protection de la confiance légitime (arrêt de la CJUE dans l'affaire C-390/12, *Pfleger*, points 30 à 37). Lorsqu'un État membre édicte une mesure dérogeant à une des libertés fondamentales garanties par le droit de l'Union, cette mesure entre dans le champ d'application du droit de l'Union, et les droits fondamentaux garantis par la Charte s'appliquent également (arrêt de la CJUE dans l'affaire C-685/15, *Online Games Handels*, points 55 et 56),

rappelant que les États membres sont tenus, au titre de l'article 19, paragraphe 1, second alinéa, du TUE, d'établir les voies de recours nécessaires pour assurer une protection juridictionnelle effective des droits des investisseurs dans le cadre du droit de l'Union. En particulier, chaque État membre doit veiller à ce que ses juridictions, au sens du droit de l'Union, satisfassent aux exigences d'une protection juridictionnelle effective (arrêt de la CJUE dans l'affaire C-64/16, *Associação Sindical dos Juizes Portugueses*, points 31 à 37),

rappelant que les différends entre les Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord en application de l'article 273 du TFUE ne peuvent concerner la légalité de la mesure qui fait l'objet d'une procédure d'arbitrage entre investisseur et État fondée sur un Traité bilatéral d'investissement couvert par le présent Accord,

ayant à l'esprit que les dispositions du présent Accord sont sans préjudice de la possibilité, pour la Commission européenne ou un État membre, de saisir la CJUE sur la base des articles 258, 259 et 260 du TFUE,

rappelant qu'à la lumière des conclusions du Conseil Ecofin du 11 juillet 2017, les États membres et la Commission intensifieront sans retard indu leurs discussions en vue de mieux assurer une protection com-

ren werden, um besser für einen lückenlosen, starken und wirksamen Schutz von Investitionen in der Europäischen Union zu sorgen. Im Rahmen dieser Gespräche werden die bestehenden Verfahren und Mechanismen der Streitbeilegung auf den Prüfstand gestellt ebenso wie der Bedarf an neuen oder verbesserten unionsrechtlichen Instrumenten und Mechanismen und, sofern ein Bedarf festgestellt wird, der Mittel dafür,

unter Hinweis darauf, dass die weiteren Maßnahmen und Aktionen, die im Rahmen des Unionsrechts gegebenenfalls notwendig sind, um in der Europäischen Union einen besseren Schutz grenzübergreifender Investitionen zu garantieren und für vorhersehbarere, stabilere und klarere rechtliche Rahmenbedingungen zu sorgen, um im Binnenmarkt Investitionsanreize zu schaffen, von diesem Übereinkommen unberührt bleiben,

in der Erwägung, dass die in diesem Übereinkommen enthaltenen Verweise auf die Europäische Union auch als Verweise auf ihre Vorgängerin, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, und nachfolgend die Europäische Gemeinschaft zu verstehen sind, bis letztere durch die Europäische Union ersetzt wurde –

sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt 1 **Begriffsbestimmungen**

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Übereinkommens bezeichnet der Ausdruck

1. „bilateraler Investitionsschutzvertrag“ einen der in Anhang A oder B aufgeführten Investitionsschutzverträge;
2. „Schiedsverfahren“ ein Verfahren vor einem Schiedsgericht, das geschaffen wurde, um Streitigkeiten zwischen einem Investor aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union und einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gemäß einem bilateralen Investitionsschutzvertrag beizulegen;
3. „Schiedsklausel“ eine Investor-Staat-Schiedsklausel in einem bilateralen Investitionsschutzvertrag, der Schiedsverfahren vorsieht;
4. „abgeschlossenes Schiedsverfahren“ ein Schiedsverfahren, das mit einer Einigung der Vertragsparteien endete, oder in dem vor dem 6. März 2018 ein endgültiger Schiedsspruch ergangen ist, wobei
 - a) der Schiedsspruch vor dem 6. März 2018 ordnungsgemäß vollstreckt worden sein muss, selbst wenn ein damit verbundener Anspruch auf Rechtskosten nicht erfüllt oder vollstreckt wurde, und zu diesem endgültigen Schiedsspruch am 6. März

effective protection of investments within the European Union. Those discussions include the assessment of existing processes and mechanisms of dispute resolution as well as the need and, if the need is ascertained, the means to create new or improve relevant existing tools and mechanisms under Union law,

recalling that this Agreement is without prejudice to further measures and actions that may be necessary within the framework of Union law in order to ensure a higher level of protection of cross-border investments within the European Union and to create a more predictable, stable and clear regulatory environment to incentivise investments within the internal market,

considering that the references to the European Union in this Agreement are to be understood also as references to its predecessor, the European Economic Community and, subsequently, the European Community, until the latter was superseded by the European Union,

have agreed upon the following provisions:

Section 1 **Definitions**

Article 1

Definitions

For the purposes of this Agreement, the following definitions shall apply:

- (1) “Bilateral Investment Treaty” means any investment treaty listed in Annex A or B;
- (2) “Arbitration Proceedings” means any proceedings before an arbitral tribunal established to resolve a dispute between an investor from one Member State of the European Union and another Member State of the European Union in accordance with a Bilateral Investment Treaty;
- (3) “Arbitration Clause” means an investor-State arbitration clause laid down in a Bilateral Investment Treaty providing for Arbitration Proceedings;
- (4) “Concluded Arbitration Proceedings” means any Arbitration Proceedings which ended with a settlement agreement or with a final award issued prior to 6 March 2018 where:
 - (a) the award was duly executed prior to 6 March 2018, even where a related claim for legal costs has not been executed or enforced, and no challenge, review, set-aside, annulment, enforcement, revision or other similar proceedings in relation to such

plète, solide et efficace des investissements au sein de l’Union européenne. Il s’agira notamment d’évaluer les procédures et mécanismes existants de règlement des différends, ainsi que la nécessité et, le cas échéant, les moyens de créer de nouveaux outils et mécanismes ou d’améliorer les outils et mécanismes existants pertinents dans le cadre du droit de l’Union,

rappelant que le présent Accord est sans préjudice des mesures et actions supplémentaires qui peuvent s’avérer nécessaires, dans le cadre du droit de l’Union, pour assurer un niveau accru de protection des investissements transfrontières au sein de l’Union européenne et pour créer un environnement réglementaire plus prévisible, plus stable et plus clair afin d’encourager les investissements dans le marché intérieur,

considérant que les références faites à l’Union européenne dans le présent Accord doivent également s’entendre comme des références faites à son prédécesseur, la Communauté économique européenne, puis la Communauté européenne, jusqu’à ce que l’Union européenne se substitue à celle-ci,

sont convenues des dispositions qui suivent :

Section 1 **Définitions**

Article 1

Définitions

Aux fins du présent Accord, on entend par :

- 1) « Traité bilatéral d’investissement », tout traité d’investissement mentionné à l’annexe A ou B ;
- 2) « Procédure d’arbitrage », toute procédure devant un tribunal arbitral créé pour régler un différend entre un investisseur d’un État membre de l’Union européenne et un autre État membre de l’Union européenne conformément à un Traité bilatéral d’investissement ;
- 3) « Clause d’arbitrage », une clause d’arbitrage entre investisseur et État figurant dans un Traité bilatéral d’investissement qui prévoit une Procédure d’arbitrage ;
- 4) « Procédure d’arbitrage achevée », toute Procédure d’arbitrage ayant abouti à un accord de règlement transactionnel ou à une sentence finale rendue avant le 6 mars 2018 lorsque :
 - a) la sentence a été dûment exécutée avant le 6 mars 2018, même en l’absence d’exécution d’une créance connexe de frais de procédure, et qu’aucune contestation, demande de réexamen, action en annulation, procédure d’exécution et aucun

- | | | |
|--|--|---|
| <p>2018 kein Verfahren zur Anfechtung, Überprüfung, Aufhebung, Annullierung, Durchsetzung oder Wiederaufnahme oder ähnliches Verfahren anhängig war, oder</p> <p>b) der Schiedsspruch vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens aufgehoben oder annulliert wurde;</p> | <p>final award was pending on 6 March 2018, or</p> <p>(b) the award was set aside or annulled before the date of entry into force of this Agreement;</p> | <p>contrôle ou autre procédure similaire se rapportant à cette sentence finale n'était en cours au 6 mars 2018 ; ou</p> <p>b) la sentence a été annulée avant la date d'entrée en vigueur du présent Accord ;</p> |
| <p>5. „anhängiges Schiedsverfahren“ ein Schiedsverfahren, das vor dem 6. März 2018 eingeleitet wurde und unabhängig davon, in welchem Stadium es sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens befindet, nicht als abgeschlossenes Schiedsverfahren angesehen werden kann;</p> | <p>(5) "Pending Arbitration Proceedings" means any Arbitration Proceedings initiated prior to 6 March 2018 and not qualifying as Concluded Arbitration Proceedings, regardless of their stage on the date of the entry into force of this Agreement;</p> | <p>5) « Procédure d'arbitrage en cours », toute Procédure d'arbitrage ouverte avant le 6 mars 2018 et ne pouvant être qualifiée de Procédure d'arbitrage achevée, quelle que soit la phase dans laquelle elle se trouve à la date d'entrée en vigueur du présent Accord ;</p> |
| <p>6. „neues Schiedsverfahren“ ein Schiedsverfahren, das am oder nach dem 6. März 2018 eingeleitet wurde;</p> | <p>(6) "New Arbitration Proceedings" means any Arbitration Proceedings initiated on or after 6 March 2018;</p> | <p>6) « Procédure d'arbitrage nouvelle », toute Procédure d'arbitrage ouverte le 6 mars 2018 ou postérieurement à cette date ;</p> |
| <p>7. „Nachwirkungsklausel“ eine Bestimmung in einem bilateralen Investitionsschutzvertrag, durch die sich der Schutz von Investitionen, die vor Beendigung jenes Vertrags getätigt wurden, für einen weiteren Zeitraum verlängert.</p> | <p>(7) "Sunset Clause" means any provision in a Bilateral Investment Treaty which extends the protection of investments made prior to the date of termination of that Treaty for a further period of time.</p> | <p>7) « Clause de survie », toute disposition d'un Traité bilatéral d'investissement qui proroge pour une période supplémentaire la protection des investissements réalisés avant la date d'extinction dudit Traité.</p> |

Abschnitt 2
Bestimmungen
zur Beendigung bilateraler
Investitionsschutzverträge

Artikel 2
Beendigung
bilateraler Investitionsschutzverträge

(1) Die in Anhang A genannten bilateralen Investitionsschutzverträge werden gemäß den Bestimmungen dieses Übereinkommens beendet.

(2) Zur Klarstellung: Die Nachwirkungsklauseln in den in Anhang A genannten bilateralen Investitionsschutzverträgen werden gemäß Absatz 1 beendet und entfalten keine Rechtswirkung.

Artikel 3
Beendigung
möglicher Wirkungen
von Nachwirkungsklauseln

Die Nachwirkungsklauseln in den in Anhang B genannten bilateralen Investitionsschutzverträgen werden gemäß den Bestimmungen dieses Übereinkommens beendet und entfalten keine Rechtswirkung.

Artikel 4
Gemeinsame Bestimmungen

(1) Hiermit bestätigen die Vertragsparteien, dass Schiedsklauseln im Widerspruch zu den EU-Verträgen stehen und daher nicht anwendbar sind. Aufgrund dieser Unvereinbarkeit zwischen Schiedsklauseln und den EU-Verträgen kann eine Schiedsklausel in einem bilateralen Investitions-

Section 2
Provisions
regarding the termination of
Bilateral Investment Treaties

Article 2
Termination
of Bilateral Investment Treaties

1. Bilateral Investment Treaties listed in Annex A are terminated according to the terms set out in this Agreement.

2. For greater certainty, Sunset Clauses of Bilateral Investment Treaties listed in Annex A are terminated in accordance with paragraph 1 of this Article and shall not produce legal effects.

Article 3
Termination
of possible effects
of Sunset Clauses

Sunset Clauses of Bilateral Investment Treaties listed in Annex B are terminated by this Agreement and shall not produce legal effects, in accordance with the terms set out in this Agreement.

Article 4
Common provisions

1. The Contracting Parties hereby confirm that Arbitration Clauses are contrary to the EU Treaties and thus inapplicable. As a result of this incompatibility between Arbitration Clauses and the EU Treaties, as of the date on which the last of the parties to a Bilateral Investment Treaty became a

Section 2
Dispositions
relatives à l'extinction des
traités bilatéraux d'investissement

Article 2
Extinction
des Traités bilatéraux d'investissement

1. Il est mis fin aux Traités bilatéraux d'investissement énumérés à l'annexe A conformément aux conditions énoncées dans le présent Accord.

2. Il est entendu qu'il est mis fin aux Clauses de survie figurant dans les Traités bilatéraux d'investissement énumérés à l'annexe A conformément au paragraphe 1 du présent article et que ces Clauses de survie ne produisent pas d'effets juridiques.

Article 3
Annulation
des effets éventuels
des Clauses de survie

Il est mis fin aux Clauses de survie des Traités bilatéraux d'investissement énumérés à l'annexe B en vertu du présent Accord et ces Clauses de survie ne produisent pas d'effets juridiques, conformément aux conditions énoncées dans le présent Accord.

Article 4
Dispositions communes

1. Les Parties contractantes confirment que les Clauses d'arbitrage sont contraires aux traités de l'Union, et qu'elles sont donc inapplicables. En raison de cette incompatibilité entre les Clauses d'arbitrage et les traités de l'Union, à compter de la date à laquelle la dernière des parties à un Traité

schutzvertrag ab dem Zeitpunkt, zu dem der letzte Vertragsstaat dieses bilateralen Investitionsschutzvertrags ein Mitgliedstaat der Europäischen Union geworden ist, nicht als Rechtsgrundlage für ein Schiedsverfahren dienen.

(2) Die Beendigung der in Anhang A genannten bilateralen Investitionsschutzverträge gemäß Artikel 2 und die Beendigung von Nachwirkungsklauseln in den in Anhang B genannten bilateralen Investitionsschutzverträgen gemäß Artikel 3 werden bei jedem dieser Verträge wirksam, sobald das vorliegende Übereinkommen gemäß Artikel 16 für die betreffenden Vertragsparteien in Kraft tritt.

Member State of the European Union, the Arbitration Clause in such a Bilateral Investment Treaty cannot serve as legal basis for Arbitration Proceedings.

2. The termination in accordance with Article 2 of Bilateral Investment Treaties listed in Annex A and the termination in accordance with Article 3 of Sunset Clauses of Bilateral Investment Treaties listed in Annex B shall take effect, for each such Treaty, as soon as this Agreement enters into force for the relevant Contracting Parties, in accordance with Article 16.

bilatéral d'investissement est devenue un État membre de l'Union européenne, la Clause d'arbitrage figurant dans un tel Traité bilatéral d'investissement ne peut servir de fondement juridique à une Procédure d'arbitrage.

2. L'extinction, conformément à l'article 2, des Traités bilatéraux d'investissement énumérés à l'annexe A et l'extinction, conformément à l'article 3, des Clauses de survie des Traités bilatéraux d'investissement énumérés à l'annexe B prennent effet, en ce qui concerne chacun de ces Traités, dès l'entrée en vigueur du présent Accord pour les Parties contractantes concernées, conformément à l'article 16.

Abschnitt 3

Bestimmungen zu Ansprüchen, die im Rahmen bilateraler Investitionsschutzverträge geltend gemacht werden

Artikel 5

Neue Schiedsverfahren

Schiedsklauseln werden nicht als Rechtsgrundlage für neue Schiedsverfahren herangezogen.

Artikel 6

Abgeschlossene Schiedsverfahren

(1) Abgeschlossene Schiedsverfahren bleiben unbeschadet des Artikels 4 von diesem Übereinkommen unberührt. Diese Verfahren werden nicht wiederaufgenommen.

(2) Ebenfalls vom vorliegenden Übereinkommen unberührt bleiben Vereinbarungen zur gütlichen Beilegung einer Streitigkeit, die im Rahmen eines vor dem 6. März 2018 angestregten Schiedsverfahrens getroffen werden.

Artikel 7

Pflichten der Vertragsparteien im Hinblick auf anhängige Schiedsverfahren und neue Schiedsverfahren

Wenn es sich bei den Vertragsparteien um Vertragsstaaten bilateralen Investitionsschutzverträge handelt, in deren Rahmen anhängige Schiedsverfahren oder neue Schiedsverfahren eingeleitet wurden,

- a) unterrichten sie die Schiedsgerichte in gegenseitiger Zusammenarbeit und auf der Grundlage der Erklärung in Anhang C über die in Artikel 4 beschriebenen Rechtsfolgen des Urteils in der Rechtssache Achmea und
- b) ersuchen sie für den Fall, dass sie Partei eines Gerichtsverfahrens sind, das einen im Rahmen eines bilateralen Investitionsschutzvertrags ergangenen Schiedsspruch betrifft, das zuständige

Section 3

Provisions regarding claims made under Bilateral Investment Treaties

Article 5

New Arbitration Proceedings

Arbitration Clauses shall not serve as legal basis for New Arbitration Proceedings.

Article 6

Concluded Arbitration Proceedings

1. Notwithstanding Article 4, this Agreement shall not affect Concluded Arbitration Proceedings. Those proceedings shall not be reopened.

2. In addition, this Agreement shall not affect any agreement to settle amicably a dispute being the subject of Arbitration Proceedings initiated prior to 6 March 2018.

Article 7

Duties of the Contracting Parties concerning Pending Arbitration Proceedings and New Arbitration Proceedings

Where the Contracting Parties are parties to Bilateral Investment Treaties on the basis of which Pending Arbitration Proceedings or New Arbitration Proceedings were initiated, they shall:

- (a) inform, in cooperation with each other and on the basis of the statement in Annex C, arbitral tribunals about the legal consequences of the Achmea judgment as described in Article 4; and
- (b) where they are party to judicial proceedings concerning an arbitral award issued on the basis of a Bilateral Investment Treaty, ask the competent national court, including in any third country, as

Section 3

Dispositions relatives aux recours exercés en vertu de traités bilatéraux d'investissement

Article 5

Procédures d'arbitrage nouvelles

Les Clauses d'arbitrage ne peuvent servir de fondement juridique à des Procédures d'arbitrage nouvelles.

Article 6

Procédures d'arbitrage achevées

1. Nonobstant l'article 4, le présent Accord n'affecte pas les Procédures d'arbitrage achevées. Ces procédures ne peuvent être rouvertes.

2. En outre, le présent Accord ne porte pas atteinte à un quelconque accord destiné à régler à l'amiable un différend faisant l'objet d'une Procédure d'arbitrage ouverte avant le 6 mars 2018.

Article 7

Obligations des Parties contractantes en ce qui concerne les Procédures d'arbitrage en cours et les Procédures d'arbitrage nouvelles

Lorsque les Parties contractantes sont des parties à des Traités d'investissement bilatéraux sur la base desquels a été ouverte une Procédure d'arbitrage en cours ou une Procédure d'arbitrage nouvelle, elles doivent :

- a) dans le cadre d'une coopération mutuelle et sur la base de la déclaration figurant à l'annexe C, informer les tribunaux d'arbitrage des conséquences juridiques de l'arrêt Achmea telles qu'elles sont décrites à l'article 4 ; et
- b) lorsqu'elles sont parties à une procédure judiciaire concernant une sentence arbitrale rendue sur la base d'un Traité bilatéral d'investissement, demander à la juridiction nationale compétente, y

nationale Gericht, selbst wenn es sich in einem Drittland befindet, gegebenenfalls darum, den Schiedsspruch aufzuheben oder zu annullieren oder von dessen Anerkennung und Vollstreckung abzusehen.

the case may be, to set the arbitral award aside, annul it or to refrain from recognising and enforcing it.

compris dans tout pays tiers, d'annuler ladite sentence arbitrale ou de s'abstenir de la reconnaître et de l'exécuter, selon le cas.

Artikel 8

Übergangsmaßnahmen im Zusammenhang mit anhängigen Schiedsverfahren

(1) Ist ein Investor Partei eines anhängigen Schiedsverfahrens und hat dieser Investor die Maßnahme, um die es bei der Streitigkeit geht, nicht vor dem zuständigen nationalen Gericht angefochten, finden die Übergangsbestimmungen der Artikel 9 und 10 Anwendung.

(2) Ergeht ein endgültiger Schiedsspruch, in dem festgestellt wird, dass die strittige Maßnahme nicht unter den betreffenden bilateralen Investitionsschutzvertrag fällt oder nicht gegen diesen bilateralen Investitionsschutzvertrag verstößt, vor Inkrafttreten des vorliegenden Übereinkommens, finden die in diesem Artikel genannten Übergangsmaßnahmen keine Anwendung.

(3) Werden bei einem anhängigen Schiedsverfahren von der betroffenen Vertragspartei Gegenansprüche geltend gemacht, finden der vorliegende Artikel sowie die Artikel 9 und 10 auf diese Ansprüche mutatis mutandis Anwendung.

(4) Die betroffene Vertragspartei und der Investor können sich auch darauf verständigen, die Streitigkeit auf andere angemessene Weise, insbesondere auch gütlich beizulegen, solange die Lösung mit dem Unionsrecht vereinbar ist.

Artikel 9

Strukturierter Dialog bei anhängigen Schiedsverfahren

(1) Ein Investor, der als Partei an einem anhängigen Schiedsverfahren beteiligt ist, kann die an diesem Verfahren beteiligte Vertragspartei um ein Streitbeilegungsverfahren nach diesem Artikel ersuchen, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Das anhängige Schiedsverfahren wurde auf entsprechenden Antrag des Investors ausgesetzt und
- b) der Investor hat sich für den Fall, dass im Rahmen des anhängigen Schiedsverfahrens bereits ein Schiedsspruch ergangen ist, dieser aber noch nicht endgültig umgesetzt oder vollstreckt wurde, dazu verpflichtet, kein Verfahren zu dessen Anerkennung, Umsetzung, Vollstreckung oder Zahlung einzuleiten oder – sollte ein solches Verfahren bereits eingeleitet worden sein – dessen Aussetzung zu beantragen.

Die betroffene Vertragspartei übermittelt innerhalb von zwei Monaten gemäß den Absätzen 2 bis 4 eine schriftliche Antwort.

Article 8

Transitional measures related to Pending Arbitration Proceedings

1. Where an investor is party to Pending Arbitration Proceedings and has not challenged before the competent national court the measure that is subject to the dispute, the transitional measures of Articles 9 and 10 apply.

2. When a final award finding that the measure in dispute does not fall under the Bilateral Investment Treaty concerned, or does not violate that Bilateral Investment Treaty, is issued before the date of entry into force of this Agreement, the transitional measures referred to in this Article shall not apply.

3. Where Pending Arbitration Proceedings include counter-claims by the Contracting Party concerned, this Article and Articles 9 and 10 shall apply mutatis mutandis to those claims.

4. The Contracting Party concerned and the investor may also agree on any other appropriate resolution of the dispute, including an amicable resolution, provided the solution complies with Union law.

Article 9

Structured dialogue for Pending Arbitration Proceedings

1. An investor party to Pending Arbitration Proceedings may ask the Contracting Party involved in those proceedings to enter into a settlement procedure pursuant to this Article, on condition that:

- (a) the Pending Arbitration Proceedings have been suspended pursuant to a request to that effect by the investor, and
- (b) if an award has already been issued in the Pending Arbitration Proceedings, but not yet definitively enforced or executed, the investor undertakes not to start proceedings for its recognition, execution, enforcement or payment in a Member State or in a third country or, if such proceedings have already started, to request that they are suspended.

The Contracting Party concerned shall reply in writing within two months in accordance with paragraphs 2 to 4.

Article 8

Mesures transitoires liées aux Procédures d'arbitrage en cours

1. Lorsqu'un investisseur est partie à une Procédure d'arbitrage en cours et qu'il n'a pas contesté la mesure faisant l'objet du différend devant la juridiction nationale compétente, les mesures transitoires visées aux articles 9 et 10 s'appliquent.

2. Lorsqu'une sentence définitive constatant que la mesure contestée ne relève pas du Traité bilatéral d'investissement concerné, ou ne l'enfreint pas, est rendue avant la date d'entrée en vigueur du présent Accord, les mesures transitoires visées au présent article ne s'appliquent pas.

3. Si une Procédure d'arbitrage en cours inclut des demandes reconventionnelles de la Partie contractante concernée, le présent article et les articles 9 et 10 s'appliquent mutatis mutandis à ces demandes.

4. La Partie contractante concernée et l'investisseur peuvent également convenir de tout autre règlement approprié du différend, y compris d'un règlement à l'amiable, à condition que cette solution soit conforme au droit de l'Union.

Article 9

Dialogue structuré pour les Procédures d'arbitrage en cours

1. Un investisseur qui est partie à une Procédure d'arbitrage en cours peut demander à la Partie contractante concernée par cette procédure de s'engager dans une procédure de règlement transactionnel en application du présent article, à condition que :

- a) la Procédure d'arbitrage en cours ait été suspendue à la suite d'une demande à cet effet présentée par l'investisseur ; et
- b) si une sentence a déjà été rendue dans le cadre de la Procédure d'arbitrage en cours, mais n'a pas encore été définitivement exécutée, l'investisseur s'engage à ne pas ouvrir de procédure, dans un État membre ou dans un pays tiers, en vue de la reconnaissance de cette sentence, de son exécution ou de son paiement ou, si une telle procédure a déjà été ouverte, à en demander la suspension.

La Partie contractante concernée doit répondre par écrit dans un délai de deux mois conformément aux paragraphes 2 à 4.

Eine Vertragspartei kann auch einen an einem anhängigen Schiedsverfahren beteiligten Investor um ein Streitbeilegungsverfahren nach diesem Artikel ersuchen. Der Investor kann dies innerhalb von zwei Monaten unter den in Unterabsatz 1 Buchstaben a und b genannten Voraussetzungen schriftlich akzeptieren.

Aus der Antwort der betroffenen Vertragspartei bzw. der Zusage des Investors muss gegebenenfalls hervorgehen, dass das Streitbeilegungsverfahren damit eingeleitet ist.

(2) Ein Streitbeilegungsverfahren kann nur innerhalb von sechs Monaten, nachdem der bilaterale Investitionsschutzvertrag, in dessen Rahmen das anhängige Schiedsverfahren eingeleitet wurde, gemäß den Artikeln 2 oder 3 dieses Übereinkommens beendet wurde, durch ein Ersuchen nach Absatz 1 dieses Artikels eingeleitet werden.

(3) Ein Streitbeilegungsverfahren wird eingeleitet, wenn der EuGH oder ein nationales Gericht in einem rechtskräftigen Urteil festgestellt hat, dass die staatliche Maßnahme, die in dem in Absatz 1 genannten Verfahren angefochten wird, gegen Unionsrecht verstößt.

(4) Ein Streitbeilegungsverfahren wird nicht eingeleitet, wenn der EuGH oder ein nationales Gericht in einem rechtskräftigen Urteil festgestellt hat, dass die staatliche Maßnahme, die in dem in Absatz 1 genannten Verfahren angefochten wird, nicht gegen Unionsrecht verstößt. Gleiches gilt, wenn die Europäische Kommission in einem bestandskräftigen Beschluss festgestellt hat, dass die Maßnahme nicht gegen Unionsrecht verstößt.

(5) Sollte ein Gerichtsverfahren anhängig sein, bei dem ein Urteil im Sinne von Absatz 3 oder 4 erwirkt werden soll, teilt die betroffene Vertragspartei dem Investor dies in ihrer Antwort gemäß Absatz 1 mit. Die Einleitung des Streitbeilegungsverfahrens wird so lange ausgesetzt, bis in dem Gerichtsverfahren ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist. Die betroffene Vertragspartei setzt den Investor binnen zwei Wochen über dieses Urteil in Kenntnis. Gleiches gilt, wenn die Europäische Kommission einen Beschluss gefasst hat, der noch nicht bestandskräftig ist.

(6) Ein Streitbeilegungsverfahren kann eingeleitet werden, wenn die staatliche Maßnahme, die in dem in Absatz 1 genannten Verfahren angefochten wird, potenziell gegen Unionsrecht verstößt, und weder Absatz 3 noch Absatz 4 Anwendung findet.

(7) Damit die Streitigkeit, die Gegenstand des Schiedsverfahrens ist, von den Parteien außerhalb eines Gerichts- oder Schiedsverfahrens gütlich, rechtmäßig und fair beigelegt werden kann, wird das Streitbeilegungsverfahren von einem unparteiischen Vermittler beaufsichtigt. Das Streitbeile-

A Contracting Party may also ask an investor involved in Pending Arbitration Proceedings to enter into a settlement procedure pursuant to this Article. The investor may accept in writing within two months provided that the conditions set out in points (a) and (b) of the first subparagraph are fulfilled.

The reply by the Contracting Party concerned or the acceptance by the investor must state, where relevant, that the settlement procedure is thereby initiated.

2. A settlement procedure may only be initiated within six months from the termination, pursuant to Article 2 or 3 of this Agreement, of the Bilateral Investment Treaty on the basis of which the Pending Arbitration Proceedings were initiated, by making a request pursuant to paragraph 1 of this Article.

3. A settlement procedure shall be entered into if the CJEU or a national court has found, in a judgment that has become final, that the State measure being contested in the proceedings referred to in paragraph 1 violates Union law.

4. A settlement procedure shall not be entered into if the CJEU or a national court has found, in a judgment that has become final, that the State measure being contested in the proceedings referred to in paragraph 1 does not violate Union law. The same applies if the European Commission has adopted a decision which has become definitive finding that the measure does not violate Union law.

5. If court proceedings, the object of which is to obtain a judgment as referred to in paragraph 3 or 4, are pending, the Contracting Party concerned shall in its reply pursuant to paragraph 1 inform the investor of that fact. The initiation of the settlement procedure shall be suspended until the court proceedings have resulted in a judgment that has become final. The Contracting Party concerned shall inform the investor within two weeks of such judgment. The same applies if the European Commission has adopted a decision which has not yet become definitive.

6. A settlement procedure may be entered into if a potential violation of Union law caused by the State measure being contested in the proceedings referred to in paragraph 1 can be identified and neither paragraph 3 nor 4 applies.

7. The settlement procedure shall be overseen by an impartial facilitator with a view to finding between the parties an amicable, lawful and fair out-of-court and out-of-arbitration settlement of the dispute which is the subject of the Arbitration Proceedings. The settlement procedure shall

Une Partie contractante peut également demander à un investisseur concerné par une Procédure d'arbitrage en cours de s'engager dans une procédure de règlement transactionnel en application du présent article. L'investisseur peut accepter par écrit, dans un délai de deux mois, sous réserve du respect des conditions prévues au premier alinéa, points a) et b).

La réponse de la Partie contractante concernée ou l'acceptation écrite de l'investisseur doit indiquer, le cas échéant, que la procédure de règlement transactionnel est ouverte par cette réponse ou acceptation.

2. Une procédure de règlement transactionnel ne peut être engagée que dans les six mois suivant l'extinction, en application de l'article 2 ou 3 du présent Accord, du Traité bilatéral d'investissement sur la base duquel a été ouverte la Procédure d'arbitrage en cours, par l'introduction d'une demande conformément au paragraphe 1 du présent article.

3. Une procédure de règlement transactionnel est engagée si la CJUE ou une juridiction nationale a jugé, dans un arrêt devenu définitif, que la mesure étatique contestée dans la procédure visée au paragraphe 1 enfreint le droit de l'Union.

4. Une procédure de règlement transactionnel ne peut être engagée si la CJUE ou une juridiction nationale a jugé, dans un arrêt devenu définitif, que la mesure étatique contestée dans la procédure visée au paragraphe 1 n'enfreint pas le droit de l'Union. Il en va de même si la Commission européenne a adopté une décision, devenue définitive, selon laquelle la mesure n'enfreint pas le droit de l'Union.

5. Si une procédure judiciaire visant à obtenir un arrêt tel qu'il est visé au paragraphe 3 ou 4 est en cours, la Partie contractante concernée en informe l'investisseur dans la réponse prévue au paragraphe 1. L'ouverture de la procédure de règlement transactionnel est suspendue jusqu'à ce que la procédure judiciaire ait abouti à une décision devenue définitive. La Partie contractante concernée informe l'investisseur de cette décision dans un délai de deux semaines. Il en va de même si la Commission européenne a adopté une décision qui n'est pas encore devenue définitive.

6. Une procédure de règlement transactionnel peut être ouverte si une infraction potentielle au droit de l'Union due à la mesure étatique contestée dans la procédure visée au paragraphe 1 peut être identifiée et si ni le paragraphe 3 ni le paragraphe 4 ne s'applique.

7. Un facilitateur impartial supervise la procédure de règlement transactionnel afin que les parties aboutissent, dans un cadre extrajudiciaire et non arbitral, à un règlement amiable, licite et équitable du différend faisant l'objet de la Procédure d'arbitrage. La procédure de règlement

gungsverfahren ist unparteiisch und vertraulich. Jede Partei des Streitbeilegungsverfahrens hat das Recht auf Äußerung ihres Standpunkts.

(8) Der Vermittler wird vom Investor und der betroffenen Vertragspartei, die bei dem entsprechenden anhängigen Schiedsverfahren als Antragsgegnerin auftritt, einvernehmlich bestimmt. Er wird aus einem Kreis von Personen ausgewählt, deren Unabhängigkeit und Unparteilichkeit außer Frage stehen und die die notwendigen Qualifikationen besitzen, einschließlich vertiefte Kenntnisse des Unionsrechts. Er darf weder die Staatsangehörigkeit des Mitgliedstaates, in dem die Investition getätigt wurde, noch des Herkunftsmitgliedstaates des Investors besitzen und sich nicht in einem Interessenkonflikt befinden. Kann der unparteiische Vermittler nicht innerhalb eines Monats nach Einleitung des Streitbeilegungsverfahrens einvernehmlich bestimmt werden, so ersucht der Investor oder die betroffene Vertragspartei, die bei dem entsprechenden anhängigen Schiedsverfahren als Antragsgegnerin auftritt, den Generaldirektor des juristischen Dienstes der Europäischen Kommission, ein ehemaliges Mitglied des Gerichtshofs der Europäischen Union zu benennen, welches nach Konsultation aller an der Streitigkeit beteiligten Parteien eine Person bestellt, die die in diesem Absatz genannten Kriterien erfüllt. Eine indicative Aufstellung der Honorare für den Vermittler ist in Anhang D enthalten.

(9) Der Vermittler fordert den Investor und den Mitgliedstaat, in dem die Investition getätigt wurde, auf, sich binnen zwei Monaten nach seiner Bestellung schriftlich zu äußern. Wurde das Streitbeilegungsverfahren gemäß Absatz 6 eingeleitet, kann der Vermittler die Europäische Kommission ersuchen, binnen zwei Monaten Ratschläge zu den betreffenden Fragen des Unionsrechts zu erteilen.

(10) Der Vermittler organisiert die Verhandlungen zur Streitbeilegung auf unvoreingenommene Weise und unterstützt die Parteien im Hinblick darauf, binnen sechs Monaten nach seiner Bestellung oder innerhalb eines längeren Zeitraums, sollten die Parteien dies vereinbaren, eine gütliche Einigung zu erzielen. An diesem Prozess beteiligen sich die Parteien nach Treu und Glauben. Dabei trägt er den Urteilen des EuGH oder eines nationalen Gerichts und Beschlüssen der Europäischen Kommission, die bestandskräftig geworden sind, sowie den in Absatz 9 letzter Satz genannten Ratschlägen gebührend Rechnung. Der Vermittler berücksichtigt ferner die Maßnahmen, die von der betroffenen Vertragspartei zur Befolgung der einschlägigen Urteile des EuGH eingeleitet wurden, sowie die Rechtsprechung des EuGH zum Umfang von Schadenersatzleistungen nach dem Unionsrecht.

(11) Wird innerhalb des in Absatz 10 genannten Zeitrahmens keine gütliche Einigung erzielt, schlagen die am Verfahren beteiligten Parteien binnen eines Monats eine

be impartial and confidential. Each party to the settlement procedure shall have the right to make its views known.

8. The facilitator shall be designated by common agreement of the investor and the Contracting Party concerned acting as respondent in the relevant Pending Arbitration Proceedings. He/she shall be chosen from persons whose independence and impartiality are beyond doubt and who possess the necessary qualifications including in-depth knowledge of Union law. He/she shall not be a national of either the Member State in which the investment took place or the home Member State of the investor and shall not be in a position of conflict of interests. If a common agreement on the choice of the impartial facilitator is not reached within one month of the settlement procedure being initiated, the investor or the Contracting Party concerned acting as respondent in the relevant Pending Arbitration Proceedings shall ask the Director General of the Legal Service of the European Commission to designate a former Member of the Court of Justice of the European Union who shall appoint, after having consulted each party to the dispute, a person fulfilling the criteria set out in this paragraph. An indicative fee schedule for the facilitator is laid down in Annex D.

9. The facilitator shall ask the investor and the Member State in which the investment took place to provide written submissions within two months of his/her appointment. When the settlement procedure was initiated on the basis of paragraph 6, the facilitator may ask the European Commission to provide, within two months, advice on the relevant issues related to Union law.

10. The facilitator shall in an impartial manner organise the settlement negotiations and support the parties with a view to reaching an amicable settlement within six months of his/her appointment, or such longer period as the parties may agree. The parties shall participate in good faith in that process. In doing so, he/she shall take due account of rulings by the CJEU or a national court as well as of decisions by the European Commission which have become definitive, and the advice referred to in the last sentence of paragraph 9. The facilitator shall also take into consideration the actions taken in order to comply with the relevant rulings of the CJEU by the Contracting Party concerned and the case-law of the CJEU on the extent of reparations of damages under Union law.

11. If an amicable settlement is not reached within the timeframe referred to in paragraph 10, the parties to the procedure shall propose within one month a settle-

transactionnel est impartiale et confidentielle. Chaque partie à la procédure de règlement transactionnel a le droit de faire connaître son point de vue.

8. Le facilitateur est désigné d'un commun accord entre l'investisseur et la Partie contractante concernée qui agit en qualité de défenderesse dans le cadre de la Procédure d'arbitrage en cours. Le facilitateur est choisi parmi des personnes offrant toutes les garanties d'indépendance et d'impartialité et possédant les qualifications nécessaires, notamment une connaissance approfondie du droit de l'Union. Le facilitateur n'est pas un ressortissant de l'État membre dans lequel l'investissement a été réalisé, ni de l'État membre d'origine de l'investisseur, et n'est pas en situation de conflit d'intérêts. En l'absence d'un commun accord sur le choix du facilitateur impartial dans le mois suivant l'ouverture de la procédure de règlement transactionnel, l'investisseur ou la Partie contractante concernée agissant en qualité de défenderesse dans le cadre de la Procédure d'arbitrage en cours demande au directeur général du service juridique de la Commission européenne de désigner un ancien membre de la Cour de justice de l'Union européenne qui doit nommer, après consultation de chacune des parties au différend, une personne remplissant les critères définis au présent paragraphe. L'annexe D contient un barème d'honoraires indicatif pour le facilitateur.

9. Le facilitateur demande à l'investisseur et à l'État membre dans lequel a été réalisé l'investissement de lui présenter leurs observations écrites dans les deux mois suivant sa nomination. Si la procédure de règlement transactionnel a été ouverte sur la base du paragraphe 6, le facilitateur peut demander à la Commission européenne de lui remettre dans les deux mois un avis sur les questions du dossier liées au droit de l'Union.

10. Le facilitateur organise les négociations en vue du règlement transactionnel et apporte son aide aux parties de manière impartiale, aux fins de parvenir à un règlement amiable dans les six mois suivant sa nomination, ou dans le délai plus long éventuellement convenu entre les parties. Les parties participent de bonne foi à ce processus. Ce faisant, le facilitateur tient dûment compte des arrêts de la CJUE ou des juridictions nationales ainsi que des décisions de la Commission européenne qui sont devenues définitives, et des avis mentionnés dans la dernière phrase du paragraphe 9. Il tient également compte des mesures prises par la Partie contractante concernée pour se conformer aux arrêts pertinents de la CJUE et de la jurisprudence de la CJUE sur l'étendue de la réparation des dommages dans le cadre du droit de l'Union.

11. Si aucun règlement à l'amiable n'est intervenu dans le délai visé au paragraphe 10, les parties à la procédure proposent, dans un délai d'un mois, un règlement accepta-

für sie akzeptable Einigung vor. Jeder Vorschlag wird der anderen am Verfahren beteiligten Partei ohne ungebührliche Verzögerung schriftlich zur Stellungnahme vorgelegt. Ausgehend davon organisiert der Vermittler weitere Verhandlungen mit dem Ziel, eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden.

(12) Binnen eines Monats nach Übermittlung der Vorschläge und unter Berücksichtigung des in Absatz 11 genannten weiteren Meinungs austauschs unterbreitet der Vermittler einen endgültigen schriftlichen Vorschlag für eine angepasste gütliche Einigung. Binnen eines Monats nach Erhalt dieses Vorschlags entscheidet jede Partei, ob sie den endgültigen Vorschlag akzeptiert, und teilt der anderen Partei schriftlich ihre Entscheidung mit.

(13) Akzeptiert eine am Verfahren beteiligte Partei den endgültigen Vorschlag nicht, übermittelt sie der anderen am Verfahren beteiligten Partei ohne ungebührliche Verzögerung eine schriftliche Begründung, aus der erforderlichenfalls vertrauliche Informationen entfernt werden. Jede am Verfahren beteiligte Partei kommt für ihre eigenen Kosten und für die Hälfte der Vermittlerhonorare und der bei dem Streitbelegungsverfahren für Logistik anfallenden Unkosten auf.

(14) Wird eine Einigung über die Bedingungen der Streitbeilegung erzielt, akzeptieren die am Verfahren beteiligten Parteien diese ohne ungebührliche Verzögerung verbindlich. Die erzielte Einigung

a) muss enthalten:

- i) eine Verpflichtung des Investors, die Schiedsklage zurückzunehmen oder auf die Vollstreckung eines bereits ergangenen, aber noch nicht endgültig umgesetzten oder vollstreckten Schiedsspruchs zu verzichten, oder – sofern relevant – eine im Rahmen des anhängigen Schiedsverfahrens bereits gezahlte Entschädigung anzurechnen, um doppelte Entschädigungszahlungen zu vermeiden, und
- ii) eine Zusage, von der Einleitung eines neuen Schiedsverfahrens abzusehen, und

b) kann einen Verzicht auf alle anderen Rechte und Ansprüche im Zusammenhang mit der Maßnahme beinhalten, die Gegenstand des in Absatz 1 genannten Verfahrens ist.

ment acceptable to them. Each proposal shall be communicated in writing without undue delay to the other party to the procedure for observations. The facilitator shall organise further negotiation on that basis, with the aim of finding a mutually acceptable solution to the dispute.

12. Within one month from the communication of the proposals and taking into account the further exchange of views referred to in paragraph 11, the facilitator shall make a final written proposal for an amended amicable settlement. Within one month from receipt of that proposal, each party to the procedure shall decide whether to accept the final proposal and communicate that decision in writing to the other party.

13. If a party to the procedure does not accept the final proposal, it shall provide a written explanation of the reasons for doing so to the other party to the procedure without undue delay, where necessary removing any confidential information. Each party to the procedure shall bear its own costs and half of the fees for the facilitator and related to logistics of the settlement procedure.

14. If an agreement on the terms of the settlement is reached, the parties to the procedure shall accept those terms in a legally binding manner without undue delay. The terms of the settlement:

(a) must include:

- (i) an obligation for the investor to withdraw the arbitration claim or renounce execution of an award already issued, but not yet definitively enforced or executed, or, where relevant, to take into account any compensation previously paid in the Pending Arbitration Proceedings with a view to avoiding double-compensation, and
- (ii) a commitment to refrain from initiating New Arbitration Proceedings, and

(b) may include a waiver of all other rights and claims related to the measure that is the subject of the proceedings referred to in paragraph 1.

ble de leur point de vue. Chaque proposition est communiquée par écrit et sans retard indu à l'autre partie à la procédure pour observations. Le facilitateur organise de nouvelles négociations sur cette base, en vue de trouver une solution mutuellement acceptable au différend.

12. Dans un délai d'un mois à compter de la communication des propositions, et en tenant compte de l'échange de vues supplémentaire prévu au paragraphe 11, le facilitateur présente une proposition écrite finale de règlement à l'amiable modifié. Dans un délai d'un mois à compter de la réception de cette proposition, chaque partie à la procédure décide d'accepter ou non la proposition finale et communique cette décision par écrit à l'autre partie.

13. Si une partie à la procédure n'accepte pas la proposition finale, elle fournit sans retard indu à l'autre partie une explication écrite de ses motivations, en en retirant au besoin les informations confidentielles. Chaque partie à la procédure supporte ses propres dépens ainsi que la moitié des honoraires du facilitateur et des frais de logistique de la procédure de règlement transactionnel.

14. Si un accord est trouvé sur les conditions du règlement transactionnel, les parties à la procédure acceptent ces conditions sans tarder et d'une manière juridique contraignante. Les conditions du règlement transactionnel :

a) doivent inclure :

- i) l'obligation pour l'investisseur de retirer sa demande d'arbitrage, de renoncer à l'exécution d'une sentence déjà rendue mais pas encore définitivement exécutée ou, le cas échéant, de tenir compte de toute indemnisation déjà versée dans le cadre de la Procédure d'arbitrage en cours, afin d'éviter une double indemnisation ; et
- ii) l'engagement de s'abstenir d'engager des Procédures d'arbitrage nouvelles ; et

b) peuvent prévoir la renonciation à tous les autres droits et réclamations liés à la mesure qui fait l'objet de la procédure visée au paragraphe 1.

Artikel 10

Zugang zu nationalen Gerichten

(1) Ein Investor darf innerhalb der in Absatz 2 genannten Fristen von den Rechtsbehelfen, die das nationale Recht gegen die in einem anhängigen Schiedsverfahren angefochtene Maßnahme vorsieht, selbst dann Gebrauch machen, wenn die nationalen Fristen zur Geltendmachung abgelaufen sind, unter der Bedingung, dass

Article 10

Access to national courts

1. An investor shall be entitled to access the judicial remedies under national law against a measure contested in Pending Arbitration Proceedings even if national time limits for bringing actions have expired, within the time limits referred to in paragraph 2, on condition that:

Article 10

Accès aux juridictions nationales

1. Un investisseur est en droit d'invoquer, dans les délais prévus au paragraphe 2, les recours juridictionnels prévus par le droit national contre une mesure contestée dans le cadre d'une Procédure d'arbitrage en cours, même après l'expiration des délais de recours nationaux, à condition que :

- a) der Investor das anhängige Schiedsverfahren zurücknimmt und auf alle Rechte und Ansprüche nach dem betreffenden bilateralen Investitionsschutzvertrag oder auf die Vollstreckung eines bereits ergangenen, aber noch nicht endgültig umgesetzten oder vollstreckten Schiedsspruchs verzichtet und zusagt, von der Einleitung eines neuen Schiedsverfahrens abzusehen:
- i) binnen sechs Monaten nach Beendigung des bilateralen Investitionsschutzvertrags, in dessen Rahmen das anhängige Schiedsverfahren eingeleitet wurde, falls nicht auf den in Artikel 9 dargelegten strukturierten Dialog zurückgegriffen wurde;
- ii) binnen sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, an dem die betroffene Vertragspartei den Antrag des Investors auf Aufnahme eines strukturierten Dialogs nach Artikel 9 Absätze 1 und 6 ablehnt; oder
- iii) binnen sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, an dem die letzte Partei ihre Entscheidung nach Artikel 9 Absatz 12 mitgeteilt hat, falls auf den in Artikel 9 dargelegten strukturierten Dialog zurückgegriffen wurde;
- b) der Zugang zum nationalen Gericht dazu genutzt werden wird, einen Anspruch nach dem nationalen oder dem Unionsrecht geltend zu machen, und
- c) sofern relevant, der in Artikel 9 dargelegte strukturierte Dialog zu keiner Einigung geführt hat.
- (a) the investor withdraws the Pending Arbitration Proceedings and waives all rights and claims pursuant to the relevant Bilateral Investment Treaty or renounces execution of an award already issued, but not yet definitively enforced or executed, and commits to refrain from instituting New Arbitration Proceedings:
- (i) within six months from the termination of the Bilateral Investment Treaty on the basis of which the Pending Arbitration Proceedings were initiated, where the structured dialogue pursuant to Article 9 was not used;
- (ii) within six months from the date on which the Contracting Party concerned rejects the investor's request to enter into a structured dialogue pursuant to Article 9(1) and (6); or
- (iii) within six months from the date on which the last of the parties communicates its decision pursuant to Article 9(12), where the structured dialogue pursuant to Article 9 was used;
- (b) access to the national court will be used to make a claim based on national or Union law; and
- (c) where relevant, no settlement agreement was reached as a result of the structured dialogue pursuant to Article 9.
- a) l'investisseur se retire de la Procédure d'arbitrage en cours et renonce à tous droits et réclamations au titre du Traité bilatéral d'investissement concerné, ou renonce à l'exécution d'une sentence déjà rendue mais pas encore définitivement exécutée, et renonce à engager des Procédures d'arbitrage nouvelles :
- i) dans les six mois suivant l'extinction du Traité bilatéral d'investissement sur la base duquel a été ouverte la Procédure d'arbitrage en cours, s'il n'a pas été recouru au dialogue structuré prévu à l'article 9 ;
- ii) dans les six mois suivant la date à laquelle la Partie contractante concernée a rejeté la demande de l'investisseur d'engager un dialogue structuré en application de l'article 9, paragraphes 1 et 6 ; ou
- iii) dans les six mois suivant la date à laquelle la dernière des parties a communiqué sa décision en application de l'article 9, paragraphe 12, s'il a été recouru au dialogue structuré prévu à l'article 9 ;
- b) l'accès à la juridiction nationale soit utilisé pour introduire une demande fondée sur le droit national ou le droit de l'Union ; et
- c) le cas échéant, aucun accord de règlement transactionnel n'ait été conclu à la suite du dialogue structuré prévu à l'article 9.

(2) Nationale Fristen für die Inanspruchnahme nationaler Gerichte nach Absatz 1 beginnen an dem Tag, an dem sich der Investor gemäß Absatz 1 Buchstabe a – je nach Fallgestaltung – aus dem betreffenden anhängigen Schiedsverfahren zurückzieht oder auf die Vollstreckung eines bereits ergangenen, aber noch nicht endgültig umgesetzten oder vollstreckten Schiedsspruchs verzichtet und zusagt, von der Einleitung eines neuen Schiedsverfahrens abzusehen; für die Dauer der nationalen Fristen gilt das anwendbare nationale Recht.

(3) Zur Klarstellung: Die Bestimmungen der gemäß diesem Übereinkommen beendeten bilateralen Investitionsschutzverträge sind bei Verfahren, die nach diesem Übereinkommen vor ein nationales Gericht gebracht werden, nicht als Teil des anwendbaren Rechts anzusehen.

(4) Zur Klarstellung: Die Bestimmungen dieses Artikels sind nicht dahingehend auszulegen, dass sie neue Rechtsbehelfe begründen, die dem Investor nach geltendem nationalen Recht nicht zur Verfügung stünden.

(5) Um doppelte Entschädigungszahlungen zu vermeiden, berücksichtigen die nationalen Gerichte jede im Rahmen des anhängigen Schiedsverfahrens bereits gezahlte Entschädigung.

2. National time limits to access national courts pursuant to paragraph 1 shall be deemed to run from the date on which the investor, as applicable, withdraws from the relevant Pending Arbitration Proceedings or renounces execution of an award already issued, but not yet definitively enforced or executed, and commits to refrain from instituting New Arbitration Proceedings in accordance with point (a) of paragraph 1 and shall have the duration prescribed by the applicable national law.

3. For greater certainty, the provisions of Bilateral Investment Treaties terminated pursuant to this Agreement shall not be considered as part of the applicable law in proceedings brought before a national court pursuant to this Agreement.

4. For greater certainty, the provisions of this Article shall not be construed as creating any new judicial remedies which would not be available to the investor under the applicable national law.

5. The national courts shall take into account any compensation previously paid in the Pending Arbitration Proceedings with a view to avoiding double compensation.

2. Les délais nationaux d'accès aux juridictions nationales prévus au paragraphe 1 sont réputés courir à compter de la date à laquelle l'investisseur, selon le cas, se retire de la Procédure d'arbitrage en cours ou renonce à l'exécution d'une sentence déjà rendue mais pas encore définitivement exécutée, et renonce à engager des Procédures d'arbitrage nouvelles conformément au paragraphe 1, point a), et ces délais obéissent à la durée prescrite par le droit national applicable.

3. Il est entendu que les dispositions des Traités bilatéraux d'investissement auxquels il a été mis fin en application du présent Accord ne sont pas considérées comme faisant partie du droit applicable dans les procédures engagées devant une juridiction nationale en vertu du présent Accord.

4. Il est entendu que les dispositions du présent article ne peuvent être interprétées comme créant de nouvelles voies de recours juridictionnel qui ne seraient pas accessibles à l'investisseur en vertu du droit national applicable.

5. Les juridictions nationales tiennent compte de toute indemnisation déjà versée dans le cadre de la Procédure d'arbitrage en cours, afin d'éviter une double indemnisation.

Abschnitt 4	Section 4	Section 4
Schlussbestimmungen	Final provisions	Dispositions finales
Artikel 11	Article 11	Article 11
Verwahrer	Depositary	Dépositaire
<p>(1) Verwahrer dieses Übereinkommens ist der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union.</p> <p>(2) Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union notifiziert den Vertragsparteien</p> <p>a) jeden Beschluss über eine vorläufige Anwendung nach Artikel 17;</p> <p>b) die Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde nach Artikel 15;</p> <p>c) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach Artikel 16 Absatz 1;</p> <p>d) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens für jede Vertragspartei nach Artikel 16 Absatz 2.</p> <p>(3) Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union veröffentlicht dieses Übereinkommen im Amtsblatt der Europäischen Union.</p>	<p>1. The Secretary-General of the Council of the European Union shall act as Depositary of this Agreement.</p> <p>2. The Secretary-General of the Council of the European Union shall notify the Contracting Parties of:</p> <p>(a) any decision on provisional application in accordance with Article 17;</p> <p>(b) the deposit of any instrument of ratification, acceptance or approval in accordance with Article 15;</p> <p>(c) the date of entry into force of this Agreement in accordance with Article 16(1);</p> <p>(d) the date of entry into force of this Agreement for each Contracting Party in accordance with Article 16(2).</p> <p>3. The Secretary General of the Council of the European Union shall publish the Agreement in the Official Journal of the European Union.</p>	<p>1. Le secrétaire général du Conseil de l'Union européenne est dépositaire du présent Accord.</p> <p>2. Le secrétaire général du Conseil de l'Union européenne notifie aux Parties contractantes :</p> <p>a) toute décision d'application provisoire prise conformément à l'article 17 ;</p> <p>b) le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation conformément à l'article 15 ;</p> <p>c) la date d'entrée en vigueur du présent Accord conformément à l'article 16, paragraphe 1 ;</p> <p>d) la date d'entrée en vigueur du présent Accord pour chaque Partie contractante conformément à l'article 16, paragraphe 2.</p> <p>3. Le secrétaire général du Conseil de l'Union européenne publie l'Accord au Journal officiel de l'Union européenne.</p>
Artikel 12	Article 12	Article 12
Anhänge	Annexes	Annexes
<p>(1) Die Anhänge sind Bestandteil des Übereinkommens.</p> <p>(2) Wenn ein in Anhang A genannter bilateraler Investitionsschutzvertrag zu dem Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen für die betreffenden Vertragsparteien in Kraft tritt, nicht in Kraft ist, aber Investitionen, die vor einer etwaigen Beendigung getätigt wurden, aufgrund seiner Nachwirkungsklausel noch unter diesen Vertrag fallen könnten, so gilt der Vertrag als ein in Anhang B genannter bilateraler Investitionsschutzvertrag.</p>	<p>1. The annexes to this Agreement constitute an integral part thereof.</p> <p>2. If a Bilateral Investment Treaty listed in Annex A is not in force on the date on which this Agreement enters into force for the relevant Contracting Parties, but investments made prior to such termination may still fall within the scope of its application by virtue of its Sunset Clause, it shall be considered as a Bilateral Investment Treaty listed in Annex B.</p>	<p>1. Les annexes du présent Accord font partie intégrante de celui-ci.</p> <p>2. Si un Traité bilatéral d'investissement mentionné à l'annexe A n'est plus en vigueur à la date à laquelle le présent Accord entre en vigueur pour les Parties contractantes concernées, mais que les investissements effectués avant sa date d'extinction peuvent encore entrer dans son champ d'application en vertu de sa Clause de survie, il est considéré comme un Traité bilatéral d'investissement mentionné à l'annexe B.</p>
Artikel 13	Article 13	Article 13
Vorbehalte	Reservations	Réserves
<p>Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zulässig.</p>	<p>No reservations shall be made to this Agreement.</p>	<p>Aucune réserve ne peut être faite au présent Accord.</p>
Artikel 14	Article 14	Article 14
Streitbeilegung	Dispute settlement	Règlement des différends
<p>(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens werden nach Möglichkeit gütlich beigelegt.</p> <p>(2) Kann eine Streitigkeit zwischen den Vertragsparteien nicht innerhalb von 90 Tagen gütlich beigelegt werden, wird sie auf Ersuchen einer der an der Streitigkeit</p>	<p>1. Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, if possible, be settled amicably.</p> <p>2. If a dispute between the Contracting Parties cannot be settled amicably within 90 days, the dispute shall, on the request of one of the Contracting Parties to the</p>	<p>1. Les différends entre les Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord sont, dans la mesure du possible, réglés à l'amiable.</p> <p>2. Si un différend entre les Parties contractantes ne peut être réglé à l'amiable dans les 90 jours, il est soumis à la CJUE conformément à l'article 273 du TFUE à la</p>

beteiligten Vertragsparteien gemäß Artikel 273 AEUV dem EuGH unterbreitet.

(3) Zur Klarstellung: Dieser Artikel stellt einen Schiedsvertrag im Sinne des Artikels 273 AEUV zwischen den Vertragsparteien dar.

Artikel 15

Ratifikation, Genehmigung oder Annahme

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Genehmigung oder Annahme.

Die Vertragsparteien hinterlegen ihre Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeprotokolle beim Verwahrer.

Artikel 16

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt 30 Kalendertage nach dem Tag in Kraft, an dem der Verwahrer die zweite Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeprotokolle erhält.

(2) Dieses Übereinkommen tritt für jede Vertragspartei, die es nach seinem Inkrafttreten gemäß Absatz 1 ratifiziert, annimmt oder genehmigt, 30 Kalendertage nach dem Tag in Kraft, an dem diese Vertragspartei ihre Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeprotokolle hinterlegt hat.

(3) Wird dieses Übereinkommen von einer Vertragspartei ratifiziert, genehmigt oder angenommen, die Partei eines anhängigen Schiedsverfahrens ist, so teilt diese Vertragspartei, bevor das Übereinkommen für sie selbst in Kraft tritt, diesen Umstand der anderen am Verfahren beteiligten Partei mit. Diese Mitteilung enthält auch einen Hinweis darauf, ob der betreffende bilaterale Investitionsschutzvertrag durch die Ratifikation, Genehmigung oder Annahme beendet wird oder ob die Ratifikation, Genehmigung oder Annahme durch die andere Vertragspartei des Investitionsschutzvertrags noch aussteht.

Artikel 17

Vorläufige Anwendung

(1) Die Vertragsparteien können nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, dieses Übereinkommen vorläufig anzuwenden. Die Vertragsparteien notifizieren einen derartigen Beschluss dem Verwahrer.

(2) Haben beide Vertragsstaaten eines bilateralen Investitionsschutzvertrags beschlossen, dieses Übereinkommen vorläufig anzuwenden, so werden die Bestimmungen dieses Übereinkommens in Bezug auf diesen Vertrag 30 Kalendertage nach dem Tag wirksam, an dem der jeweils spätere Beschluss über die vorläufige Anwendung ergangen ist.

dispute, be submitted to the CJEU in accordance with Article 273 TFEU.

3. For greater certainty, this Article constitutes a special agreement between the Contracting Parties within the meaning of Article 273 TFEU.

Article 15

Ratification, approval or acceptance

This Agreement shall be subject to ratification, approval or acceptance.

The Contracting Parties shall deposit their instruments of ratification, approval or acceptance with the Depository.

Article 16

Entry into force

1. This Agreement shall enter into force 30 calendar days after the date on which the Depository receives the second instrument of ratification, approval or acceptance.

2. For each Contracting Party which ratifies, accepts or approves it after its entry into force in accordance with paragraph 1, this Agreement shall enter into force 30 calendar days after the date of deposit by such Contracting Party of its instrument of ratification, approval or acceptance.

3. When a Contracting Party that is a party to Pending Arbitration Proceedings ratifies, approves or accepts this Agreement, it shall, before the entry into force of this Agreement for that Contracting Party, inform the other party to the proceedings of that fact. That communication shall include a reference to whether, by that ratification, approval or acceptance, the relevant Bilateral Investment Treaty is terminated or whether ratification, approval or acceptance by the other Contracting Party to that Treaty is still outstanding.

Article 17

Provisional application

1. The Contracting Parties, in accordance with their own constitutional requirements, may decide to apply this Agreement provisionally. The Contracting Parties shall notify the Depository of any such decision.

2. When both parties to a Bilateral Investment Treaty have decided to apply this Agreement provisionally, the provisions of this Agreement shall apply in respect of that Treaty 30 calendar days from the date of the later decision on provisional application.

demande de l'une des Parties contractantes au différend.

3. Il est entendu que le présent article constitue un compromis au sens de l'article 273 du TFUE.

Article 15

Ratification, approbation ou acceptation

Le présent Accord est soumis à ratification, acceptation ou approbation.

Les Parties contractantes déposent leurs instruments de ratification, d'approbation ou d'acceptation auprès du dépositaire.

Article 16

Entrée en vigueur

1. Le présent Accord entre en vigueur 30 jours civils après la date à laquelle le dépositaire reçoit le deuxième instrument de ratification, d'approbation ou d'acceptation.

2. Pour chaque Partie contractante qui le ratifie, l'accepte ou l'approuve après son entrée en vigueur conformément au paragraphe 1, le présent Accord entre en vigueur 30 jours civils après la date de dépôt par ladite Partie contractante de son instrument de ratification, d'approbation ou d'acceptation.

3. Lorsqu'une Partie contractante qui est partie à une Procédure d'arbitrage en cours ratifie, approuve ou accepte le présent Accord, elle doit, avant que le présent Accord n'entre en vigueur pour ce qui la concerne, en informer l'autre partie à la procédure. Cette communication indique notamment si cette ratification, approbation ou acceptation a pour effet de mettre fin au Traité bilatéral d'investissement concerné ou si l'autre Partie contractante à ce Traité doit encore ratifier, approuver ou accepter ledit Traité.

Article 17

Application provisoire

1. Les Parties contractantes peuvent, conformément à leurs propres règles constitutionnelles, décider d'appliquer le présent Accord à titre provisoire. Les Parties contractantes notifient cette décision au dépositaire.

2. Si les parties à un Traité bilatéral d'investissement décident toutes deux d'appliquer le présent Accord à titre provisoire, les dispositions du présent Accord s'appliquent, en ce qui concerne ce Traité, 30 jours civils à compter de la date de la dernière décision d'application provisoire.

Artikel 18**Verbindliche Fassungen**

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in bulgarischer, dänischer, deutscher, englischer, estnischer, französischer, griechischer, italienischer, kroatischer, lettischer, litauischer, maltesischer, niederländischer, polnischer, portugiesischer, rumänischer, slowakischer, slowenischer, spanischer, tschechischer und ungarischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und wird im Archiv des Verwahrers hinterlegt.

Article 18**Authentic texts**

This Agreement, drawn up in a single original in the Bulgarian, Croatian, Czech, Danish, Dutch, English, Estonian, French, German, Greek, Hungarian, Italian, Latvian, Lithuanian, Maltese, Polish, Portuguese, Romanian, Slovak, Slovenian and Spanish languages, the text in each of these languages being equally authentic, shall be deposited in the archives of the Depositary.

Article 18**Textes faisant foi**

Le présent Accord, rédigé en un exemplaire unique en langues allemande, anglaise, bulgare, croate, danoise, espagnole, estonienne, française, grecque, hongroise, italienne, lettone, lituanienne, maltaise, néerlandaise, polonaise, portugaise, roumaine, slovaque, slovène et tchèque, tous les textes faisant également foi, est déposé dans les archives du dépositaire.

Anhang A¹

Liste der durch dieses Übereinkommen beendeten bilateralen Investitionsschutzverträge

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
Belgisch-Luxemburgische Wirtschaftsunion	HU	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Ungarischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.5.1986	23.9.1988
	BG	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	25.10.1988	29.5.1991
	PL	Abkommen zwischen den Regierungen des Königreichs Belgien und des Großherzogtums Luxemburg einerseits und der Regierung der Volksrepublik Polen andererseits über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	19.5.1987	2.8.1991
	CZ	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.4.1989	13.2.1992
	SK	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.4.1989	13.2.1992
	MT	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Republik Malta über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.3.1987	15.6.1993
	LV	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Republik Lettland über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.3.1996	4.4.1999
	CY	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Republik Zypern über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen und zugehöriger Briefwechsel	26.2.1991	5.6.1999
	LT	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Republik Litauen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.10.1997	6.9.1999
	EE	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion einerseits und der Republik Estland andererseits über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.1.1996	23.9.1999
	RO	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Regierung Rumäniens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	4.3.1996	9.3.2001
	SI	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Regierung der Republik Slowenien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	1.2.1999	14.1.2002
	HR	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Republik Kroatien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	31.10.2001	28.12.2003

¹ Zur Vermeidung von Missverständnissen umfasst jeder in diesem Anhang aufgeführte bilaterale Investitionsschutzvertrag alle zugehörigen Änderungen, Protokolle, Anhänge oder Briefwechsel.

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
Republik Bulgarien	MT	Abkommen zwischen der Regierung der Volksrepublik Bulgarien und der Regierung der Republik Malta über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	12.6.1984	7.2.1985
	DE	Vertrag zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Bundesrepublik Deutschland über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	12.4.1986	10.3.1988
	CY	Abkommen zwischen der Regierung der Volksrepublik Bulgarien und der Regierung der Republik Zypern über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	12.11.1987	18.5.1988
	FR	Abkommen zwischen der Regierung der Volksrepublik Bulgarien und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.4.1989	1.5.1990
	BLEU	Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	25.10.1988	29.5.1991
	SK	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Bulgarien und der Regierung der Slowakischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	21.7.1994	9.3.1995
	PL	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Bulgarien und der Regierung der Republik Polen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.4.1994	9.3.1995
	EL	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Bulgarien und der Regierung der Hellenischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	12.3.1993	29.4.1995
	DK	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Bulgarien und der Regierung des Königreichs Dänemark über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.4.1993	20.5.1995
	RO	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Bulgarien und der Regierung Rumäniens über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	1.6.1994	23.5.1995
	HU	Abkommen zwischen der Republik Bulgarien und der Republik Ungarn über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	8.6.1994	7.9.1995
	HR	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Bulgarien und der Regierung der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	25.6.1996	20.2.1998
	ES	Abkommen zwischen der Republik Bulgarien und dem Königreich Spanien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.9.1995	22.4.1998
	CZ	Abkommen zwischen der Republik Bulgarien und der Tschechischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	17.3.1999	30.9.2000
	PT	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Bulgarien und der Regierung der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.5.1993	20.11.2000
	SI	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Bulgarien und der Regierung der Republik Slowenien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	30.6.1998	26.11.2000
	NL	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Republik Bulgarien und dem Königreich der Niederlande	6.10.1999	1.3.2001
LV	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Bulgarien und der Regierung der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	4.12.2003	23.7.2004	
LT	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Bulgarien und der Regierung der Republik Litauen über die Förderung und den Schutz von Investitionen	21.11.2005	25.4.2006	

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
Tschechische Republik	FR	Abkommen zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Französischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	13.9.1990	27.9.1991
	ES	Abkommen über den Schutz und die gegenseitige Förderung von Investitionen zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik ² und dem Königreich Spanien	12.12.1990	28.11.1991
	BLEU	Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.4.1989	13.2.1992
	DE	Vertrag zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	2.10.1990	2.8.1992
	NL	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und dem Königreich der Niederlande	29.4.1991	1.10.1992
	EL	Abkommen zwischen der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Regierung der Hellenischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	3.6.1991	30.12.1992 (CZ) 31.12.1992 (EL)
	RO	Abkommen zwischen der Regierung der Tschechischen Republik und der Regierung der Republik Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	8.11.1993	28.7.1994
	PT	Abkommen zwischen der Regierung der Tschechischen Republik und der Regierung der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	12.11.1993	3.8.1994
	HU	Abkommen zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.1.1993	25.5.1995
	LT	Abkommen zwischen der Regierung der Tschechischen Republik und der Regierung der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.10.1994	12.7.1995
	HR	Abkommen zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.3.1996	15.5.1997
	BG	Abkommen zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Bulgarien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	17.3.1999	30.9.2000
	CY	Abkommen zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Zypern über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.6.2001	25.9.2002
Königreich Dänemark	HU	Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Dänemark und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	2.5.1988	1.10.1988
	SK	Abkommen zwischen dem Königreich Dänemark und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	6.3.1991	19.9.1992 (Staaten- nachfolge: 1.1.1993)
	LT	Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Dänemark und der Regierung der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	30.3.1992	8.1.1993

² Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, dass in Fällen, in denen die Tschechoslowakische Sozialistische Republik oder die Tschechische und Slowakische Föderative Republik als Vertragsstaat eines in diesem Anhang aufgeführten bilateralen Investitionsschutzvertrags genannt wird, diese Bezugnahme auf die Tschechoslowakische Sozialistische Republik oder die Tschechische und Slowakische Föderative Republik je nach Fall als Bezugnahme auf die Tschechische Republik und/oder die Slowakische Republik zu verstehen ist.

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
	LV	Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Dänemark und der Regierung der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	30.3.1992	18.11.1994
	BG	Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Dänemark und der Regierung der Republik Bulgarien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.4.1993	20.5.1995
	HR	Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Dänemark und der Regierung der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.7.2000	12.1.2002
	SI	Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Dänemark und der Regierung der Republik Slowenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.5.1999	30.3.2002
Bundesrepublik Deutschland	EL	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	27.3.1961	15.7.1963
	MT	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malta über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	17.9.1974	14.12.1975
	PT	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	16.9.1980	23.4.1982
	HU	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	30.4.1986	7.11.1987
	BG	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	12.4.1986	10.3.1988
	CZ	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	2.10.1990	2.8.1992
	SK	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	2.10.1990	2.8.1992
	LV	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	20.4.1993	9.6.1996
	EE	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	12.11.1992	12.1.1997
	LT	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	28.2.1992	27.6.1997
	SI	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	28.10.1993	18.7.1998
	RO	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	25.6.1996	12.12.1998
	HR	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen ³	21.3.1997	28.9.2000

³ Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, dass die durch dieses Übereinkommen erfolgende formelle Beendigung des bilateralen Investitionsschutzvertrags (BIT) zwischen Deutschland und Kroatien nicht dahin gehend auszulegen ist, dass der BIT zwischen Deutschland und der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) erneut auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Kroatien Anwendung finden könnte. Dies gilt unbeschadet der Anwendbarkeit des BIT zwischen Deutschland und der ehemaligen SFRJ auf die Beziehungen zwischen Deutschland und einigen auf dem ehemaligen Hoheitsgebiet der SFRJ entstandenen Staaten, die keine Mitgliedstaaten der EU sind.

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
Republik Estland	NL	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Republik Estland und dem Königreich der Niederlande	27.10.1992	1.9.1993
	FR	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Estland und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.5.1992	25.9.1995
	LV	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Estland und der Regierung der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	7.2.1996	23.5.1996
	LT	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Estland und der Regierung der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	7.9.1995	20.6.1996
	DE	Vertrag zwischen der Republik Estland und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	12.11.1992	12.1.1997
	ES	Abkommen zwischen der Republik Estland und dem Königreich Spanien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.11.1997	1.7.1998
	EL	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Estland und der Regierung der Hellenischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	17.4.1997	1.8.1998 (EL) 7.8.1998 (EE)
	BLEU	Abkommen zwischen der Republik Estland einerseits und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion andererseits über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.1.1996	23.9.1999
Hellenische Republik	DE	Vertrag zwischen dem Königreich Griechenland und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	27.3.1961	15.7.1963
	HU	Abkommen zwischen der Regierung der Hellenischen Republik und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	26.5.1989	1.2.1992
	CZ	Abkommen zwischen der Regierung der Hellenischen Republik und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	3.6.1991	30.12.1992 (CZ) 31.12.1992 (EL)
	SK	Abkommen zwischen der Regierung der Hellenischen Republik und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	3.6.1991	31.12.1992
	CY	Abkommen zwischen der Regierung der Hellenischen Republik und der Regierung der Republik Zypern über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	30.3.1992	26.2.1993
	BG	Abkommen zwischen der Regierung der Hellenischen Republik und der Regierung der Republik Bulgarien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	12.3.1993	29.4.1995
	LT	Abkommen zwischen der Regierung der Hellenischen Republik und der Regierung der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	19.7.1996	10.7.1997
	LV	Abkommen zwischen der Regierung der Hellenischen Republik und der Regierung der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	20.7.1995	8.2.1998 (EL) 9.2.1998 (LV)
	RO	Abkommen zwischen der Regierung der Hellenischen Republik und der Regierung Rumäniens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	23.5.1997	11.6.1998 (RO) 12.6.1998 (EL)
	EE	Abkommen zwischen der Regierung der Hellenischen Republik und der Regierung der Republik Estland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	17.4.1997	1.8.1998 (EL) 7.8.1998 (EE)

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
	HR	Abkommen zwischen der Regierung der Hellenischen Republik und der Regierung der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	18.10.1996	20.10.1998 (EL) 21.10.1998 (HR)
	SI	Abkommen zwischen der Regierung der Hellenischen Republik und der Regierung der Republik Slowenien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	29.5.1997	10.2.2000
Königreich Spanien	CZ	Abkommen über den Schutz und die gegenseitige Förderung von Investitionen zwischen dem Königreich Spanien und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik ⁴	12.12.1990	28.11.1991
	SK	Abkommen über den gegenseitigen Schutz und die gegenseitige Förderung von Investitionen zwischen dem Königreich Spanien und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik	12.12.1990	28.11.1991
	HU	Abkommen zwischen dem Königreich Spanien und der Republik Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	9.11.1989	1.8.1992
	RO	Abkommen zwischen Spanien und Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	25.1.1995	7.12.1995
	LT	Abkommen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen dem Königreich Spanien und der Republik Litauen	6.7.1994	22.12.1995
	LV	Abkommen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen dem Königreich Spanien und der Republik Lettland	26.10.1995	14.3.1997
	BG	Abkommen zwischen dem Königreich Spanien und der Republik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.9.1995	22.4.1998
	EE	Abkommen zwischen dem Königreich Spanien und der Republik Estland über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.11.1997	1.7.1998
	HR	Abkommen zwischen dem Königreich Spanien und der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	21.7.1997	17.9.1998
	SI	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen dem Königreich Spanien und der Republik Slowenien	15.7.1998	3.4.2000
Französische Republik	MT	Abkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Republik Malta über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.8.1976	1.1.1978
	HU	Abkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	6.11.1986	30.9.1987
	BG	Abkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.4.1989	1.5.1990
	CZ	Abkommen zwischen der Französischen Republik und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	13.9.1990	27.9.1991
	SK	Abkommen zwischen der Französischen Republik und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	13.9.1990	27.9.1991

⁴ Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, dass in Fällen, in denen die Tschechoslowakische Sozialistische Republik oder die Tschechische und Slowakische Föderative Republik als Vertragsstaat eines in diesem Anhang aufgeführten bilateralen Investitionsschutzvertrags genannt wird, diese Bezugnahme auf die Tschechoslowakische Sozialistische Republik oder die Tschechische und Slowakische Föderative Republik je nach Fall als Bezugnahme auf die Tschechische Republik und/oder die Slowakische Republik zu verstehen ist.

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
	LV	Abkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Republik Lettland über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.5.1992	1.10.1994
	LT	Abkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Republik Litauen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	23.4.1992	27.3.1995
	EE	Abkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Republik Estland über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.5.1992	25.9.1995
	RO	Abkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung Rumäniens über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	21.3.1995	20.6.1996
	HR	Abkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Republik Kroatien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen ⁵	3.6.1996	5.3.1998
	SI	Abkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Republik Slowenien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.2.1998	5.8.2000
Republik Kroatien	RO	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Kroatien und der Regierung Rumäniens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	8.6.1994	9.9.1995
	SK	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Kroatien und der Regierung der Slowakischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	12.2.1996	5.2.1997 (SK) 6.2.1997 (HR)
	CZ	Abkommen zwischen der Republik Kroatien und der Tschechischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.3.1996	15.5.1997
	PT	Abkommen zwischen der Republik Kroatien und der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	10.5.1995	24.10.1997
	BG	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Kroatien und der Regierung der Republik Bulgarien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	25.6.1996	20.2.1998
	FR	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Kroatien und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen ⁶	3.6.1996	5.3.1998
	ES	Abkommen zwischen der Republik Kroatien und dem Königreich Spanien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	21.7.1997	17.9.1998
	EL	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Kroatien und der Regierung der Hellenischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	18.10.1996	20.10.1998 (EL) 21.10.1998 (HR)
	NL	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Republik Kroatien und dem Königreich der Niederlande	28.4.1998	1.6.1999
	DE	Vertrag zwischen der Republik Kroatien und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen ⁷	21.3.1997	28.9.2000

⁵ Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, dass die durch dieses Übereinkommen erfolgende formelle Beendigung des bilateralen Investitionsschutzvertrags (BIT) zwischen Frankreich und Kroatien nicht dahin gehend auszulegen ist, dass der BIT zwischen Frankreich und der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) erneut auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Kroatien Anwendung finden könnte.

⁶ Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, dass die durch dieses Übereinkommen erfolgende formelle Beendigung des bilateralen Investitionsschutzvertrags (BIT) zwischen Frankreich und Kroatien nicht dahin gehend auszulegen ist, dass der BIT zwischen Frankreich und der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) erneut auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Kroatien Anwendung finden könnte.

⁷ Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, dass die durch dieses Übereinkommen erfolgende formelle Beendigung des bilateralen Investitionsschutzvertrags (BIT) zwischen Deutschland und Kroatien nicht dahin gehend auszulegen ist, dass der BIT zwischen Deutschland und der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) erneut auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Kroatien Anwendung finden könnte. Dies gilt unbeschadet der Anwendbarkeit des BIT zwischen Deutschland und der ehemaligen SFRJ auf die Beziehungen zwischen Deutschland und einigen auf dem ehemaligen Hoheitsgebiet der SFRJ entstandenen Staaten, die keine Mitgliedstaaten der EU sind.

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
	DK	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Kroatien und der Regierung des Königreichs Dänemark über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.7.2000	12.1.2002
	HU	Abkommen zwischen der Republik Kroatien und der Republik Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.5.1996	1.3.2002
	MT	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Kroatien und der Regierung Maltas über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.7.2001	10.5.2002
	BLEU	Abkommen zwischen der Republik Kroatien und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	31.10.2001	28.12.2003
	SI	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Kroatien und der Regierung der Republik Slowenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	12.12.1997	8.7.2004
	LV	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Kroatien und der Regierung der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	4.4.2002	25.5.2005
	LT	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Kroatien und der Regierung der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.4.2008	30.1.2009
Republik Zypern	BG	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Zypern und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	12.11.1987	18.5.1988
	HU	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Zypern und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.5.1989	25.5.1990
	EL	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Zypern und der Regierung der Hellenischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	30.3.1992	26.2.1993
	RO	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Zypern und der Regierung Rumäniens über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	26.7.1991	10.7.1993
	BLEU	Abkommen zwischen der Republik Zypern und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen und zugehöriger Briefwechsel	26.2.1991	5.6.1999
	CZ	Abkommen zwischen der Republik Zypern und der Tschechischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.6.2001	25.9.2002
	MT	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Zypern und der Regierung Maltas über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	9.9.2002	30.11.2003
Republik Lettland	FR	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Lettland und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.5.1992	1.10.1994
	DK	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Lettland und der Regierung des Königreichs Dänemark über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	30.3.1992	18.11.1994
	NL	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Republik Lettland und dem Königreich der Niederlande	14.3.1994	1.4.1995
	EE	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Lettland und der Regierung der Republik Estland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	7.2.1996	23.5.1996

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
	DE	Vertrag zwischen der Republik Lettland und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	20.4.1993	9.6.1996
	LT	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Lettland und der Regierung der Republik Litauen über die Förderung und den Schutz von Investitionen	7.2.1996	23.7.1996
	ES	Abkommen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Republik Lettland und dem Königreich Spanien	26.10.1995	14.3.1997
	PT	Abkommen zwischen der Republik Lettland und der Portugiesischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.9.1995	17.7.1997
	EL	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Lettland und der Regierung der Hellenischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	20.7.1995	8.2.1998 (EL) 9.2.1998 (LV)
	SK	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Lettland und der Regierung der Slowakischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	9.4.1998	30.10.1998
	BLEU	Abkommen zwischen der Republik Lettland und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.3.1996	4.4.1999
	HU	Abkommen zwischen der Republik Lettland und der Republik Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	10.6.1999	25.8.2000
	RO	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Lettland und der Regierung Rumäniens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.11.2001	22.8.2002
	BG	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Lettland und der Regierung der Republik Bulgarien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	4.12.2003	23.7.2004
	HR	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Lettland und der Regierung der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	4.4.2002	25.5.2005
Republik Litauen	DK	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Litauen und der Regierung des Königreichs Dänemark über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	30.3.1992	8.1.1993
	PL	Abkommen zwischen der Republik Litauen und der Republik Polen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	28.9.1992	6.8.1993
	RO	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Litauen und der Regierung Rumäniens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	8.3.1994	15.12.1994
	FR	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Litauen und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	23.4.1992	27.3.1995
	NL	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Regierung der Republik Litauen und der Regierung des Königreichs der Niederlande	26.1.1994	1.4.1995
	CZ	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Litauen und der Regierung der Tschechischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.10.1994	12.7.1995
	ES	Abkommen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Republik Litauen und dem Königreich Spanien	6.7.1994	22.12.1995
	EE	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Litauen und der Regierung der Republik Estland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	7.9.1995	20.6.1996

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
	LV	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Litauen und der Regierung der Republik Lettland über die Förderung und den Schutz von Investitionen	7.2.1996	23.7.1996
	DE	Vertrag zwischen der Republik Litauen und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	28.2.1992	27.6.1997
	EL	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Litauen und der Regierung der Hellenischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	19.7.1996	10.7.1997
	BLEU	Abkommen zwischen der Republik Litauen und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.10.1997	6.9.1999
	SI	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Litauen und der Regierung der Republik Slowenien über die Förderung und den Schutz von Investitionen	13.10.1998	15.5.2002
	HU	Abkommen zwischen der Republik Litauen und der Republik Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	25.5.1999	20.5.2003
	PT	Abkommen zwischen der Republik Litauen und der Portugiesischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.5.1998	14.8.2003
	BG	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Litauen und der Regierung der Republik Bulgarien über die Förderung und den Schutz von Investitionen	21.11.2005	25.4.2006
	HR	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Litauen und der Regierung der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.4.2008	30.1.2009
Belgisch-Luxemburgische Wirtschaftsunion	HU	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Ungarischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.5.1986	23.9.1988
	BG	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	25.10.1988	29.5.1991
	PL	Abkommen zwischen den Regierungen des Königreichs Belgien und des Großherzogtums Luxemburg einerseits und der Regierung der Volksrepublik Polen andererseits über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	19.5.1987	2.8.1991
	CZ	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.4.1989	13.2.1992
	SK	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.4.1989	13.2.1992
	MT	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Republik Malta über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.3.1987	15.6.1993
	LV	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Republik Lettland über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.3.1996	4.4.1999
	CY	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Republik Zypern über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen und zugehöriger Briefwechsel	26.2.1991	5.6.1999
	LT	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Republik Litauen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.10.1997	6.9.1999

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
	EE	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion einerseits und der Republik Estland andererseits über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.1.1996	23.9.1999
	RO	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Regierung Rumäniens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	4.3.1996	9.3.2001
	SI	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Regierung der Republik Slowenien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	1.2.1999	14.1.2002
	HR	Abkommen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion und der Republik Kroatien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	31.10.2001	28.12.2003
Ungarn	FR	Abkommen zwischen der Regierung der Ungarischen Volksrepublik und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	6.11.1986	30.9.1987
	DE	Vertrag zwischen der Ungarischen Volksrepublik und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	30.4.1986	7.11.1987
	NL	Abkommen zwischen der Ungarischen Volksrepublik und der dem Königreich der Niederlande über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	2.9.1987	1.6.1988
	BLEU	Abkommen zwischen der Ungarischen Volksrepublik und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.5.1986	23.9.1988
	DK	Abkommen zwischen der Regierung der Ungarischen Volksrepublik und der Regierung des Königreichs Dänemark über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	2.5.1988	1.10.1988
	CY	Abkommen zwischen der Regierung der Ungarischen Volksrepublik und der Regierung der Republik Zypern über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.5.1989	25.5.1990
	EL	Abkommen zwischen der Regierung der Ungarischen Volksrepublik und der Regierung der Hellenischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	26.5.1989	1.2.1992
	ES	Abkommen zwischen der Republik Ungarn und dem Königreich Spanien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	9.11.1989	1.8.1992
	CZ	Abkommen zwischen der Republik Ungarn und der Tschechischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.1.1993	25.5.1995
	PL	Abkommen zwischen der Republik Ungarn und der Republik Polen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	23.9.1992	16.6.1995
	BG	Abkommen zwischen der Republik Ungarn und der Republik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	8.6.1994	7.9.1995
	RO	Abkommen zwischen der Republik Ungarn und Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	16.9.1993	6.5.1996
	SK	Abkommen zwischen der Republik Ungarn und der Slowakischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.1.1993	19.7.1996
	PT	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Ungarn und der Regierung der Portugiesischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	28.2.1992	8.10.1997

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
	SI	Abkommen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Republik Ungarn und der Republik Slowenien	15.10.1996	9.6.2000
	LV	Abkommen zwischen der Republik Ungarn und der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	10.6.1999	25.8.2000
	HR	Abkommen zwischen der Republik Ungarn und der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.5.1996	1.3.2002
	LT	Abkommen zwischen der Republik Ungarn und der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	25.5.1999	20.5.2003
Republik Malta	DE	Vertrag zwischen Malta und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	17.9.1974	14.12.1975
	FR	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Malta und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.8.1976	1.1.1978
	BG	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Malta und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	12.6.1984	7.2.1985
	NL	Abkommen zwischen der Regierung Maltas und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	10.9.1984	1.7.1985
	BLEU	Abkommen zwischen der Republik Malta und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.3.1987	15.6.1993
	SK	Abkommen zwischen der Regierung Maltas und der Regierung der Slowakischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	7.9.1999	29.5.2000
	SI	Abkommen zwischen der Regierung Maltas und der Regierung der Republik Slowenien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.3.2001	6.11.2001
	HR	Abkommen zwischen der Regierung Maltas und der Regierung der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.7.2001	10.5.2002
	CY	Abkommen zwischen der Regierung Maltas und der Regierung der Republik Zypern über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	9.9.2002	30.11.2003
Königreich der Niederlande	MT	Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs der Niederlande und der Regierung Maltas über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	10.9.1984	1.7.1985
	HU	Abkommen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Ungarischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	2.9.1987	1.6.1988
	CZ	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik	29.4.1991	1.10.1992
	SK	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik	29.4.1991	1.10.1992
	EE	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Republik Estland	27.10.1992	1.9.1993
	RO	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Regierung des Königreichs der Niederlande und der Regierung Rumäniens	19.4.1994	1.2.1995

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
	LT	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Regierung des Königreichs der Niederlande und der Regierung der Republik Litauen	26.1.1994	1.4.1995
	LV	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Republik Lettland	14.3.1994	1.4.1995
	SI	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Regierung des Königreichs der Niederlande und der Regierung der Republik Slowenien	24.9.1996	1.8.1998
	HR	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Republik Kroatien	28.4.1998	1.6.1999
	BG	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Republik Bulgarien	6.10.1999	1.3.2001
Republik Polen	BLEU	Abkommen zwischen der Regierung der Volksrepublik Polen einerseits und den Regierungen des Königreichs Belgien und des Großherzogtums Luxemburg andererseits über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	19.5.1987	2.8.1991
	LT	Abkommen zwischen der Republik Ungarn und der Republik Litauen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	28.9.1992	6.8.1993
	BG	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Polen und der Regierung der Republik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.4.1994	9.3.1995
	HU	Abkommen zwischen der Republik Polen und der Republik Ungarn über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	23.9.1992	16.6.1995
	SK	Abkommen zwischen der Republik Polen und der Slowakischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	18.8.1994	14.3.1996
	SI	Abkommen zwischen der Republik Polen und der Republik Slowenien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	28.6.1996	31.3.2000
Portugiesische Republik	DE	Vertrag zwischen der Portugiesischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	16.9.1980	23.4.1982
	CZ	Abkommen zwischen der Regierung der Portugiesischen Republik und der Regierung der Tschechischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	12.11.1993	3.8.1994
	RO	Abkommen zwischen der Regierung der Portugiesischen Republik und der Regierung Rumäniens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	17.11.1993	17.11.1994
	LV	Abkommen zwischen der Portugiesischen Republik und der Republik Lettland über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.9.1995	17.7.1997
	HU	Abkommen zwischen der Regierung der Portugiesischen Republik und der Regierung der Republik Ungarn über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	28.2.1992	8.10.1997
	HR	Abkommen zwischen der Portugiesischen Republik und der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	10.5.1995	24.10.1997
	SK	Abkommen zwischen der Portugiesischen Republik und der Slowakischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	10.7.1995	15.5.1999

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
	SI	Abkommen zwischen der Portugiesischen Republik und der Republik Slowenien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.5.1997	4.5.2000
	BG	Abkommen zwischen der Regierung der Portugiesischen Republik und der Regierung der Republik Bulgarien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.5.1993	20.11.2000
	LT	Abkommen zwischen der Portugiesischen Republik und der Republik Litauen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.5.1998	14.8.2003
Rumänien	CY	Abkommen zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung der Republik Zypern über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	26.7.1991	10.7.1993
	CZ	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Rumänien und der Regierung der Tschechischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	8.11.1993	28.7.1994
	PT	Abkommen zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	17.11.1993	17.11.1994
	LT	Abkommen zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung der Republik Litauen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	8.3.1994	15.12.1994
	NL	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung des Königreichs der Niederlande	19.4.1994	1.2.1995
	BG	Abkommen zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung der Republik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	1.6.1994	23.5.1995
	HR	Abkommen zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	8.6.1994	9.9.1995
	ES	Abkommen zwischen Rumänien und Spanien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	25.1.1995	7.12.1995
	SK	Abkommen zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung der Slowakischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	3.3.1994	7.3.1996
	HU	Abkommen zwischen Rumänien und der Republik Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	16.9.1993	6.5.1996
	FR	Abkommen zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	21.3.1995	20.6.1996
	SI	Abkommen zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung der Republik Slowenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.1.1996	24.11.1996
	EL	Abkommen zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung der Hellenischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	23.5.1997	11.6.1998 (RO) 12.6.1998 (EL)
	DE	Vertrag zwischen Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	25.6.1996	12.12.1998
	BLEU	Abkommen zwischen der Regierung Rumäniens und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	4.3.1996	9.3.2001
	LV	Abkommen zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	27.11.2001	22.8.2002

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
Republik Slowenien	SK	Abkommen über den gegenseitigen Schutz und die gegenseitige Förderung von Investitionen zwischen der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik	28.7.1993	28.3.1996
	RO	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung Rumäniens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.1.1996	24.11.1996
	DE	Vertrag zwischen der Republik Slowenien und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	28.10.1993	18.7.1998
	NL	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung des Königreichs der Niederlande	24.9.1996	1.8.1998
	EL	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung der Hellenischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	29.5.1997	10.2.2000
	PL	Abkommen zwischen der Republik Slowenien und der Republik Polen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	28.6.1996	31.3.2000
	ES	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Republik Slowenien und dem Königreich Spanien	15.7.1998	3.4.2000
	PT	Abkommen zwischen der Republik Slowenien und der Portugiesischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.5.1997	4.5.2000
	HU	Abkommen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Republik Slowenien und der Republik Ungarn	15.10.1996	9.6.2000
	FR	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.2.1998	5.8.2000
	BG	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung der Republik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	30.6.1998	26.11.2000
	MT	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung Maltas über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.3.2001	6.11.2001
	BLEU	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	1.2.1999	14.1.2002
	DK	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung des Königreichs Dänemark über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.5.1999	30.3.2002
	LT	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung der Republik Litauen über die Förderung und den Schutz von Investitionen	13.10.1998	15.5.2002
HR	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	12.12.1997	8.7.2004	
Slowakische Republik	FR	Abkommen zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Französischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	13.9.1990	27.9.1991
	ES	Abkommen über den gegenseitigen Schutz und die gegenseitige Förderung von Investitionen zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und dem Königreich Spanien	12.12.1990	28.11.1991

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens
	BLEU	Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	24.4.1989	13.2.1992
	DE	Vertrag zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	2.10.1990	2.8.1992
	DK	Abkommen zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und dem Königreich Dänemark über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	6.3.1991	19.9.1992 (Staaten- nachfolge: 1.1.1993)
	NL	Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und dem Königreich der Niederlande	29.4.1991	1.10.1992
	EL	Abkommen zwischen der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Regierung der Hellenischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	3.6.1991	31.12.1992
	BG	Abkommen zwischen der Regierung der Slowakischen Republik und der Regierung der Republik Bulgarien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	21.7.1994	9.3.1995
	RO	Abkommen zwischen der Regierung der Slowakischen Republik und der Regierung Rumäniens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	3.3.1994	7.3.1996
	PL	Abkommen zwischen der Slowakischen Republik und der Republik Polen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	18.8.1994	14.3.1996
	SI	Abkommen über den gegenseitigen Schutz und die gegenseitige Förderung von Investitionen zwischen der Slowakischen Republik und der Republik Slowenien	28.7.1993	28.3.1996
	HU	Abkommen zwischen der Slowakischen Republik und der Republik Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	15.1.1993	19.7.1996
	HR	Abkommen zwischen der Regierung der Slowakischen Republik und der Regierung der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	12.2.1996	5.2.1997 (SK) 6.2.1997 (HR)
	LV	Abkommen zwischen der Regierung der Slowakischen Republik und der Regierung der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	9.4.1998	30.10.1998
	PT	Abkommen zwischen der Slowakischen Republik und der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	10.7.1995	15.5.1999
	MT	Abkommen zwischen der Regierung der Slowakischen Republik und der Regierung Maltas über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	7.9.1999	29.5.2000

Annex A¹

List of Bilateral Investment Treaties that are terminated by this Agreement

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
Belgo- Luxembourg Economic Union	HU	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Hungarian People's Republic concerning the promotion and reciprocal protection of investments	14.5.1986	23.9.1988
	BG	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the People's Republic of Bulgaria concerning the reciprocal promotion and protection of investments	25.10.1988	29.5.1991
	PL	Agreement between the Government of the Kingdom of Belgium and the Government of the Grand Duchy of Luxembourg, of the one part, and the Government of the Polish People's Republic, of the other, concerning the promotion and reciprocal protection of investments	19.5.1987	2.8.1991
	CZ	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Socialist Republic of Czechoslovakia concerning the reciprocal promotion and protection of investments	24.4.1989	13.2.1992
	SK	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Socialist Republic of Czechoslovakia concerning the reciprocal promotion and protection of investments	24.4.1989	13.2.1992
	MT	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Republic of Malta concerning the reciprocal encouragement and protection of investments	5.3.1987	15.6.1993
	LV	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Republic of Latvia on the reciprocal promotion and protection of investments	27.3.1996	4.4.1999
	CY	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Republic of Cyprus on the reciprocal promotion and protection of investments and exchange of letters	26.2.1991	5.6.1999
	LT	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Republic of Lithuania on the reciprocal promotion and protection of investments	15.10.1997	6.9.1999
	EE	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union, on the one hand, and the Republic of Estonia, on the other hand, on the reciprocal promotion and protection of investments	24.1.1996	23.9.1999
	RO	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Government of Romania concerning the promotion and reciprocal protection of investments	4.3.1996	9.3.2001
	SI	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Government of the Republic of Slovenia for the reciprocal promotion and protection of investments	1.2.1999	14.1.2002
HR	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Republic of Croatia on the reciprocal promotion and protection of investments	31.10.2001	28.12.2003	

¹ For the avoidance of doubt, every Bilateral Investment Treaty listed in this Annex encompasses, as the case may be, any amendment, protocol, annex or exchange of letters thereto.

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
Republic of Bulgaria	MT	Agreement between the Government of the People's Republic of Bulgaria and the Government of the Republic of Malta on mutual promotion and protection of investments	12.6.1984	7.2.1985
	DE	Treaty between the People's Republic of Bulgaria and the Federal Republic of Germany for reciprocal promotion and reciprocal protection of investments	12.4.1986	10.3.1988
	CY	Agreement between the Government of the People's Republic of Bulgaria and the Government of the Republic of Cyprus on mutual encouragement and protection of investments	12.11.1987	18.5.1988
	FR	Agreement between the Government of the People's Republic of Bulgaria and the Government of the French Republic on mutual encouragement and protection of investments	5.4.1989	1.5.1990
	BLEU	Agreement between the People's Republic of Bulgaria and the Belgo-Luxembourg Economic Union concerning the reciprocal promotion and protection of investments	25.10.1988	29.5.1991
	SK	Agreement between the Government of the Republic of Bulgaria and the Government of the Slovak Republic for promotion and reciprocal protection of investments	21.7.1994	9.3.1995
	PL	Agreement between the Government of the Republic of Bulgaria and the Government of the Republic of Poland on mutual promotion and protection of investments	11.4.1994	9.3.1995
	EL	Agreement between the Government of the Republic of Bulgaria and the Government of the Hellenic Republic For the promotion and reciprocal protection of investments	12.3.1993	29.4.1995
	DK	Agreement between the Government of the Republic of Bulgaria and the Government of the Kingdom of Denmark concerning the promotion and reciprocal protection of investments	14.4.1993	20.5.1995
	RO	Agreement between the Government of the Republic of Bulgaria and the Government of Romania on mutual promotion and protection of investments	1.6.1994	23.5.1995
	HU	Agreement between the Republic of Bulgaria and the Republic of Hungary on mutual promotion and protection of investments	8.6.1994	7.9.1995
	HR	Agreement between the Government of the Republic of Bulgaria and the Government of the Republic of Croatia on promotion and reciprocal protection of investments	25.6.1996	20.2.1998
	ES	Agreement between the Republic of Bulgaria and the Kingdom of Spain on mutual promotion and protection of investment	5.9.1995	22.4.1998
	CZ	Agreement between the Republic of Bulgaria and the Czech Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	17.3.1999	30.9.2000
	PT	Agreement between the Government of the Republic of Bulgaria and the Government of the Portuguese Republic for the promotion and mutual protection of investments	27.5.1993	20.11.2000
	SI	Agreement between the Government of the Republic of Bulgaria and the Government of the Republic of Slovenia on the reciprocal promotion and protection of investments	30.6.1998	26.11.2000
	NL	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Republic of Bulgaria and the Kingdom of the Netherlands	6.10.1999	1.3.2001
LV	Agreement between the Government of the Republic of Bulgaria and the Government of the Republic of Latvia for the promotion and reciprocal protection of investments	4.12.2003	23.7.2004	
LT	Agreement between the Government of the Republic of Bulgaria and the Government of the Republic of Lithuania on the Promotion and protection of investments	21.11.2005	25.4.2006	

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
Czech Republic	FR	Agreement between the Czech and Slovak Federative Republic and the French Republic on the reciprocal encouragement and protection of investments	13.9.1990	27.9.1991
	ES	Agreement for the protection and reciprocal promotion of investments between the Czech and Slovak Federal Republic ² and the Kingdom of Spain	12.12.1990	28.11.1991
	BLEU	Agreement between the Socialist Republic of Czechoslovakia and the Belgo-Luxembourg Economic Union concerning the reciprocal promotion and protection of investments	24.4.1989	13.2.1992
	DE	Treaty between the Czech and Slovak Federative Republic and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments	2.10.1990	2.8.1992
	NL	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Czech and Slovak Federal Republic and the Kingdom of the Netherlands	29.4.1991	1.10.1992
	EL	Agreement between the Government of the Czech and Slovak Federal Republic and the Government of the Hellenic Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	3.6.1991	30.12.1992 (CZ) 31.12.1992 (EL)
	RO	Agreement between the Government of the Czech Republic and the Government of the Republic of Romania for the promotion and reciprocal protection of investments	8.11.1993	28.7.1994
	PT	Agreement between the Government of the Czech Republic and the Government of the Portuguese Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	12.11.1993	3.8.1994
	HU	Agreement between the Czech Republic and the Republic of Hungary for the promotion and reciprocal protection of investments	14.1.1993	25.5.1995
	LT	Agreement between the Government of the Czech Republic and the Government of the Republic of Lithuania for the promotion and reciprocal protection of investments	27.10.1994	12.7.1995
	HR	Agreement between the Czech Republic and the Republic of Croatia for the promotion and reciprocal protection of investments	5.3.1996	15.5.1997
	BG	Agreement between the Czech Republic and the Republic of Bulgaria for the promotion and reciprocal protection of investments	17.3.1999	30.9.2000
	CY	Agreement between the Czech Republic and the Republic of Cyprus for the promotion and reciprocal protection of investments	15.6.2001	25.9.2002
Kingdom of Denmark	HU	Agreement between the Government of the Kingdom of Denmark and the Government of the Hungarian People's Republic for the encouragement and the reciprocal protection of investments	2.5.1988	1.10.1988
	SK	Agreement between the Kingdom of Denmark and the Czech and Slovak Federal Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	6.3.1991	19.9.1992 (Succession 1.1.1993)
	LT	Agreement between the Government of the Kingdom of Denmark and the Government of the Republic of Lithuania concerning the promotion and reciprocal protection of investments	30.3.1992	8.1.1993
	LV	Agreement between the Government of the Kingdom of Denmark and the Government of the Republic of Latvia concerning the promotion and reciprocal protection of investments	30.3.1992	18.11.1994
	BG	Agreement between the Government of the Kingdom of Denmark and the Government of the Republic of Bulgaria concerning the promotion and reciprocal protection of investments	14.4.1993	20.5.1995

² It is clarified, for greater certainty, that where Socialist Republic of Czechoslovakia or Czech and Slovak Federative Republic is mentioned as a party to a Bilateral Investment Treaty listed in this Annex, the reference to Socialist Republic of Czechoslovakia or Czech and Slovak Federative Republic must be understood as a reference to the Czech Republic and/or the Slovak Republic, as the case may be.

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	HR	Agreement between the Government of the Kingdom of Denmark and the Government of the Republic of Croatia concerning the promotion and reciprocal protection of investments	5.7.2000	12.1.2002
	SI	Agreement between the Government of the Kingdom of Denmark and the Government of the Republic of Slovenia concerning the promotion and reciprocal protection of investments	11.5.1999	30.3.2002
Federal Republic of Germany	EL	Treaty between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Greece for the promotion and reciprocal protection of investments	27.3.1961	15.7.1963
	MT	Treaty between the Federal Republic of Germany and Malta concerning the encouragement and reciprocal protection of investments	17.9.1974	14.12.1975
	PT	Treaty between the Federal Republic of Germany and the Portuguese Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	16.9.1980	23.4.1982
	HU	Treaty between the Federal Republic of Germany and the Hungarian People's Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	30.4.1986	7.11.1987
	BG	Treaty between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of Bulgaria for reciprocal promotion and reciprocal protection of investments	12.4.1986	10.3.1988
	CZ	Treaty between the Federal Republic of Germany and the Czech and Slovak Federative Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	2.10.1990	2.8.1992
	SK	Treaty between the Federal Republic of Germany and the Czech and Slovak Federative Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	2.10.1990	2.8.1992
	LV	Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Latvia for the promotion and reciprocal protection of investments	20.4.1993	9.6.1996
	EE	Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Estonia concerning the promotion and reciprocal protection of investments	12.11.1992	12.1.1997
	LT	Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Lithuania for the promotion and reciprocal protection of investments	28.2.1992	27.6.1997
	SI	Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Slovenia for the promotion and reciprocal protection of investments	28.10.1993	18.7.1998
	RO	Treaty between the Federal Republic of Germany and Romania for the promotion and reciprocal protection of investments	25.6.1996	12.12.1998
	HR	Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Croatia for the promotion and reciprocal protection of investments ³	21.3.1997	28.9.2000
Republic of Estonia	NL	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Republic of Estonia and the Kingdom of the Netherlands	27.10.1992	1.9.1993
	FR	Agreement between the Government of the Republic of Estonia and the Government of the French Republic on the reciprocal encouragement and protection of investment	14.5.1992	25.9.1995
	LV	Agreement between the Government of the Republic of Estonia and the Government of the Republic of Latvia for the promotion and reciprocal protection of investments	7.2.1996	23.5.1996

³ It is clarified, for greater certainty, that the formal termination by this Agreement of the Bilateral Investment Treaty between Germany and Croatia shall not be construed as meaning that the BIT between Germany and the former Socialist Federal Republic of Yugoslavia (SFRY) in relations between Germany and Croatia, could be revived. This is without prejudice to the applicability of the BIT between Germany and the former SFRY in relations between Germany and some states formed on the territory of the former SFRY which are not EU Member States.

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	LT	Agreement between the Government of the Republic of Estonia and the Government of the Republic of Lithuania for the promotion and reciprocal protection of investments	7.9.1995	20.6.1996
	DE	Treaty between the Republic of Estonia and the Federal Republic of Germany concerning the promotion and reciprocal protection of investments	12.11.1992	12.1.1997
	ES	Agreement between the Republic of Estonia and the Kingdom of Spain on the reciprocal promotion and protection of investments	11.11.1997	1.7.1998
	EL	Agreement between the Government of the Republic of Estonia and the Government of the Hellenic Republic on the promotion and reciprocal protection of investments	17.4.1997	1.8.1998 (EL) 7.8.1998 (EE)
	BLEU	Agreement between the Republic of Estonia, on the one hand, and the Belgo-Luxembourg Economic Union, on the other hand, on the reciprocal promotion and protection of investments	24.1.1996	23.9.1999
Hellenic Republic	DE	Treaty between the Kingdom of Greece and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments	27.3.1961	15.7.1963
	HU	Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of the Hungarian People's Republic for the encouragement and reciprocal protection of investments	26.5.1989	1.2.1992
	CZ	Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of the Czech and Slovak Federal Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	3.6.1991	30.12.1992 (CZ) 31.12.1992 (EL)
	SK	Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of the Czech and Slovak Federal Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	3.6.1991	31.12.1992
	CY	Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of the Republic of Cyprus for the mutual promotion and protection of investments	30.3.1992	26.2.1993
	BG	Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of the Republic of Bulgaria for the promotion and reciprocal protection of investments	12.3.1993	29.4.1995
	LT	Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of the Republic of Lithuania on the promotion and reciprocal protection of investments	19.7.1996	10.7.1997
	LV	Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of the Republic of Latvia on the promotion and reciprocal protection of investments	20.7.1995	8.2.1998 (EL) 9.2.1998 (LV)
	RO	Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of Romania on the promotion and reciprocal protection of investments	23.5.1997	11.6.1998 (RO) 12.6.1998 (EL)
	EE	Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of the Republic of Estonia on the promotion and reciprocal protection of investments	17.4.1997	1.8.1998 (EL) 7.8.1998 (EE)
	HR	Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of the Republic of Croatia on the promotion and reciprocal protection of investments	18.10.1996	20.10.1998 (EL) 21.10.1998 (HR)
SI	Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of the Republic of Slovenia on the reciprocal promotion and protection of investments	29.5.1997	10.2.2000	
Kingdom of Spain	CZ	Agreement for the protection and reciprocal promotion of investments between the Kingdom of Spain and the Czech and Slovak Federal Republic ⁴	12.12.1990	28.11.1991

⁴ It is clarified, for greater certainty, that where Socialist Republic of Czechoslovakia or Czech and Slovak Federative Republic is mentioned as a party to a Bilateral Investment Treaty listed in this Annex, the reference to Socialist Republic of Czechoslovakia or Czech and Slovak Federative Republic must be understood as a reference to the Czech Republic and/or the Slovak Republic, as the case may be.

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	SK	Agreement for the reciprocal protection and promotion of investments between the Kingdom of Spain and the Czech and Slovak Federal Republic	12.12.1990	28.11.1991
	HU	Agreement between the Kingdom of Spain and the Republic of Hungary for the encouragement and reciprocal protection of investments	9.11.1989	1.8.1992
	RO	Agreement between Spain and Romania for the promotion and reciprocal protection of investments	25.1.1995	7.12.1995
	LT	Agreement on the reciprocal promotion and protection of investments between the Kingdom of Spain and the Republic of Lithuania	6.7.1994	22.12.1995
	LV	Agreement on the reciprocal promotion and protection of investments between the Kingdom of Spain and the Republic of Latvia	26.10.1995	14.3.1997
	BG	Agreement between the Kingdom of Spain and the Republic of Bulgaria on mutual promotion and protection of investment	5.9.1995	22.4.1998
	EE	Agreement between the Kingdom of Spain and the Republic of Estonia on the reciprocal promotion and protection of investments	11.11.1997	1.7.1998
	HR	Agreement between the Kingdom of Spain and the Republic of Croatia on the promotion and reciprocal protection of investments	21.7.1997	17.9.1998
	SI	Agreement on the promotion and the reciprocal protection of investments between the Kingdom of Spain and the Republic of Slovenia	15.7.1998	3.4.2000
French Republic	MT	Agreement between the Government of the French Republic and the Government of the Republic of Malta on the reciprocal encouragement and protection of investments	11.8.1976	1.1.1978
	HU	Agreement between the Government of the French Republic and the Government of the People's Republic of Hungary on the reciprocal encouragement and protection of investments	6.11.1986	30.9.1987
	BG	Agreement between the Government of the French Republic and the Government of the People's Republic of Bulgaria on mutual encouragement and protection of investments	5.4.1989	1.5.1990
	CZ	Agreement between the French Republic and the Czech and Slovak Federative Republic on the reciprocal encouragement and protection of investments	13.9.1990	27.9.1991
	SK	Agreement between the French Republic and the Czech and Slovak Federative Republic on the reciprocal encouragement and protection of investments	13.9.1990	27.9.1991
	LV	Agreement between the Government of the French Republic and the Government of the Republic of Latvia on the reciprocal encouragement and protection of investments	15.5.1992	1.10.1994
	LT	Agreement between the Government of the French Republic and the Government of the Republic of Lithuania on the reciprocal encouragement and protection of investments	23.4.1992	27.3.1995
	EE	Agreement between the Government of the French Republic and the Government of the Republic of Estonia on the reciprocal encouragement and protection of investment	14.5.1992	25.9.1995
	RO	Agreement between the Government of the French Republic and the Government of Romania on the reciprocal encouragement and protection of investments	21.3.1995	20.6.1996
	HR	Agreement between the Government of the French Republic and the Government of the Republic of Croatia on the reciprocal encouragement and protection of investments ⁵	3.6.1996	5.3.1998

⁵ It is clarified, for greater certainty, that the formal termination by this Agreement of the Bilateral Investment Treaty between France and Croatia shall not be construed as meaning that the BIT between France and the former Socialist Federal Republic of Yugoslavia (SFRY) in relations between France and Croatia, could be revived.

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	SI	Agreement between the Government of the French Republic and the Government of the Republic of Slovenia on the reciprocal encouragement and protection of investments	11.2.1998	5.8.2000
Republic of Croatia	RO	Agreement between the Government of the Republic of Croatia and the Government of Romania concerning the encouragement and reciprocal protection of investments	8.6.1994	9.9.1995
	SK	Agreement between the Government of the Republic of Croatia and the Government of the Slovak Republic on the promotion and reciprocal protection of investments	12.2.1996	5.2.1997 (SK) 6.2.1997 (HR)
	CZ	Agreement between the Republic of Croatia and the Czech Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	5.3.1996	15.5.1997
	PT	Agreement between the Republic of Croatia and the Portuguese Republic on the promotion and reciprocal protection of investments	10.5.1995	24.10.1997
	BG	Agreement between the Government of the Republic of Croatia and the Government of the Republic of Bulgaria on promotion and reciprocal protection of investments	25.6.1996	20.2.1998
	FR	Agreement between the Government of the Republic of Croatia and the Government of the French Republic on the reciprocal encouragement and protection of investments ⁶	3.6.1996	5.3.1998
	ES	Agreement between the Republic of Croatia and the Kingdom of Spain on the promotion and reciprocal protection of investments	21.7.1997	17.9.1998
	EL	Agreement between the Government of the Republic of Croatia and the Government of the Hellenic Republic on the promotion and reciprocal protection of investments	18.10.1996	20.10.1998 (EL) 21.10.1998 (HR)
	NL	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Republic of Croatia and the Kingdom of the Netherlands	28.4.1998	1.6.1999
	DE	Treaty between the Republic of Croatia and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments ⁷	21.3.1997	28.9.2000
	DK	Agreement between the Government of the Republic of Croatia and the Government of the Kingdom of Denmark concerning the promotion and reciprocal protection of investments	5.7.2000	12.1.2002
	HU	Agreement between the Republic of Croatia and the Republic of Hungary for the promotion and reciprocal protection of investments	15.5.1996	1.3.2002
	MT	Agreement between the Government of the Republic Croatia and the Government of Malta on the promotion and reciprocal protection of investments	11.7.2001	10.5.2002
	BLEU	Agreement between the Republic of Croatia and the Belgo-Luxembourg Economic Union on the reciprocal promotion and protection of investments	31.10.2001	28.12.2003
SI	Agreement between the Government of the Republic of Croatia and the Government of the Republic of Slovenia on the promotion and reciprocal protection of investments	12.12.1997	8.7.2004	
LV	Agreement between the Government of the Republic of Croatia and the Government of the Republic of Latvia on the promotion and reciprocal protection of investments	4.4.2002	25.5.2005	

⁶ It is clarified, for greater certainty, that the formal termination by this Agreement of the Bilateral Investment Treaty between France and Croatia shall not be construed as meaning that the BIT between France and the former Socialist Federal Republic of Yugoslavia (SFRY) in relations between France and Croatia, could be revived.

⁷ It is clarified, for greater certainty, that the formal termination by this Agreement of the Bilateral Investment Treaty between Germany and Croatia shall not be construed as meaning that the BIT between Germany and the former Socialist Federal Republic of Yugoslavia (SFRY) in relations between Germany and Croatia, could be revived. This is without prejudice to the applicability of the BIT between Germany and the former SFRY in relations between Germany and some states formed on the territory of the former SFRY which are not EU Member States.

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	LT	Agreement between the Government of the Republic of Croatia and the Government of the Republic of Lithuania on the promotion and reciprocal protection of investments	15.4.2008	30.1.2009
Republic of Cyprus	BG	Agreement between the Government of the Republic of Cyprus and the Government of the People's Republic of Bulgaria on mutual encouragement and protection of investments	12.11.1987	18.5.1988
	HU	Agreement between the government of Republic of Cyprus and the government of the Hungarian People's Republic for the mutual promotion and protection of investments	24.5.1989	25.5.1990
	EL	Agreement between the Government of the Republic of Cyprus and the Government of the Hellenic Republic for the mutual promotion and protection of investments	30.3.1992	26.2.1993
	RO	Agreement between the government of Republic of Cyprus and the government of Romania on the mutual promotion and protection of investments	26.7.1991	10.7.1993
	BLEU	Agreement between the Republic of Cyprus and the Belgo-Luxemburg Economic Union on the reciprocal promotion and protection of investments and exchange of letters	26.2.1991	5.6.1999
	CZ	Agreement between the Republic of Cyprus and the Czech Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	15.6.2001	25.9.2002
	MT	Agreement between the Government of Republic of Cyprus and the Government of Malta for the promotion and reciprocal protection of investments	9.9.2002	30.11.2003
Republic of Latvia	FR	Agreement between the Government of the Republic of Latvia and the Government of the French Republic on the reciprocal encouragement and protection of investments	15.5.1992	1.10.1994
	DK	Agreement between the Government of the Republic of Latvia and the Government of the Kingdom of Denmark concerning the promotion and reciprocal protection of investments	30.3.1992	18.11.1994
	NL	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Republic of Latvia and the Kingdom of the Netherlands	14.3.1994	1.4.1995
	EE	Agreement between the Government of the Republic of Latvia and the Government of the Republic of Estonia for the promotion and reciprocal protection of investments	7.2.1996	23.5.1996
	DE	Treaty between the Republic of Latvia and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments	20.4.1993	9.6.1996
	LT	Agreement between the Government of the Republic of Latvia and the Government of the Republic of Lithuania on the promotion and protection of investments	7.2.1996	23.7.1996
	ES	Agreement on the reciprocal promotion and protection of investments between the Republic of Latvia and the Kingdom of Spain	26.10.1995	14.3.1997
	PT	Agreement between the Republic of Latvia and the Portuguese Republic on the mutual promotion and protection of investments	27.9.1995	17.7.1997
	EL	Agreement between the Government of the Republic of Latvia and the Government of the Hellenic Republic on the promotion and reciprocal protection of investments	20.7.1995	8.2.1998 (EL) 9.2.1998 (LV)
	SK	Agreement between the Government of the Republic of Latvia and the Government of the Slovak Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	9.4.1998	30.10.1998
	BLEU	Agreement between the Republic of Latvia and the Belgo-Luxemburg Economic Union on the reciprocal promotion and protection of investments	27.3.1996	4.4.1999

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	HU	Agreement between the Republic of Latvia and the Republic of Hungary for the promotion and reciprocal protection of investments	10.6.1999	25.8.2000
	RO	Agreement between the Government of the Republic of Latvia and the Government of Romania on the promotion and reciprocal protection of investments	27.11.2001	22.8.2002
	BG	Agreement between the Government of the Republic of Latvia and the Government of the Republic of Bulgaria for the promotion and reciprocal protection of investments	4.12.2003	23.7.2004
	HR	Agreement between the Government of the Republic of Latvia and the Government of the Republic of Croatia on the promotion and reciprocal protection of investments	4.4.2002	25.5.2005
Republic of Lithuania	DK	Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and Government of the Kingdom of Denmark concerning the promotion and reciprocal protection of investments	30.3.1992	8.1.1993
	PL	Agreement between the Republic of Lithuania and the Republic of Poland on the reciprocal promotion and protection of investments	28.9.1992	6.8.1993
	RO	Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of Romania on the promotion and reciprocal protection of investments	8.3.1994	15.12.1994
	FR	Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the French Republic on the reciprocal encouragement and protection of investments	23.4.1992	27.3.1995
	NL	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Kingdom of the Netherlands	26.1.1994	1.4.1995
	CZ	Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Czech Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	27.10.1994	12.7.1995
	ES	Agreement on the reciprocal promotion and protection of investments between the Republic of Lithuania and the Kingdom of Spain	6.7.1994	22.12.1995
	EE	Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Republic of Estonia for the promotion and reciprocal protection of investments	7.9.1995	20.6.1996
	LV	Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Republic of Latvia on the promotion and protection of investments	7.2.1996	23.7.1996
	DE	Treaty between the Republic of Lithuania and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments	28.2.1992	27.6.1997
	EL	Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Hellenic Republic on the promotion and reciprocal protection of investments	19.7.1996	10.7.1997
	BLEU	Agreement between the Republic of Lithuania and the Belgo-Luxembourg Economic Union on the reciprocal promotion and protection of investments	15.10.1997	6.9.1999
	SI	Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Republic of Slovenia on the promotion and protection of investments	13.10.1998	15.5.2002
	HU	Agreement between the Republic of Lithuania and the Republic of Hungary for the promotion and reciprocal protection of investments	25.5.1999	20.5.2003
PT	Agreement between the Republic of Lithuania and the Portuguese Republic on the mutual promotion and protection of investments	27.5.1998	14.8.2003	

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	BG	Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Republic of Bulgaria on the promotion and protection of investments	21.11.2005	25.4.2006
	HR	Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Republic of Croatia on the promotion and reciprocal protection of investments	15.4.2008	30.1.2009
Belgo- Luxembourg Economic Union	HU	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Hungarian People's Republic concerning the promotion and reciprocal protection of investments	14.5.1986	23.9.1988
	BG	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the People's Republic of Bulgaria concerning the reciprocal promotion and protection of investments	25.10.1988	29.5.1991
	PL	Agreement between the Government of the Kingdom of Belgium and the Government of the Grand Duchy of Luxembourg, of the one part, and the Government of the Polish People's Republic, of the other, concerning the promotion and reciprocal protection of investments	19.5.1987	2.8.1991
	CZ	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Socialist Republic of Czechoslovakia concerning the reciprocal promotion and protection of investments	24.4.1989	13.2.1992
	SK	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Socialist Republic of Czechoslovakia concerning the reciprocal promotion and protection of investments	24.4.1989	13.2.1992
	MT	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Republic of Malta concerning the reciprocal encouragement and protection of investments	5.3.1987	15.6.1993
	LV	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Republic of Latvia on the reciprocal promotion and protection of investments	27.3.1996	4.4.1999
	CY	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Republic of Cyprus on the reciprocal promotion and protection of investments and exchange of letters	26.2.1991	5.6.1999
	LT	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Republic of Lithuania on the reciprocal promotion and protection of investments	15.10.1997	6.9.1999
	EE	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union, on the one hand, and the Republic of Estonia, on the other hand, on the reciprocal promotion and protection of investments	24.1.1996	23.9.1999
	RO	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Government of Romania concerning the promotion and reciprocal protection of investments	4.3.1996	9.3.2001
	SI	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Government of the Republic of Slovenia for the reciprocal promotion and protection of investments	1.2.1999	14.1.2002
HR	Agreement between the Belgo-Luxembourg Economic Union and the Republic of Croatia on the reciprocal promotion and protection of investments	31.10.2001	28.12.2003	
Hungary	FR	Agreement between the Government of the People's Republic of Hungary and the Government of the French Republic on the reciprocal encouragement and protection of investments	6.11.1986	30.9.1987
	DE	Treaty between the Hungarian People's Republic and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments	30.4.1986	7.11.1987
	NL	Agreement between the Hungarian People's Republic and the Kingdom of the Netherlands for the encouragement and reciprocal protection of investments	2.9.1987	1.6.1988

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	BLEU	Agreement between the Hungarian People's Republic and the Belgo-Luxembourg Economic Union concerning the promotion and reciprocal protection of investments	14.5.1986	23.9.1988
	DK	Agreement between the Government of the Hungarian People's Republic and the Government of the Kingdom of Denmark for the encouragement and the reciprocal protection of investments	2.5.1988	1.10.1988
	CY	Agreement between the government of the Hungarian People's Republic and the government of Republic of Cyprus for the mutual promotion and protection of investments	24.5.1989	25.5.1990
	EL	Agreement between the Government of the Hungarian People's Republic and the Government of the Hellenic Republic for the encouragement and reciprocal protection of investments	26.5.1989	1.2.1992
	ES	Agreement between the Republic of Hungary and the Kingdom of Spain for the encouragement and reciprocal protection of investments	9.11.1989	1.8.1992
	CZ	Agreement between the Republic of Hungary and the Czech Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	14.1.1993	25.5.1995
	PL	Agreement between the Republic of Hungary and the Republic of Poland on the reciprocal promotion and protection of investments	23.9.1992	16.6.1995
	BG	Agreement between the Republic of Hungary and the Republic of Bulgaria on mutual promotion and protection of investments	8.6.1994	7.9.1995
	RO	Agreement between the Republic of Hungary and Romania for the promotion and reciprocal protection of investments	16.9.1993	6.5.1996
	SK	Agreement between the Republic of Hungary and the Slovak Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	15.1.1993	19.7.1996
	PT	Agreement between the Government of the Republic of Hungary and the Government of the Portuguese Republic on the mutual promotion and protection of investments	28.2.1992	8.10.1997
	SI	Agreement on the mutual protection and promotion of investments between the Republic of Hungary and the Republic of Slovenia	15.10.1996	9.6.2000
	LV	Agreement between the Republic of Hungary and the Republic of Latvia for the promotion and reciprocal protection of investments	10.6.1999	25.8.2000
	HR	Agreement between the Republic of Hungary and the Republic of Croatia for the promotion and reciprocal protection of investments	15.5.1996	1.3.2002
	LT	Agreement between the Republic of Hungary and the Republic of Lithuania for the promotion and reciprocal protection of investments	25.5.1999	20.5.2003
Republic of Malta	DE	Treaty between Malta and the Federal Republic of Germany concerning the encouragement and reciprocal protection of investments	17.9.1974	14.12.1975
	FR	Agreement between the Government of the Republic of Malta and the Government of the French Republic on the reciprocal encouragement and protection of investments	11.8.1976	1.1.1978
	BG	Agreement between the Government of the Republic of Malta and the Government of the People's Republic of Bulgaria on mutual promotion and protection of investments	12.6.1984	7.2.1985
	NL	Agreement between the Government of Malta and the Government of the Kingdom of the Netherlands concerning the encouragement and reciprocal protection of investments	10.9.1984	1.7.1985
	BLEU	Agreement between the Republic of Malta and the Belgo-Luxembourg Economic Union concerning the reciprocal encouragement and protection of investments	5.3.1987	15.6.1993

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	SK	Agreement between the Government of Malta and the Government of the Slovak Republic for promotion and reciprocal protection of investments	7.9.1999	29.5.2000
	SI	Agreement between the Government of Malta and the Government of the Republic of Slovenia on the mutual promotion and protection of investments	15.3.2001	6.11.2001
	HR	Agreement between the Government of Malta and the Government of the Republic Croatia on the promotion and reciprocal protection of investments	11.7.2001	10.5.2002
	CY	Agreement between the Government of Malta and the Government of Republic of Cyprus for the promotion and reciprocal protection of investments	9.9.2002	30.11.2003
Kingdom of the Netherlands	MT	Agreement between the Government of the Kingdom of the Netherlands and the Government of Malta concerning the encouragement and reciprocal protection of investments	10.9.1984	1.7.1985
	HU	Agreement between the Kingdom of the Netherlands and the Hungarian People's Republic for the encouragement and reciprocal protection of investments	2.9.1987	1.6.1988
	CZ	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Kingdom of the Netherlands and the Czech and Slovak Federal Republic	29.4.1991	1.10.1992
	SK	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Kingdom of the Netherlands and the Czech and Slovak Federal Republic	29.4.1991	1.10.1992
	EE	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Kingdom of the Netherlands and the Republic of Estonia	27.10.1992	1.9.1993
	RO	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Government of the Kingdom of the Netherlands and the Government of Romania	19.4.1994	1.2.1995
	LT	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Government of the Kingdom of the Netherlands and the Government of the Republic of Lithuania	26.1.1994	1.4.1995
	LV	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Kingdom of the Netherlands and the Republic of Latvia	14.3.1994	1.4.1995
	SI	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Government of the Kingdom of the Netherlands and the Government of the Republic of Slovenia	24.9.1996	1.8.1998
	HR	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Kingdom of the Netherlands and the Republic of Croatia	28.4.1998	1.6.1999
	BG	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Kingdom of the Netherlands and the Republic of Bulgaria	6.10.1999	1.3.2001
Republic of Poland	BLEU	Agreement between the Government of the Polish People's Republic, of the one part, and the Government of the Kingdom of Belgium and the Government of the Grand Duchy of Luxembourg, of the other, concerning the promotion and reciprocal protection of investments	19.5.1987	2.8.1991
	LT	Agreement between the Republic of Poland and the Republic of Lithuania on the reciprocal promotion and protection of investments	28.9.1992	6.8.1993
	BG	Agreement between the Government of the Republic of Poland and the Government of the Republic of Bulgaria on mutual promotion and protection of investments	11.4.1994	9.3.1995

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	HU	Agreement between the Republic of Poland and the Republic of Hungary on the reciprocal promotion and protection of investments	23.9.1992	16.6.1995
	SK	Agreement between the Republic of Poland and the Slovak Republic on the reciprocal promotion and protection of investments	18.8.1994	14.3.1996
	SI	Agreement between the Republic of Poland and the Republic of Slovenia on the reciprocal promotion and protection of investments	28.6.1996	31.3.2000
Portuguese Republic	DE	Treaty between the Portuguese Republic and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments	16.9.1980	23.4.1982
	CZ	Agreement between the Government of the Portuguese Republic and the Government of the Czech Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	12.11.1993	3.8.1994
	RO	Agreement between the Government of the Portuguese Republic and the Government of Romania for the promotion and reciprocal protection of investments	17.11.1993	17.11.1994
	LV	Agreement between the Portuguese Republic and the Republic of Latvia on the mutual promotion and protection of investments	27.9.1995	17.7.1997
	HU	Agreement between the Government of the Portuguese Republic and the Government of the Republic of Hungary on the mutual promotion and protection of investments	28.2.1992	8.10.1997
	HR	Agreement between the Portuguese Republic and the Republic of Croatia on the promotion and reciprocal protection of investments	10.5.1995	24.10.1997
	SK	Agreement between the Portuguese Republic and the Slovak Republic on the promotion and reciprocal protection of investments	10.7.1995	15.5.1999
	SI	Agreement between the Portuguese Republic and the Republic of Slovenia on the mutual promotion and protection of investments	14.5.1997	4.5.2000
	BG	Agreement between the Government of the Portuguese Republic and the Government of the Republic of Bulgaria for the promotion and mutual protection of investments	27.5.1993	20.11.2000
	LT	Agreement between the Portuguese Republic and the Republic of Lithuania on the mutual promotion and protection of investments	27.5.1998	14.8.2003
Romania	CY	Agreement between the Government of Romania and the Government of Republic of Cyprus on the mutual promotion and protection of investments	26.7.1991	10.7.1993
	CZ	Agreement between the Government of the Republic of Romania and the Government of the Czech Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	8.11.1993	28.7.1994
	PT	Agreement between the Government of Romania and the Government of the Portuguese Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	17.11.1993	17.11.1994
	LT	Agreement between the Government of Romania and the Government of the Republic of Lithuania on the promotion and reciprocal protection of investments	8.3.1994	15.12.1994
	NL	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Government of Romania and the Government of the Kingdom of the Netherlands	19.4.1994	1.2.1995
	BG	Agreement between the Government of Romania and the Government of the Republic of Bulgaria on mutual promotion and protection of investments	1.6.1994	23.5.1995

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	HR	Agreement between the Government of Romania and the Government of the Republic of Croatia concerning the encouragement and reciprocal protection of investments	8.6.1994	9.9.1995
	ES	Agreement between Romania and Spain for the promotion and reciprocal protection of investments	25.1.1995	7.12.1995
	SK	Agreement between the Government of Romania and the Government of the Slovak Republic on the promotion and reciprocal protection of investments	3.3.1994	7.3.1996
	HU	Agreement between the Republic of Hungary and Romania for the promotion and reciprocal protection of investments	16.9.1993	6.5.1996
	FR	Agreement between the Government of Romania and the Government of the French Republic on the reciprocal encouragement and protection of investments	21.3.1995	20.6.1996
	SI	Agreement between the Government of Romania and the Government of the Republic of Slovenia on the promotion and reciprocal protection of investments	24.1.1996	24.11.1996
	EL	Agreement between the Government of Romania and the Government of the Hellenic Republic on the promotion and reciprocal protection of investments	23.5.1997	11.6.1998 (RO) 12.6.1998 (EL)
	DE	Treaty between Romania and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments	25.6.1996	12.12.1998
	BLEU	Agreement between the Government of Romania and the Belgo-Luxembourg Economic Union concerning the promotion and reciprocal protection of investments	4.3.1996	9.3.2001
	LV	Agreement between the Government of Romania and the Government of the Republic of Latvia on the promotion and reciprocal protection of investments	27.11.2001	22.8.2002
Republic of Slovenia	SK	Agreement on reciprocal investment protection and promotion between the Republic of Slovenia and the Slovak Republic	28.7.1993	28.3.1996
	RO	Agreement between the Government of the Republic of Slovenia and the Government of Romania on the promotion and reciprocal protection of investments	24.1.1996	24.11.1996
	DE	Treaty between the Republic of Slovenia and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments	28.10.1993	18.7.1998
	NL	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Government of the Republic of Slovenia and the Government of the Kingdom of the Netherlands	24.9.1996	1.8.1998
	EL	Agreement between the Government of the Republic of Slovenia and the Government of the Hellenic Republic on the reciprocal promotion and protection of investments	29.5.1997	10.2.2000
	PL	Agreement between the Republic of Slovenia and the Republic of Poland on the reciprocal promotion and protection of investments	28.6.1996	31.3.2000
	ES	Agreement on the promotion and the reciprocal protection of investments between the Republic of Slovenia and the Kingdom of Spain	15.7.1998	3.4.2000
	PT	Agreement between the Republic of Slovenia and the Portuguese Republic on the mutual promotion and protection of investments	14.5.1997	4.5.2000
	HU	Agreement on the mutual protection and promotion of investments between the Republic of Slovenia and the Republic of Hungary	15.10.1996	9.6.2000
	FR	Agreement between the Government of the Republic of Slovenia and the Government of the French Republic on the reciprocal encouragement and protection of investments	11.2.1998	5.8.2000

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	BG	Agreement between the Government of the Republic of Slovenia and the Government of the Republic of Bulgaria on the reciprocal promotion and protection of investments	30.6.1998	26.11.2000
	MT	Agreement between the Government of the Republic of Slovenia and the Government of Malta on the mutual promotion and protection of investments	15.3.2001	6.11.2001
	BLEU	Agreement between the Government of the Republic of Slovenia and the Belgo-Luxembourg Economic Union for the reciprocal promotion and protection of investments	1.2.1999	14.1.2002
	DK	Agreement between the Government of the Republic of Slovenia and the Government of the Kingdom of Denmark concerning the promotion and reciprocal protection of investments	11.5.1999	30.3.2002
	LT	Agreement between the Government of the Republic of Slovenia and the Government of the Republic of Lithuania on the promotion and protection of investments	13.10.1998	15.5.2002
	HR	Agreement between the Government of the Republic of Slovenia and the Government of the Republic of Croatia on the promotion and reciprocal protection of investments	12.12.1997	8.7.2004
Slovak Republic	FR	Agreement between the Czech and Slovak Federative Republic and the French Republic on the reciprocal encouragement and protection of investments	13.9.1990	27.9.1991
	ES	Agreement for the reciprocal protection and promotion of investments between the Czech and Slovak Federal Republic and the Kingdom of Spain	12.12.1990	28.11.1991
	BLEU	Agreement between the Socialist Republic of Czechoslovakia and the Belgo-Luxembourg Economic Union concerning the reciprocal promotion and protection of investments	24.4.1989	13.2.1992
	DE	Treaty between the Czech and Slovak Federative Republic and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments	2.10.1990	2.8.1992
	DK	Agreement between the Czech and Slovak Federal Republic and the Kingdom of Denmark for the promotion and reciprocal protection of investments	6.3.1991	19.9.1992 (Succession 1.1.1993)
	NL	Agreement on encouragement and reciprocal protection of investments between the Czech and Slovak Federal Republic and the Kingdom of the Netherlands	29.4.1991	1.10.1992
	EL	Agreement between the Government of the Czech and Slovak Federal Republic and the Government of the Hellenic Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	3.6.1991	31.12.1992
	BG	Agreement between the Government of the Slovak Republic and the Government of the Republic of Bulgaria for promotion and reciprocal protection of investments	21.7.1994	9.3.1995
	RO	Agreement between the Government of the Slovak Republic and the Government of Romania on the promotion and reciprocal protection of investments	3.3.1994	7.3.1996
	PL	Agreement between the Slovak Republic and the Republic of Poland on the reciprocal promotion and protection of investments	18.8.1994	14.3.1996
	SI	Agreement on reciprocal investment protection and promotion between the Slovak Republic and the Republic of Slovenia	28.7.1993	28.3.1996
	HU	Agreement between the Slovak Republic and the Republic of Hungary for the promotion and reciprocal protection of investments	15.1.1993	19.7.1996
HR	Agreement between the Government of the Slovak Republic and the Government of the Republic of Croatia on the promotion and reciprocal protection of investments	12.2.1996	5.2.1997 (SK) 6.2.1997 (HR)	

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force
	LV	Agreement between the Government of the Slovak Republic and the Government of the Republic of Latvia for the promotion and reciprocal protection of investments	9.4.1998	30.10.1998
	PT	Agreement between the Slovak Republic and the Portuguese Republic on the promotion and reciprocal protection of investments	10.7.1995	15.5.1999
	MT	Agreement between the Government of the Slovak Republic and the Government of Malta for promotion and reciprocal protection of investments	7.9.1999	29.5.2000

Annexe A¹

Liste des Traités bilatéraux d'investissement auxquels il est mis fin par le présent accord

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
Union économique belgo-luxembourgeoise	HU	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et le Gouvernement de la République populaire hongroise concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	14.5.1986	23.9.1988
	BG	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République populaire de Bulgarie, concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	25.10.1988	29.5.1991
	PL	Accord entre le Gouvernement du Royaume de Belgique et le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, d'une part, et le Gouvernement de la République populaire de Pologne, d'autre part, concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	19.5.1987	2.8.1991
	CZ	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République socialiste tchécoslovaque concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	24.4.1989	13.2.1992
	SK	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République socialiste tchécoslovaque concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	24.4.1989	13.2.1992
	MT	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République de Malte relatif à l'encouragement et la protection réciproques des investissements	5.3.1987	15.6.1993
	LV	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République de Lettonie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	27.3.1996	4.4.1999
	CY	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République de Chypre concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements, et l'échange de lettres	26.2.1991	5.6.1999
	LT	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République de Lituanie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	15.10.1997	6.9.1999
	EE	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République d'Estonie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	24.1.1996	23.9.1999
	RO	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et le Gouvernement de la Roumanie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	4.3.1996	9.3.2001
	SI	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et le Gouvernement de la République de Slovénie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	1.2.1999	14.1.2002
HR	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République de Croatie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	31.10.2001	28.12.2003	

¹ Aux fins de clarification, chaque mention d'un Traité d'investissement bilatéral figurant dans la présente annexe englobe, selon le cas, l'ensemble des modifications, protocoles, annexes ou échanges de lettres dont il a pu faire l'objet.

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
République de Bulgarie	MT	Accord entre le Gouvernement de la République populaire de Bulgarie et le Gouvernement de la République de Malte sur la promotion et la protection réciproques des investissements	12.6.1984	7.2.1985
	DE	Traité entre la République populaire de Bulgarie et la République fédérale d'Allemagne concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	12.4.1986	10.3.1988
	CY	Accord entre le Gouvernement de la République populaire de Bulgarie et le Gouvernement de la République de Chypre sur la promotion et la protection réciproques des investissements	12.11.1987	18.5.1988
	FR	Accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République populaire de Bulgarie sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	5.4.1989	1.5.1990
	UEBL	Accord entre la République populaire de Bulgarie et l'Union économique belgo-luxembourgeoise, concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	25.10.1988	29.5.1991
	SK	Accord entre le Gouvernement de la République de Bulgarie et le Gouvernement de la République slovaque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	21.7.1994	9.3.1995
	PL	Accord entre le Gouvernement de la République de Bulgarie et le Gouvernement de la République de Pologne concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	11.4.1994	9.3.1995
	EL	Accord entre le Gouvernement de la République de Bulgarie et le Gouvernement de la République hellénique pour la promotion et la protection réciproque des investissements	12.3.1993	29.4.1995
	DK	Accord entre le Gouvernement de la République de Bulgarie et le Gouvernement du Royaume de Danemark concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	14.4.1993	20.5.1995
	RO	Accord entre le Gouvernement de la République de Bulgarie et le Gouvernement de la Roumanie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	1.6.1994	23.5.1995
	HU	Accord entre la République de Bulgarie et la République de Hongrie pour la promotion et la protection réciproques des investissements	8.6.1994	7.9.1995
	HR	Accord entre le Gouvernement de la République de Bulgarie et le Gouvernement de la République de Croatie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	25.6.1996	20.2.1998
	ES	Accord entre la République de Bulgarie et le Royaume d'Espagne pour la promotion et la protection réciproques des investissements	5.9.1995	22.4.1998
	CZ	Accord entre la République de Bulgarie et la République tchèque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	17.3.1999	30.9.2000
	PT	Accord entre le Gouvernement de la République de Bulgarie et le Gouvernement de la République portugaise pour la promotion et la protection réciproque des investissements	27.5.1993	20.11.2000
	SI	Accord entre le Gouvernement de la République de Bulgarie et le Gouvernement de la République de Slovénie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	30.6.1998	26.11.2000
	NL	Accord concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements entre la République de Bulgarie et le Royaume des Pays-Bas	6.10.1999	1.3.2001
	LV	Accord entre le Gouvernement de la République de Bulgarie et le Gouvernement de la République de Lettonie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	4.12.2003	23.7.2004
LT	Accord entre le Gouvernement de la République de Bulgarie et le Gouvernement de la République de Lituanie concernant la promotion et la protection des investissements	21.11.2005	25.4.2006	

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
République tchèque	FR	Accord entre la République fédérative tchèque et slovaque et la République française sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	13.9.1990	27.9.1991
	ES	Accord pour la protection et l'encouragement réciproque des investissements entre la République fédérative tchèque et slovaque ² et le Royaume d'Espagne	12.12.1990	28.11.1991
	UEBL	Accord entre la République socialiste tchécoslovaque et l'Union économique belgo-luxembourgeoise concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	24.4.1989	13.2.1992
	DE	Traité entre la République fédérative tchèque et slovaque et la République fédérale d'Allemagne relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements	2.10.1990	2.8.1992
	NL	Accord relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements entre la République fédérative tchèque et slovaque et le Royaume des Pays-Bas	29.4.1991	1.10.1992
	EL	Accord entre le Gouvernement de la République fédérative tchèque et slovaque et le Gouvernement de la République hellénique pour la promotion et la protection réciproque des investissements	3.6.1991	30.12.1992 (CZ) 31.12.1992 (EL)
	RO	Accord entre le Gouvernement de la République tchèque et le Gouvernement de la Roumanie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	8.11.1993	28.7.1994
	PT	Accord entre le Gouvernement de la République tchèque et le Gouvernement de la République portugaise pour la promotion et la protection réciproque des investissements	12.11.1993	3.8.1994
	HU	Accord entre la République tchèque et la République de Hongrie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	14.1.1993	25.5.1995
	LT	Accord entre le Gouvernement de la République tchèque et le Gouvernement de la République de Lituanie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	27.10.1994	12.7.1995
	HR	Accord entre la République tchèque et la République de Croatie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	5.3.1996	15.5.1997
	BG	Accord entre la République tchèque et la République de Bulgarie pour l'encouragement et la protection réciproque des investissements	17.3.1999	30.9.2000
	CY	Accord entre la République tchèque et la République de Chypre pour la promotion et la protection réciproque des investissements	15.6.2001	25.9.2002
Royaume de Danemark	HU	Accord entre le Gouvernement du Royaume de Danemark et le Gouvernement de la République populaire hongroise pour l'encouragement et la protection réciproque des investissements	2.5.1988	1.10.1988
	SK	Accord entre le Royaume de Danemark et la République fédérative tchèque et slovaque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	6.3.1991	19.9.1992 (Succession 1.1.1993)
	LT	Accord entre le Gouvernement du Royaume de Danemark et le Gouvernement de la République de Lituanie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	30.3.1992	8.1.1993
	LV	Accord entre le Gouvernement du Royaume de Danemark et le Gouvernement de la République de Lettonie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	30.3.1992	18.11.1994
	BG	Accord entre le Gouvernement du Royaume de Danemark et le Gouvernement de la République de Bulgarie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	14.4.1993	20.5.1995

² Il est précisé, aux fins de clarification, que les mentions de la République socialiste tchécoslovaque ou de la République fédérative tchèque et slovaque en tant que partie à un Traité bilatéral d'investissement visé dans la présente annexe doivent s'entendre comme faisant référence à la République tchèque et/ou à la République slovaque, selon le cas.

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
	HR	Accord entre le Gouvernement du Royaume de Danemark et le Gouvernement de la République de Croatie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	5.7.2000	12.1.2002
	SI	Accord entre le Gouvernement du Royaume de Danemark et le Gouvernement de la République de Slovénie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	11.5.1999	30.3.2002
République fédérale d'Allemagne	EL	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Grèce relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	27.3.1961	15.7.1963
	MT	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et Malte relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements	17.9.1974	14.12.1975
	PT	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République portugaise relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	16.9.1980	23.4.1982
	HU	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République populaire hongroise relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	30.4.1986	7.11.1987
	BG	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République populaire de Bulgarie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	12.4.1986	10.3.1988
	CZ	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République fédérative tchèque et slovaque relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	2.10.1990	2.8.1992
	SK	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République fédérative tchèque et slovaque relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	2.10.1990	2.8.1992
	LV	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Lettonie relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	20.4.1993	9.6.1996
	EE	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Estonie relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	12.11.1992	12.1.1997
	LT	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Lituanie relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	28.2.1992	27.6.1997
	SI	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Slovénie relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	28.10.1993	18.7.1998
	RO	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la Roumanie relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	25.6.1996	12.12.1998
	HR	Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Croatie relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements ³	21.3.1997	28.9.2000
République d'Estonie	NL	Accord concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements entre la République d'Estonie et le Royaume des Pays-Bas	27.10.1992	1.9.1993
	FR	Accord entre le Gouvernement de la République d'Estonie et le Gouvernement de la République française sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	14.5.1992	25.9.1995

³ Il est précisé, aux fins de clarification, que l'extinction formelle, par le présent Accord, du Traité bilatéral d'investissement entre l'Allemagne et la Croatie ne peut être interprétée comme ouvrant la voie à une éventuelle réactivation du traité bilatéral d'investissement entre l'Allemagne et l'ancienne République fédérative socialiste de Yougoslavie (RFSY) dans le cadre des relations entre l'Allemagne et la Croatie. Cette situation ne préjuge pas de l'applicabilité du traité bilatéral d'investissement entre l'Allemagne et l'ancienne RFSY dans le cadre de relations entre l'Allemagne et des États formés sur le territoire de l'ancienne RFSY qui ne sont pas des États membres de l'Union européenne.

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
	LV	Accord entre le gouvernement de la République d'Estonie et le gouvernement de la République de Lettonie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	7.2.1996	23.5.1996
	LT	Accord entre le Gouvernement de la République d'Estonie et le Gouvernement de la République de Lituanie pour l'encouragement et la protection réciproque des investissements	7.9.1995	20.6.1996
	DE	Traité entre la République d'Estonie et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	12.11.1992	12.1.1997
	ES	Accord entre la République d'Estonie et le Royaume d'Espagne pour la promotion et la protection réciproques des investissements	11.11.1997	1.7.1998
	EL	Accord entre le Gouvernement de la République d'Estonie et le Gouvernement de la République hellénique pour la promotion et la protection réciproque des investissements	17.4.1997	1.8.1998 (EL) 7.8.1998 (EE)
	UEBL	Accord entre la République d'Estonie et l'Union économique belgo-luxembourgeoise concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	24.1.1996	23.9.1999
République hellénique	DE	Traité entre le Royaume de Grèce et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	27.3.1961	15.7.1963
	HU	Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la République populaire hongroise pour l'encouragement et la protection réciproque des investissements	26.5.1989	1.2.1992
	CZ	Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la République fédérative tchèque et slovaque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	3.6.1991	30.12.1992 (CZ) 31.12.1992 (EL)
	SK	Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la République fédérative tchèque et slovaque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	3.6.1991	31.12.1992
	CY	Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la République de Chypre pour la promotion et la protection réciproques des investissements	30.3.1992	26.2.1993
	BG	Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la République de Bulgarie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	12.3.1993	29.4.1995
	LT	Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la République de Lituanie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	19.7.1996	10.7.1997
	LV	Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la République de Lettonie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	20.7.1995	8.2.1998 (EL) 9.2.1998 (LV)
	RO	Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la Roumanie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	23.5.1997	11.6.1998 (RO) 12.6.1998 (EL)
	EE	Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la République d'Estonie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	17.4.1997	1.8.1998 (EL) 7.8.1998 (EE)
	HR	Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la République de Croatie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	18.10.1996	20.10.1998 (EL) 21.10.1998 (HR)
	SI	Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la République de Slovénie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	29.5.1997	10.2.2000

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
Royaume d'Espagne	CZ	Accord pour la protection et l'encouragement réciproque des investissements entre le Royaume d'Espagne et la République fédérative tchèque et slovaque ⁴	12.12.1990	28.11.1991
	SK	Accord pour la protection et l'encouragement réciproques des investissements entre le Royaume d'Espagne et la République fédérative tchèque et slovaque	12.12.1990	28.11.1991
	HU	Accord entre le Royaume d'Espagne et la République de Hongrie pour la promotion et la protection réciproques des investissements	9.11.1989	1.8.1992
	RO	Accord entre l'Espagne et la Roumanie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	25.1.1995	7.12.1995
	LT	Accord entre le Royaume d'Espagne et la République de Lituanie pour la promotion et la protection réciproques des investissements	6.7.1994	22.12.1995
	LV	Accord entre le Royaume d'Espagne et la République de Lettonie pour la promotion et la protection réciproques des investissements	26.10.1995	14.3.1997
	BG	Accord entre le Royaume d'Espagne et la République de Bulgarie pour la promotion et la protection réciproques des investissements	5.9.1995	22.4.1998
	EE	Accord entre le Royaume d'Espagne et la République d'Estonie pour la promotion et la protection réciproques des investissements	11.11.1997	1.7.1998
	HR	Accord entre le Royaume d'Espagne et la République de Croatie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	21.7.1997	17.9.1998
	SI	Accord pour la promotion et la protection réciproque des investissements entre le Royaume d'Espagne et la République de Slovénie	15.7.1998	3.4.2000
République française	MT	Accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République de Malte sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	11.8.1976	1.1.1978
	HU	Accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République populaire hongroise sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	6.11.1986	30.9.1987
	BG	Accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République populaire de Bulgarie sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	5.4.1989	1.5.1990
	CZ	Accord entre la République française et la République fédérative tchèque et slovaque sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	13.9.1990	27.9.1991
	SK	Accord entre la République française et la République fédérative tchèque et slovaque sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	13.9.1990	27.9.1991
	LV	Accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République de Lettonie sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	15.5.1992	1.10.1994
	LT	Accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République de Lituanie sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	23.4.1992	27.3.1995
	EE	Accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République d'Estonie sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	14.5.1992	25.9.1995

⁴ Il est précisé, aux fins de clarification, que les mentions de la République socialiste tchécoslovaque ou de la République fédérative tchèque et slovaque en tant que partie à un Traité bilatéral d'investissement visé dans la présente annexe doivent s'entendre comme faisant référence à la République tchèque et/ou à la République slovaque, selon le cas.

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
	RO	Accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de Roumanie sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	21.3.1995	20.6.1996
	HR	Accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République de Croatie sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements ⁵	3.6.1996	5.3.1998
	SI	Accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République de Slovénie sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	11.2.1998	5.8.2000
République de Croatie	RO	Accord entre le Gouvernement de la République de Croatie et le Gouvernement de la Roumanie concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements	8.6.1994	9.9.1995
	SK	Accord entre le Gouvernement de la République de Croatie et le Gouvernement de la République slovaque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	12.2.1996	5.2.1997 (SK) 6.2.1997 (HR)
	CZ	Accord entre la République de Croatie et la République tchèque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	5.3.1996	15.5.1997
	PT	Accord entre la République de Croatie et la République portugaise sur la promotion et la protection réciproque des investissements	10.5.1995	24.10.1997
	BG	Accord entre le Gouvernement de la République de Croatie et le Gouvernement de la République de Bulgarie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	25.6.1996	20.2.1998
	FR	Accord entre le Gouvernement de la République de Croatie et le Gouvernement de la République française sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements ⁶	3.6.1996	5.3.1998
	ES	Accord entre la République de Croatie et le Royaume d'Espagne concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	21.7.1997	17.9.1998
	EL	Accord entre le Gouvernement de la République de Croatie et le Gouvernement de la République hellénique sur la promotion et la protection réciproque des investissements	18.10.1996	20.10.1998 (EL) 21.10.1998 (HR)
	NL	Accord concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements entre la République de Croatie et le Royaume des Pays-Bas	28.4.1998	1.6.1999
	DE	Traité entre la République de Croatie et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements ⁷	21.3.1997	28.9.2000
	DK	Accord entre le Gouvernement de la République de Croatie et le Gouvernement du Royaume de Danemark concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	5.7.2000	12.1.2002
	HU	Accord entre la République de Croatie et la République de Hongrie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	15.5.1996	1.3.2002
MT	Accord entre le Gouvernement de la République de Croatie et le Gouvernement de Malte concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	11.7.2001	10.5.2002	

⁵ Il est précisé, aux fins de clarification, que l'extinction formelle, par le présent Accord, du Traité bilatéral d'investissement entre la France et la Croatie ne peut être interprétée comme ouvrant la voie à une éventuelle réactivation du traité bilatéral d'investissement entre la France et l'ancienne République fédérative socialiste de Yougoslavie (RFSY) dans le cadre des relations entre la France et la Croatie.

⁶ Il est précisé, aux fins de clarification, que l'extinction formelle, par le présent Accord, du Traité bilatéral d'investissement entre la France et la Croatie ne peut être interprétée comme ouvrant la voie à une éventuelle réactivation du traité bilatéral d'investissement entre la France et l'ancienne République fédérative socialiste de Yougoslavie (RFSY) dans le cadre des relations entre la France et la Croatie.

⁷ Il est précisé, aux fins de clarification, que l'extinction formelle, par le présent Accord, du Traité bilatéral d'investissement entre l'Allemagne et la Croatie ne peut être interprétée comme ouvrant la voie à une éventuelle réactivation du traité bilatéral d'investissement entre l'Allemagne et l'ancienne République fédérative socialiste de Yougoslavie (RFSY) dans le cadre des relations entre l'Allemagne et la Croatie. Cette situation ne préjuge pas de l'applicabilité du traité bilatéral d'investissement entre l'Allemagne et l'ancienne RFSY dans le cadre de relations entre l'Allemagne et des États formés sur le territoire de l'ancienne RFSY qui ne sont pas des États membres de l'Union européenne.

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
	UEBL	Accord entre la République de Croatie et l'Union économique belgo-luxembourgeoise concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	31.10.2001	10.5.2002
	SI	Accord entre le Gouvernement de la République de Croatie et le Gouvernement de la République de Slovénie relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements	12.12.1997	8.7.2004
	LV	Accord entre le Gouvernement de la République de Croatie et le Gouvernement de la République de Lettonie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	4.4.2002	25.5.2005
	LT	Accord entre le Gouvernement de la République de Croatie et le Gouvernement de la République de Lituanie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	15.4.2008	30.1.2009
République de Chypre	BG	Accord entre le Gouvernement de la République de Chypre et le Gouvernement de la République populaire de Bulgarie sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	12.11.1987	18.5.1988
	HU	Accord entre le gouvernement de la République de Chypre et le gouvernement de la République populaire hongroise pour la promotion et la protection réciproques des investissements	24.5.1989	25.5.1990
	EL	Accord entre le Gouvernement de la République de Chypre et le Gouvernement de la République hellénique pour la promotion et la protection réciproques des investissements	30.3.1992	26.2.1993
	RO	Accord entre le gouvernement de la République de Chypre et le gouvernement de la Roumanie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	26.7.1991	10.7.1993
	UEBL	Accord entre la République de Chypre et l'Union économique belgo-luxembourgeoise concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements, et l'échange de lettres	26.2.1991	5.6.1999
	CZ	Accord entre la République de Chypre et la République tchèque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	15.6.2001	25.9.2002
	MT	Accord entre le Gouvernement de la République de Chypre et le Gouvernement de Malte pour l'encouragement et la protection réciproque des investissements	9.9.2002	30.11.2003
République de Lettonie	FR	Accord entre le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement de la République française sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	15.5.1992	1.10.1994
	DK	Accord entre le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement du Royaume de Danemark concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	30.3.1992	18.11.1994
	NL	Accord concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements entre la République de Lettonie et le Royaume des Pays-Bas	14.3.1994	1.4.1995
	EE	Accord entre le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement de la République d'Estonie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	7.2.1996	23.5.1996
	DE	Traité entre la République de Lettonie et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	20.4.1993	9.6.1996
	LT	Accord entre le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement de la République de Lituanie sur la promotion et la protection des investissements	7.2.1996	23.7.1996
	ES	Accord pour la promotion et la protection réciproques des investissements entre la République de Lettonie et le Royaume d'Espagne	26.10.1995	14.3.1997
	PT	Accord entre la République de Lettonie et la République portugaise sur la promotion et la protection réciproques des investissements	27.9.1995	17.7.1997

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
	EL	Accord entre le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement de la République hellénique sur la promotion et la protection réciproque des investissements	20.7.1995	8.2.1998 (EL) 9.2.1998 (LV)
	SK	Accord entre le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement de la République slovaque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	9.4.1998	30.10.1998
	UEBL	Accord entre la République de Lettonie et l'Union économique belgo-luxembourgeoise concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	27.3.1996	4.4.1999
	HU	Accord entre la République de Lettonie et la République de Hongrie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	10.6.1999	25.8.2000
	RO	Accord entre le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement de la Roumanie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	27.11.2001	22.8.2002
	BG	Accord entre le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement de la République de Bulgarie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	4.12.2003	23.7.2004
	HR	Accord entre le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement de la République de Croatie sur la promotion et la protection réciproque des investissements	4.4.2002	25.5.2005
République de Lituanie	DK	Accord entre le Gouvernement de la République de Lituanie et le Gouvernement du Royaume de Danemark concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	30.3.1992	8.1.1993
	PL	Accord entre la République de Lituanie et la République de Pologne concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	28.9.1992	6.8.1993
	RO	Accord entre le Gouvernement de la République de Lituanie et le Gouvernement de la Roumanie concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements	8.3.1994	15.12.1994
	FR	Accord entre le Gouvernement de la République de Lituanie et le Gouvernement de la République française sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	23.4.1992	27.3.1995
	NL	Accord concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements entre le Gouvernement de la République de Lituanie et le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas	26.1.1994	1.4.1995
	CZ	Accord entre le Gouvernement de la République de Lituanie et le Gouvernement de la République tchèque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	27.10.1994	12.7.1995
	ES	Accord pour la promotion et la protection réciproques des investissements entre la République de Lituanie et le Royaume d'Espagne	6.7.1994	22.12.1995
	EE	Accord entre le Gouvernement de la République de Lituanie et le Gouvernement de la République d'Estonie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	7.9.1995	20.6.1996
	LV	Accord entre le Gouvernement de la République de Lituanie et le Gouvernement de la République de Lettonie sur la promotion et la protection des investissements	7.2.1996	23.7.1996
	DE	Traité entre la République de Lituanie et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	28.2.1992	27.6.1997
	EL	Accord entre le Gouvernement de la République de Lituanie et le Gouvernement de la République hellénique sur la promotion et la protection réciproque des investissements	19.7.1996	10.7.1997
UEBL	Accord entre la République de Lituanie et l'Union économique belgo-luxembourgeoise concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	15.10.1997	6.9.1999	

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
	SI	Accord entre le Gouvernement de la République de Lituanie et le Gouvernement de la République de Slovénie sur la promotion et la protection des investissements	13.10.1998	15.5.2002
	HU	Accord entre la République de Lituanie et République de Hongrie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	25.5.1999	20.5.2003
	PT	Accord entre la République de Lituanie et la République portugaise sur la promotion et la protection réciproques des investissements	27.5.1998	14.8.2003
	BG	Accord entre le Gouvernement de la République de Lituanie et le Gouvernement de la République de Bulgarie relatif à la promotion et à la protection des investissements	21.11.2005	25.4.2006
	HR	Accord entre le Gouvernement de la République de Lituanie et le Gouvernement de la République de Croatie sur la promotion et la protection réciproque des investissements	15.4.2008	30.1.2009
Union économique belgo-luxembourgeoise	HU	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République populaire hongroise concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	14.5.1986	23.9.1988
	BG	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République populaire de Bulgarie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	25.10.1988	29.5.1991
	PL	Accord entre le Gouvernement du Royaume de Belgique et le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, d'une part, et le Gouvernement de la République populaire de Pologne, d'autre part, concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	19.5.1987	2.8.1991
	CZ	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République socialiste tchécoslovaque concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	24.4.1989	13.2.1992
	SK	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République socialiste tchécoslovaque concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	24.4.1989	13.2.1992
	MT	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République de Malte relatif à l'encouragement et la protection réciproques des investissements	5.3.1987	15.6.1993
	LV	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République de Lettonie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	27.3.1996	4.4.1999
	CY	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République de Chypre concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements et l'échange de lettres	26.2.1991	5.6.1999
	LT	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République de Lituanie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	15.10.1997	6.9.1999
	EE	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise, d'une part, et la République d'Estonie, d'autre part, concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	24.1.1996	23.9.1999
	RO	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et le Gouvernement de la Roumanie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	4.3.1996	9.3.2001
	SI	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et le gouvernement de la République de Slovénie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	1.2.1999	14.1.2002
	HR	Accord entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et la République de Croatie concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	31.10.2001	28.12.2003

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
Hongrie	FR	Accord entre le Gouvernement de la République populaire hongroise et le Gouvernement de la République française sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	6.11.1986	30.9.1987
	DE	Traité entre la République populaire hongroise et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	30.4.1986	7.11.1987
	NL	Accord entre la République populaire hongroise et le Royaume des Pays-Bas pour l'encouragement et la protection réciproque des investissements	2.9.1987	1.6.1988
	UEBL	Accord entre le Gouvernement de la République populaire hongroise et l'Union économique belgo-luxembourgeoise concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	14.5.1986	23.9.1988
	DK	Accord entre le Gouvernement de la République populaire hongroise et le Gouvernement du Royaume de Danemark pour l'encouragement et la protection réciproque des investissements	2.5.1988	1.10.1988
	CY	Accord entre le gouvernement de la République populaire hongroise et le gouvernement de la République de Chypre sur la promotion et la protection réciproques des investissements	24.5.1989	25.5.1990
	EL	Accord entre le Gouvernement de la République populaire hongroise et le Gouvernement de la République hellénique pour l'encouragement et la protection réciproque des investissements	26.5.1989	1.2.1992
	ES	Accord entre la République de Hongrie et le Royaume d'Espagne pour l'encouragement et la protection réciproque des investissements	9.11.1989	1.8.1992
	CZ	Accord entre la République de Hongrie et la République tchèque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	14.1.1993	25.5.1995
	PL	Accord entre la République de Hongrie et la République de Pologne concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	23.9.1992	16.6.1995
	BG	Accord entre la République de Hongrie et la République de Bulgarie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	8.6.1994	7.9.1995
	RO	Accord entre la République de Hongrie et la Roumanie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	16.9.1993	6.5.1996
	SK	Accord entre la République de Hongrie et la République slovaque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	15.1.1993	19.7.1996
	PT	Accord entre le Gouvernement de la République de Hongrie et le Gouvernement de la République portugaise concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	28.2.1992	8.10.1997
	SI	Accord concernant la protection et la promotion réciproques des investissements entre la République de Hongrie et la République de Slovénie	15.10.1996	9.6.2000
	République de Malte	LV	Accord entre la République de Hongrie et la République de Lettonie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	10.6.1999
HR		Accord entre la République de Hongrie et la République de Croatie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	15.5.1996	1.3.2002
LT		Accord entre la République de Hongrie et la République de Lituanie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	25.5.1999	20.5.2003
DE		Traité entre Malte et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	17.9.1974	14.12.1975
FR		Accord entre le Gouvernement de la République de Malte et le Gouvernement de la République française sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	11.8.1976	1.1.1978

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
	BG	Accord entre le gouvernement de la République de Malte et le gouvernement de la République populaire de Bulgarie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	12.6.1984	7.2.1985
	NL	Accord entre le Gouvernement de Malte et le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	10.9.1984	1.7.1985
	UEBL	Accord entre la République de Malte et l'Union économique belgo-luxembourgeoise relatif à l'encouragement et la protection réciproques des investissements	5.3.1987	15.6.1993
	SK	Accord entre le Gouvernement de Malte et le Gouvernement de la République slovaque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	7.9.1999	29.5.2000
	SI	Accord entre le Gouvernement de Malte et le Gouvernement de la République de Slovénie sur la promotion et la protection réciproques des investissements	15.3.2001	6.11.2001
	HR	Accord entre le Gouvernement de Malte et le Gouvernement de la République de Croatie relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	11.7.2001	10.5.2002
	CY	Accord entre le Gouvernement de Malte et le Gouvernement de la République de Chypre pour la promotion et la protection réciproque des investissements	9.9.2002	30.11.2003
Royaume des Pays-Bas	MT	Accord entre le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas et le Gouvernement de Malte relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	10.9.1984	1.7.1985
	HU	Accord entre le Royaume des Pays-Bas et la République populaire hongroise pour l'encouragement et la protection réciproque des investissements	2.9.1987	1.6.1988
	CZ	Accord relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements entre le Royaume des Pays-Bas et la République fédérative tchèque et slovaque	29.4.1991	1.10.1992
	SK	Accord relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements entre le Royaume des Pays-Bas et la République fédérative tchèque et slovaque	29.4.1991	1.10.1992
	EE	Accord relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements entre le Royaume des Pays-Bas et la République d'Estonie	27.10.1992	1.9.1993
	RO	Accord relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements entre le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas et le Gouvernement de la Roumanie	19.4.1994	1.2.1995
	LT	Accord relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements entre le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas et le Gouvernement de la République de Lituanie	26.1.1994	1.4.1995
	LV	Accord relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements entre le Royaume des Pays-Bas et la République de Lettonie	14.3.1994	1.4.1995
	SI	Accord relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements entre le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas et le Gouvernement de la République de Slovénie	24.9.1996	1.8.1998
	HR	Accord relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements entre le Royaume des Pays-Bas et la République de Croatie	28.4.1998	1.6.1999
	BG	Accord relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements entre le Royaume des Pays-Bas et la République de Bulgarie	6.10.1999	1.3.2001

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
République de Pologne	UEBL	Accord entre le Gouvernement de la République populaire de Pologne, d'une part, et le Gouvernement du Royaume de Belgique et le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, d'autre part, concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	19.5.1987	2.8.1991
	LT	Accord entre la République de Pologne et la République de Lituanie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	28.9.1992	6.8.1993
	BG	Accord entre le Gouvernement de la République de Pologne et le Gouvernement de la République de Bulgarie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	11.4.1994	9.3.1995
	HU	Accord entre la République de Pologne et la République de Hongrie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	23.9.1992	16.6.1995
	SK	Accord entre la République de Pologne et la République slovaque concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	18.8.1994	14.3.1996
	SI	Accord entre la République de Pologne et la République de Slovénie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	28.6.1996	31.3.2000
République portugaise	DE	Traité entre la République portugaise et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	16.9.1980	23.4.1982
	CZ	Accord entre le Gouvernement de la République portugaise et le Gouvernement de la République tchèque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	12.11.1993	3.8.1994
	RO	Accord entre le Gouvernement de la République portugaise et le Gouvernement de la Roumanie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	17.11.1993	17.11.1994
	LV	Accord entre la République portugaise et la République de Lettonie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	27.9.1995	17.7.1997
	HU	Accord entre le Gouvernement de la République portugaise et le Gouvernement de la République de Hongrie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	28.2.1992	8.10.1997
	HR	Accord entre la République portugaise et la République de Croatie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	10.5.1995	24.10.1997
	SK	Accord entre la République portugaise et la République slovaque concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	10.7.1995	15.5.1999
	SI	Accord entre la République portugaise et la République de Slovénie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	14.5.1997	4.5.2000
	BG	Accord entre le Gouvernement de la République portugaise et le Gouvernement de la République de Bulgarie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	27.5.1993	20.11.2000
	LT	Accord entre la République portugaise et la République de Lituanie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	27.5.1998	14.8.2003
Roumanie	CY	Accord entre le Gouvernement de la Roumanie et le Gouvernement de la République de Chypre concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	26.7.1991	10.7.1993
	CZ	Accord entre le Gouvernement de la Roumanie et le Gouvernement de la République tchèque pour la promotion et la protection réciproque des investissements	8.11.1993	28.7.1994

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
	PT	Accord entre le Gouvernement de la Roumanie et le Gouvernement de la République portugaise pour la promotion et la protection réciproque des investissements	17.11.1993	17.11.1994
	LT	Accord entre le Gouvernement de la Roumanie et le Gouvernement de la République de Lituanie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	8.3.1994	15.12.1994
	NL	Accord concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements entre le Gouvernement de la Roumanie et le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas	19.4.1994	1.2.1995
	BG	Accord entre le Gouvernement de la Roumanie et le Gouvernement la République de Bulgarie sur la promotion et la protection réciproques des investissements	1.6.1994	23.5.1995
	HR	Accord entre le Gouvernement de la Roumanie et le Gouvernement de la République de Croatie concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements	8.6.1994	9.9.1995
	ES	Accord entre la Roumanie et l'Espagne pour la promotion et la protection réciproque des investissements	25.1.1995	7.12.1995
	SK	Accord entre le Gouvernement de la Roumanie et le Gouvernement de la République slovaque sur la promotion et la protection réciproque des investissements	3.3.1994	7.3.1996
	HU	Accord entre la République de Hongrie et la Roumanie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	16.9.1993	6.5.1996
	FR	Accord entre le Gouvernement de la Roumanie et le Gouvernement de la République française sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	21.3.1995	20.6.1996
	SI	Accord entre le Gouvernement de la Roumanie et le Gouvernement de la République de Slovénie concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements	24.1.1996	24.11.1996
	EL	Accord entre le Gouvernement de la Roumanie et le Gouvernement de la République hellénique concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	23.5.1997	11.6.1998 (RO) 12.6.1998 (EL)
	DE	Traité entre la Roumanie et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	25.6.1996	12.12.1998
	UEBL	Accord entre le Gouvernement de la Roumanie et l'Union économique belgo-luxembourgeoise concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	4.3.1996	9.3.2001
	LV	Accord entre le Gouvernement de la Roumanie et le Gouvernement de la République de Lettonie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	27.11.2001	22.8.2002
République de Slovénie	SK	Accord sur la protection et la promotion réciproques des investissements entre la République de Slovénie et la République slovaque	28.7.1993	28.3.1996
	RO	Accord entre le Gouvernement de République de Slovénie et le Gouvernement de la Roumanie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	24.1.1996	24.11.1996
	DE	Traité entre la République de Slovénie et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	28.10.1993	18.7.1998
	NL	Accord concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements entre le Gouvernement de la République de Slovénie et le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas	24.9.1996	1.8.1998
	EL	Accord entre le Gouvernement de la République de Slovénie et le Gouvernement de la République hellénique concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	29.5.1997	10.2.2000

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
	PL	Accord entre la République de Slovénie et la République de Pologne concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	28.6.1996	31.3.2000
	ES	Accord pour la promotion et la protection réciproque des investissements entre la République de Slovénie et le Royaume d'Espagne	15.7.1998	3.4.2000
	PT	Accord entre la République de Slovénie et la République portugaise sur la promotion et la protection réciproques des investissements	14.5.1997	4.5.2000
	HU	Accord concernant la protection et la promotion réciproques des investissements entre la République de Slovénie et la République de Hongrie	15.10.1996	9.6.2000
	FR	Accord entre le Gouvernement de la République de Slovénie et le Gouvernement de la République française sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	11.2.1998	5.8.2000
	BG	Accord entre le Gouvernement de la République de Slovénie et le Gouvernement de la République de Bulgarie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	30.6.1998	26.11.2000
	MT	Accord entre le Gouvernement de la République de Slovénie et le Gouvernement de Malte concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	15.3.2001	6.11.2001
	UEBL	Accord entre le Gouvernement de la République de Slovénie et l'Union économique belgo-luxembourgeoise concernant l'encouragement et la protection réciproques des investissements	1.2.1999	14.1.2002
	DK	Accord entre le Gouvernement de la République de Slovénie et le Gouvernement du Royaume de Danemark concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	11.5.1999	30.3.2002
	LT	Accord entre le Gouvernement de la République de Slovénie et le Gouvernement de la République de Lituanie sur la promotion et la protection des investissements	13.10.1998	15.5.2002
	HR	Accord entre le Gouvernement de la République de Slovénie et le Gouvernement de la République de Croatie sur la promotion et la protection réciproque des investissements	12.12.1997	8.7.2004
République slovaque	FR	Accord entre la République fédérative tchèque et slovaque et la République française sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	13.9.1990	27.9.1991
	ES	Accord pour la protection et l'encouragement réciproques des investissements entre la République fédérative tchèque et slovaque et le Royaume d'Espagne	12.12.1990	28.11.1991
	UEBL	Accord entre la République socialiste tchécoslovaque et l'Union économique belgo-luxembourgeoise concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	24.4.1989	13.2.1992
	DE	Traité entre la République fédérative tchèque et slovaque et la République fédérale d'Allemagne relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements	2.10.1990	2.8.1992
	DK	Accord entre la République fédérative tchèque et slovaque et le Royaume de Danemark pour la promotion et la protection réciproque des investissements	6.3.1991	19.9.1992 (Succession 1.1.1993)
	NL	Accord relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements entre la République fédérative tchèque et slovaque et le Royaume des Pays-Bas	29.4.1991	1.10.1992
	EL	Accord entre le Gouvernement de la République fédérative tchèque et slovaque et le Gouvernement de la République hellénique pour la promotion et la protection réciproque des investissements	3.6.1991	31.12.1992

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur
	BG	Accord entre le Gouvernement de la République slovaque et le Gouvernement de la République de Bulgarie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	21.7.1994	9.3.1995
	RO	Accord entre le Gouvernement de la République slovaque et le Gouvernement de la Roumanie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	3.3.1994	7.3.1996
	PL	Accord entre la République slovaque et la République de Pologne sur la promotion et la protection réciproques des investissements	18.8.1994	14.3.1996
	SI	Accord sur la protection et la promotion réciproques des investissements entre la République slovaque et la République de Slovénie	28.7.1993	28.3.1996
	HU	Accord entre la République slovaque et la République de Hongrie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	15.1.1993	19.7.1996
	HR	Accord entre le Gouvernement de la République slovaque et le Gouvernement de la République de Croatie concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	12.2.1996	5.2.1997 (SK) 6.2.1997 (HR)
	LV	Accord entre le Gouvernement de la République slovaque et le Gouvernement de la République de Lettonie pour la promotion et la protection réciproque des investissements	9.4.1998	30.10.1998
	PT	Accord entre la République slovaque et la République portugaise concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	10.7.1995	15.5.1999
	MT	Accord entre le Gouvernement de la République slovaque et le Gouvernement de Malte concernant la promotion et la protection réciproque des investissements	7.9.1999	29.5.2000

Anhang B¹Liste der bereits beendeten bilateralen Investitionsschutzverträge,
bei denen eine Nachwirkungsklausel wirksam sein könnte

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens	Datum der Beendigung
Republik Bulgarien	IT	Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Italienischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.12.1988	27.12.1990	1.9.2008
Bundesrepublik Deutschland	PL	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	10.11.1989	24.2.1991	18.10.2019
Hellenische Republik	PL	Abkommen zwischen der Hellenischen Republik und der Republik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.10.1992	20.2.1995	7.11.2019
Königreich Spanien	PL	Abkommen zwischen dem Königreich Spanien und der Republik Polen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	30.7.1992	1.5.1993	16.10.2019
Französische Republik	PL	Abkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.2.1989	10.2.1990	19.7.2019
Republik Kroatien	PL	Abkommen zwischen der Republik Kroatien und der Republik Polen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	21.2.1995	4.10.1995	18.10.2019
Italienische Republik	MT	Abkommen zwischen der Regierung der Italienischen Republik und der Regierung Maltas über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Schutz von Investitionen ²	28.7.1967	15.10.1973	1.3.2008
	BG	Abkommen zwischen der Italienischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	5.12.1988	27.12.1990	1.9.2008
	SI	Abkommen zwischen der Regierung der Italienischen Republik und der Regierung der Republik Slowenien über die Förderung und den Schutz von Investitionen	8.3.2000	11.8.2003	1.9.2008
Republik Zypern	PL	Abkommen zwischen der Republik Zypern und der Republik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	4.6.1992	6.7.1993	17.1.2019
Republik Malta	IT	Abkommen zwischen der Regierung Maltas und der Regierung der Italienischen Republik über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Schutz von Investitionen ³	28.7.1967	15.10.1973	1.3.2008
Königreich der Niederlande	PL	Abkommen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Republik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	7.9.1992	1.2.1994	2.2.2019

¹ Zur Vermeidung von Missverständnissen umfasst jeder in diesem Anhang aufgeführte bilaterale Investitionsschutzvertrag alle zugehörigen Änderungen, Protokolle, Anhänge oder Briefwechsel.

² Dieses Abkommen wurde gemäß seinen Bestimmungen am 1. März 2008 beendet und enthält keine Nachwirkungsklausel. Es wurde diesem Anhang nur zur größeren Sicherheit beigefügt.

³ Dieses Abkommen wurde gemäß seinen Bestimmungen am 1. März 2008 beendet und enthält keine Nachwirkungsklausel. Es wurde diesem Anhang nur zur größeren Sicherheit beigefügt.

Mitgliedstaat	Vertragsstaat(en)	Titel des Vertrags	Datum der Unterzeichnung	Datum des Inkrafttretens	Datum der Beendigung
Republik Polen	FR	Abkommen zwischen der Regierung der Volksrepublik Polen und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.2.1989	10.2.1990	19.7.2019
	DE	Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	10.11.1989	24.2.1991	18.10.2019
	ES	Abkommen zwischen der Republik Polen und dem Königreich Spanien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	30.7.1992	1.5.1993	16.10.2019
	CY	Abkommen zwischen der Republik Polen und der Republik Zypern über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	4.6.1992	6.7.1993	17.1.2019
	NL	Abkommen zwischen der Republik Polen und dem Königreich der Niederlande über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	7.9.1992	1.2.1994	2.2.2019
	PT	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Polen und der Regierung der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.3.1993	3.8.1994	3.8.2019
	EL	Abkommen zwischen der Republik Polen und der Hellenischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	14.10.1992	20.2.1995	7.11.2019
	HR	Abkommen zwischen der Republik Polen und der Republik Kroatien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	21.2.1995	4.10.1995	18.10.2019
Portugiesische Republik	PL	Abkommen zwischen der Regierung der Portugiesischen Republik und der Regierung der Republik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen	11.3.1993	3.8.1994	3.8.2019
Republik Slowenien	IT	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung der Italienischen Republik über die Förderung und den Schutz von Investitionen	8.3.2000	11.8.2003	1.9.2008

Annex B¹List of Bilateral Investment Treaties that have already been terminated
and where a sunset clause may be in effect

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force	Termination date
Republic of Bulgaria	IT	Agreement between the People's Republic of Bulgaria and the Italian Republic on mutual promotion and protection of investments	5.12.1988	27.12.1990	1.9.2008
Federal Republic of Germany	PL	Agreement between the Federal Republic of Germany and the Polish People's Republic on the promotion and reciprocal protection of investments	10.11.1989	24.2.1991	18.10.2019
Hellenic Republic	PL	Agreement between the Hellenic Republic and the Republic of Poland for the promotion and reciprocal protection of investments	14.10.1992	20.2.1995	7.11.2019
Kingdom of Spain	PL	Agreement between the Kingdom of Spain and the Republic of Poland on the reciprocal promotion and protection of investment	30.7.1992	1.5.1993	16.10.2019
French Republic	PL	Agreement between the Government of the French Republic and the Government of the Polish People's Republic on the reciprocal encouragement and protection of investment	14.2.1989	10.2.1990	19.7.2019
Republic of Croatia	PL	Agreement between the Republic of Croatia and the Republic of Poland on the reciprocal promotion and protection of investments	21.2.1995	4.10.1995	18.10.2019
Italian Republic	MT	Agreement between the Government of the Italian Republic and the Government of Malta relating to economic cooperation and protection of investments ²	28.7.1967	15.10.1973	1.3.2008
	BG	Agreement between the Italian Republic and the People's Republic of Bulgaria on mutual promotion and protection of investments	5.12.1988	27.12.1990	1.9.2008
	SI	Agreement between the Government of the Italian Republic and the Government of the Republic of Slovenia on the promotion and protection of investments	8.3.2000	11.8.2003	1.9.2008
Republic of Cyprus	PL	Agreement between the Republic of Cyprus and the Republic of Poland for the promotion and reciprocal protection of investments	4.6.1992	6.7.1993	17.1.2019
Republic of Malta	IT	Agreement between the Government of Malta and the Government of the Italian Republic relating to economic cooperation and protection of investments ³	28.7.1967	15.10.1973	1.3.2008
Kingdom of the Netherlands	PL	Agreement between the Kingdom of the Netherlands and the Republic of Poland on encouragement and reciprocal protection of investments	7.9.1992	1.2.1994	2.2.2019

¹ For the avoidance of doubt, every Bilateral Investment Treaty listed in this Annex encompasses, as the case may be, any amendment, protocol, annex or exchange of letters thereto.

² This Treaty has been terminated as of 1.3.2008 according to its terms and does not contain a Sunset Clause. It is only included in this Annex for greater certainty.

³ This Treaty has been terminated as of 1.3.2008 according to its terms and does not contain a Sunset Clause. It is only included in this Annex for greater certainty.

Member State	Party/ Parties	Treaty title	Date of signature	Date of entry into force	Termination date
Republic of Poland	FR	Agreement between the Government of the Polish People's Republic and the Government of the French Republic on the reciprocal encouragement and protection of investment	14.2.1989	10.2.1990	19.7.2019
	DE	Agreement between the Polish People's Republic and the Federal Republic of Germany on the promotion and reciprocal protection of investments	10.11.1989	24.2.1991	18.10.2019
	ES	Agreement between the Republic of Poland and the Kingdom of Spain on the reciprocal promotion and protection of investment	30.7.1992	1.5.1993	16.10.2019
	CY	Agreement between the Republic of Poland and the Republic of Cyprus for the promotion and reciprocal protection of investments	4.6.1992	6.7.1993	17.1.2019
	NL	Agreement between the Republic of Poland and the Kingdom of the Netherlands on encouragement and reciprocal protection of investments	7.9.1992	1.2.1994	2.2.2019
	PT	Agreement between the Government of the Republic of Poland and the Government of the Portuguese Republic on promotion and reciprocal protection of investments	11.3.1993	3.8.1994	3.8.2019
	EL	Agreement between the Republic of Poland and the Hellenic Republic for the promotion and reciprocal protection of investments	14.10.1992	20.2.1995	7.11.2019
	HR	Agreement between the Republic of Poland and the Republic of Croatia on the reciprocal promotion and protection of investments	21.2.1995	4.10.1995	18.10.2019
Portuguese Republic	PL	Agreement between the Government of the Portuguese Republic and the Government of the Republic of Poland on promotion and reciprocal protection of investments	11.3.1993	3.8.1994	3.8.2019
Republic of Slovenia	IT	Agreement between the Government of the Republic of Slovenia and the Government of the Italian Republic on the promotion and protection of investments	8.3.2000	11.8.2003	1.9.2008

Annexe B¹

Liste des Traités bilatéraux d'investissement ayant déjà pris fin et dont une clause de survie est susceptible d' être en vigueur

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur	Date d'extinction
République de Bulgarie	IT	Accord entre la République populaire de Bulgarie et la République italienne concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	5.12.1988	27.12.1990	1.9.2008
République fédérale d'Allemagne	PL	Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la République populaire de Pologne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	10.11.1989	24.2.1991	18.10.2019
République hellénique	PL	Accord entre la République hellénique et la République de Pologne pour la promotion et la protection réciproque des investissements	14.10.1992	20.2.1995	7.11.2019
Royaume d'Espagne	PL	Accord entre le Royaume d'Espagne et la République de Pologne pour la protection et l'encouragement réciproques des investissements	30.7.1992	1.5.1993	16.10.2019
République française	PL	Accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République populaire de Pologne sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	14.2.1989	10.2.1990	19.7.2019
République de Croatie	PL	Accord entre la République de Croatie et la République de Pologne concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	21.2.1995	4.10.1995	18.10.2019
République italienne	MT	Accord entre le Gouvernement de la République italienne et le Gouvernement de Malte concernant la coopération économique et la protection des investissements ²	28.7.1967	15.10.1973	1.3.2008
	BG	Accord entre la République italienne et la République populaire de Bulgarie concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	5.12.1988	27.12.1990	1.9.2008
	SI	Accord entre le Gouvernement de la République italienne et le Gouvernement de la République de Slovénie concernant la promotion et la protection des investissements	8.3.2000	11.8.2003	1.9.2008
République de Chypre	PL	Accord entre la République de Chypre et la République de Pologne pour la promotion et la protection réciproque des investissements	4.6.1992	6.7.1993	17.1.2019
République de Malte	IT	Accord entre le Gouvernement de Malte et le Gouvernement de la République italienne concernant la coopération économique et la protection des investissements ³	28.7.1967	15.10.1973	1.3.2008
Royaume des Pays-Bas	PL	Accord entre le Royaume des Pays-Bas et la République de Pologne concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements	7.9.1992	1.2.1994	2.2.2019

¹ Aux fins de clarification, chaque mention d'un Traité d'investissement bilatéral figurant dans la présente annexe englobe, selon le cas, l'ensemble des modifications, protocoles, annexes ou échanges de lettres dont il a pu faire l'objet.

² Il a été mis fin à ce traité le 1^{er} mars 2008 conformément à ses dispositions, et ce traité ne contient pas de Clause de survie. Il n'est inclus dans la présente annexe qu'aux fins de clarification.

³ Il a été mis fin à ce traité le 1^{er} mars 2008 conformément à ses dispositions, et ce traité ne contient pas de Clause de survie. Il n'est inclus dans la présente annexe qu'aux fins de clarification.

État membre	Partie(s)	Titre du traité	Date de signature	Date d'entrée en vigueur	Date d'extinction
République de Pologne	FR	Accord entre le Gouvernement de la République populaire de Pologne et le Gouvernement de la République française sur l'encouragement et la protection réciproques des investissements	14.2.1989	10.2.1990	19.7.2019
	DE	Accord entre la République populaire de Pologne et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements	10.11.1989	24.2.1991	18.10.2019
	ES	Accord entre la République de Pologne et le Royaume d'Espagne sur la protection et l'encouragement réciproques des investissements	30.7.1992	1.5.1993	16.10.2019
	CY	Accord entre la République de Pologne et la République de Chypre sur la promotion et la protection réciproque des investissements	4.6.1992	6.7.1993	17.1.2019
	NL	Accord entre la République de Pologne et le Royaume des Pays-Bas sur l'encouragement et la protection réciproque des investissements	7.9.1992	1.2.1994	2.2.2019
	PT	Accord entre le Gouvernement de la République de Pologne et le Gouvernement de la République portugaise concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	11.3.1993	3.8.1994	3.8.2019
	EL	Accord entre la République de Pologne et la République hellénique pour la promotion et la protection réciproque des investissements	14.10.1992	20.2.1995	7.11.2019
	HR	Accord entre la République de Pologne et la République de Croatie sur la promotion et la protection réciproques des investissements	21.2.1995	4.10.1995	18.10.2019
République portugaise	PL	Accord entre le Gouvernement de la République portugaise et le Gouvernement de la République de Pologne concernant la promotion et la protection réciproques des investissements	11.3.1993	3.8.1994	3.8.2019
République de Slovénie	IT	Accord entre le Gouvernement de la République de Slovénie et le Gouvernement de la République italienne concernant la promotion et la protection des investissements	8.3.2000	11.8.2003	1.9.2008

Anhang C

In Artikel 7 genannte Erklärung

Unter Bezugnahme auf das oben genannte Verfahren setzen [Name des Herkunftsmitgliedstaats], in dem der Kläger seinen Sitz hat, und [Name des beklagten Mitgliedstaats] das Schiedsgericht hiermit davon in Kenntnis, dass Parteien der EU-Verträge und der EU-internen bilateralen Investitionsschutzverträge zu der nachstehenden, in Artikel 4 Absatz 1 des Übereinkommens zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union niedergelegten Übereinkunft gelangt sind:

„Hiermit bestätigen die Vertragsparteien, dass *Schiedsklauseln* im Widerspruch zu den EU-Verträgen stehen und daher nicht anwendbar sind. Aufgrund dieser Unvereinbarkeit zwischen *Schiedsklauseln* und den EU-Verträgen kann eine *Schiedsklausel* in einem *bilateralen Investitionsschutzvertrag* ab dem Zeitpunkt, zu dem der letzte Vertragsstaat dieses *bilateralen Investitionsschutzvertrags* ein Mitgliedstaat der Europäischen Union geworden ist, nicht als Rechtsgrundlage für ein *Schiedsverfahren* dienen.“

Für die kursiv geschriebenen Begriffe gelten die in Artikel 1 des Übereinkommens zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union festgelegten Begriffsbestimmungen.

Annex C

Statement referred to in Article 7

With reference to the above mentioned case, [name of host Member State], in which the Claimant is established, and [name of defending Member State] hereby inform the Arbitral Tribunal that the parties to the EU Treaties and intra-EU bilateral investment treaties share the following common understanding, expressed in Article 4(1) of the Agreement for the termination of Bilateral Investment Treaties between the Member States of the European Union, that:

“The Contracting Parties hereby confirm that Arbitration Clauses are contrary to the EU Treaties and thus inapplicable. As a result of this incompatibility between Arbitration Clauses and the EU Treaties, as of the date on which the last of the parties to a Bilateral Investment Treaty became a Member State of the European Union, the Arbitration Clause in such a Bilateral Investment Treaty cannot serve as legal basis for Arbitration Proceedings.”

For capitalised terms, please see the definitions laid down in Article 1 of the Agreement for the termination of Bilateral Investment Treaties between the Member States of the European Union.

Annexe C

Déclaration visée à l'article 7

En ce qui concerne l'affaire susmentionnée, [nom de l'État membre d'accueil], où est établie la Requérante, et [nom de l'État membre défendeur], informent par la présente le Tribunal arbitral que les parties aux traités de l'Union et aux traités bilatéraux d'investissement intra-Union partagent la communauté de vues suivante, exposée à l'article 4, paragraphe 1, de l'Accord portant extinction des Traités bilatéraux d'investissement entre États membres de l'Union européenne :

« Les Parties confirment que les Clauses d'arbitrage sont contraires aux traités de l'Union, et qu'elles sont donc inapplicables. En raison de cette incompatibilité entre les Clauses d'arbitrage et les traités de l'Union, à compter de la date à laquelle la dernière des parties à un Traité bilatéral d'investissement est devenue un État membre de l'Union européenne, la Clause d'arbitrage figurant dans un tel Traité bilatéral d'investissement ne peut servir de fondement juridique à une Procédure d'arbitrage. »

Pour les termes comportant une majuscule, veuillez vous reporter aux définitions énoncées à l'article 1 de l'Accord portant extinction des Traités bilatéraux d'investissement entre États membres de l'Union européenne.

Anhang D

Indikative Aufstellung der Honorare
für den Vermittler nach Artikel 9 Absatz 8 letzter Satz

Initiierung des strukturierten Dialogs, vorläufige interne Analyse und Aufforderung an den Investor und den Mitgliedstaat, in dem die Investition getätigt wurde, sich binnen zwei Monaten nach seiner Bestellung schriftlich zu äußern	1 000 EUR
Organisation der Verhandlungen zur Streitbeilegung und Unterstützung der Parteien im Hinblick auf die Erzielung einer gütlichen Einigung	1 000 EUR
Ausarbeitung einer gütlichen Einigung	1 000 EUR
(Sofern keine gütliche Einigung erzielt wurde,) Organisation weiterer Verhandlungen auf der Grundlage der Änderungsvorschläge der Parteien mit dem Ziel, eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden	1 000 EUR
(Sofern noch keine Lösung gefunden wurde,) Vorschlag für eine gütliche Einigung	1 000 EUR

Annex D

Indicative fee schedule for the facilitator
under the last sentence of article 9(8)

Initiation of the structured dialogue, preliminary internal analysis and request to the investor and the host Member State of the investment to provide written submissions within 2 months from his/her appointment	1 000 EUR
Organisation of the settlement negotiations and support to the parties with a view to reaching an amicable settlement	1 000 EUR
Draft amicable settlement	1 000 EUR
(If amicable settlement not accepted) organisation of further negotiations based on the changes requested by the parties with the aim of finding a mutually acceptable solution of the dispute	1 000 EUR
(If no solution has yet been found) proposal for an amicable settlement	1 000 EUR

Annexe D

Barème d'honoraires indicatif pour le facilitateur,
conformément à l'article 9, paragraphe 8, dernière phrase

Ouverture du dialogue structuré, analyse interne préliminaire et demande par le facilitateur à l'investisseur et à l'État membre d'accueil de l'investissement de lui présenter leurs observations écrites dans les deux mois suivant sa nomination	1 000 EUR
Organisation de négociations et soutien aux parties en vue de parvenir à un règlement amiable	1 000 EUR
Projet de règlement amiable	1 000 EUR
(Si le règlement amiable n'est pas accepté) organisation de nouvelles négociations sur la base des modifications demandées par les parties en vue de trouver une solution mutuellement acceptable du différend	1 000 EUR
(Si aucune solution n'a été trouvée) proposition de règlement amiable	1 000 EUR

Denkschrift

A. Allgemeines

Vorgeschichte

Mit dem Übereinkommen zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (im Folgenden: „Übereinkommen“) setzen die vertragschließenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in der Rechtssache C-284/16 (Slowakische Republik ./ Achmea B.V.) vom 6. März 2018 (im Folgenden: Achmea-Urteil) um. In diesem Urteil hat der EuGH die Schiedsklausel in dem bilateralen Investitionsschutzvertrag zwischen dem Königreich der Niederlande und der Slowakischen Republik für unvereinbar mit dem Unionsrecht erklärt. Das Urteil ist auf alle Investitionsschutzverträge, die zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Kraft sind (im Folgenden: Intra-EU-Investitionsschutzverträge), übertragbar. Zuvor hatte bereits die EU-Kommission auf unionsrechtliche Bedenken gegen Intra-EU-Investitionsschutzverträge hingewiesen, u. a. weil diese den Schutz von der Staatsangehörigkeit des Investors abhängig machen.

Am 15. Januar 2019 haben sich 22 EU-Mitgliedstaaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, in einer vom Bundeskabinett gebilligten gemeinsamen politischen Erklärung verpflichtet, ihre Intra-EU-Investitionsschutzverträge in Ansehung des Achmea-Urteils koordiniert aufzuheben. Die übrigen sechs EU-Mitgliedstaaten haben sich in zwei separaten politischen Erklärungen vom 16. Januar 2019 ebenfalls zu einer Aufhebung ihrer Intra-EU-Investitionsschutzverträge verpflichtet.

Verhandlungsprozess und Verfahren

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben unter der Moderation der Europäischen Kommission (im Folgenden: „Kommission“) im Herbst 2019 im Rahmen der von der Kommission eingerichteten „Group for the Termination of Intra-EU-Bilateral Investment Treaties“ formale Verhandlungen über das Übereinkommen aufgenommen.

Die Verhandlungen über das Übereinkommen sind am 24. Oktober 2019 im Rahmen einer Botschafterkonferenz in Brüssel in wesentlichen Teilen abgeschlossen worden. Am 5. Mai 2020 haben 23 Mitgliedstaaten der Europäischen Union das Übereinkommen in Brüssel unterzeichnet. Nicht unterzeichnet haben das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, das die Europäische Union zum 31. Januar 2020 verlassen hat, das Königreich Schweden, die Republik Finnland, die Republik Österreich und Irland. Diese fünf Staaten haben angekündigt, ihre Intra-EU-Investitionsschutzverträge bilateral aufzuheben.

Damit das Übereinkommen endgültig in Kraft treten kann, muss es nach seinen Artikeln 15 bis 17 von den vertragschließenden Parteien gemäß ihrem jeweils nationalen Verfassungsrecht ratifiziert werden. In der Bundesrepublik Deutschland ist dafür ein Ratifikationsgesetz gemäß Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 zweite Alternative des Grundgesetzes erforderlich.

Politische Bedeutung

Das Übereinkommen dient der einheitlichen Umsetzung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs im Achmea-Urteil in den und der Sicherstellung der Einhaltung des Unionsrechts durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Zu diesem Zweck werden die Intra-EU-Investitionsschutzverträge der vertragschließenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu identischen Bedingungen beendet, was Verwerfungen im Binnenmarkt vermeidet und den Aufhebungsprozess beschleunigt.

Die Kommission hat am 26. Mai 2020 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase und eine öffentliche Konsultation (Rückmeldefrist: 8. September 2020) zum Thema „Grenzüberschreitende Investitionen innerhalb der Europäischen Union – Präzisierung und Ergänzung der EU-Vorschriften“ eingeleitet. Um das Investitionsklima in der Europäischen Union zu optimieren, soll diese Initiative folgende Möglichkeiten ausloten:

- Präzisierung der Vorschriften zum Schutz und zur Erleichterung grenzübergreifender Investitionen innerhalb der Europäischen Union;
- Einführung neuer Maßnahmen zur Schließung noch bestehender Lücken;
- Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in Streitfällen zwischen Investoren und einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

B. Besonderes (Inhalt des Abkommens)

Das Übereinkommen ist eine multilaterale völkerrechtliche Vereinbarung zwischen 23 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, an der die Europäische Union als eigene Völkerrechtspersönlichkeit selbst nicht beteiligt ist. Das Übereinkommen hebt die bilateralen Investitionsschutzverträge, die die Vertragsstaaten in der Vergangenheit untereinander abgeschlossen haben, unter Verzicht auch auf deren etwaige Nachwirkungsfristen auf. Die Nachwirkungsklauseln in solchen Intra-EU-Investitionsschutzverträgen, die als gesamter Vertrag bereits gekündigt worden sind, werden ebenfalls beendet. Dies betrifft für die Bundesrepublik Deutschland nur eine Nachwirkungsklausel, nämlich diejenige im bilateralen Intra-EU-Investitionsschutzvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen, den die Republik Polen mit Verbalnote vom 17. Oktober 2018 (eingegangen am 18. Oktober 2018) einseitig gekündigt hat.

Außerdem werden Investoren aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die gegenwärtig noch Schiedsverfahren auf Grundlage der Intra-EU-Investitionsschutzverträge gegen andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union führen, aufgefordert, diese Schiedsverfahren zu beenden. Um diese Investoren nicht schutzlos zu stellen und um solche Streitigkeiten effizient abzuwickeln, ist ein Vermittlungsverfahren vorgesehen, in dem die Parteien dieser laufenden Schiedsverfahren ihre Streitigkeiten gütlich beilegen können. Zusätzlich wird Investoren, die ihre Schiedsverfahren innerhalb vorgegebener Fristen freiwillig beenden, der Zugang zu den zuständigen nationalen Gerichten ohne Rücksicht auf etwaig bereits abgelaufene Verjährungsfristen eröffnet.

Abgeschlossene Schiedsverfahren, in deren Umsetzung schiedsgerichtlich festgestellte Ansprüche bereits bedient worden sind, werden durch das Abkommen nicht berührt. Es findet auch keine Rückabwicklung von bereits vollstreckten Schiedssprüchen statt, die in solchen abgeschlossenen Schiedsverfahren ergangen sind.

Im Einzelnen:

Präambel

Die Präambel formuliert die Beweggründe für den Abschluss des Übereinkommens: Nämlich den gemeinsamen Wunsch der Vertragsparteien nach weiterer Stärkung und Intensivierung ihrer wechselseitigen Beziehungen sowie nach Förderung von Fortschritten als Beitrag zu einer verstärkten politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Der Text des Übereinkommens besteht aus 18 Artikeln sowie vier Anhängen.

Abschnitt 1: Begriffsbestimmungen

(Artikel 1)

Artikel 1 des Übereinkommens enthält Begriffsbestimmungen und Definitionen.

Abschnitt 2: Bestimmungen zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge

(Artikel 2 bis 4)

In Artikel 2 des Übereinkommens vereinbaren die Vertragsparteien, ihre im Anhang A zum Übereinkommen im Einzelnen aufgeführten Intra-EU-Investitionsschutzverträge einschließlich der in diesen enthaltenen Nachwirkungsfristen zu beenden. Gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Übereinkommens tritt jeder einzelne Intra-EU-Investitionsschutzvertrag außer Kraft, sobald das Übereinkommen für beide Vertragsparteien dieses Intra-EU-Investitionsschutzvertrags gemäß Artikel 16 des Übereinkommens in Kraft tritt.

Artikel 2 erfasst 13 der insgesamt 14 Intra-EU-Investitionsschutzverträge, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Kraft sind, und die in Anhang A des Übereinkommens aufgeführt sind. Dies sind die Verträge zwischen jeweils der Bundesrepublik Deutschland und dem damaligen Königreich Griechenland vom 27. März 1961, der Republik Malta vom 17. September 1974, der Portugiesischen Republik vom 16. September 1980, der damaligen Ungarischen Volksrepublik vom 30. April 1986, der damaligen Volksrepublik Bulgariens vom 12. April 1986, der damaligen Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik vom 2. Oktober 1990, der Republik Lettland vom 20. April 1993, der Republik Estland vom 12. November 1992, der Republik Litauen vom 28. Februar 1992, der Republik Slowenien vom 28. Oktober 1993, Rumänien vom 25. Juni 1996 und der Republik Kroatien vom 21. März 1997. Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der damaligen Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik vom 2. Oktober 1990 ist nach deren Auflösung am 25. November 1992 auf Seite der aufgelösten Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik auf deren zwei Rechtsnachfolgerinnen, nämlich die

Tschechische Republik und die Slowakische Republik übergegangen.

Artikel 3 des Übereinkommens beendet die Rechtswirkungen der Nachwirkungsfristen von bereits gekündigten Intra-EU-Investitionsschutzverträgen, die in Anhang B des Übereinkommens aufgeführt sind. Auch diese Beendigung tritt gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Übereinkommens erst dann in Kraft, wenn das Übereinkommen für beide Vertragsparteien eines in Anhang B gelisteten Intra-EU-Investitionsschutzvertrags in Kraft getreten ist. Als einziger deutscher Vertrag fällt hierunter der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der damaligen Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vom 10. November 1989, den die Republik Polen als Rechtsnachfolgerin der damaligen Volksrepublik Polen mit Verbalnote vom 17. Oktober 2018 (eingegangen am 18. Oktober 2018) einseitig gekündigt hat. Der Vertrag ist mit Ablauf des 18. Oktober 2019 außer Kraft getreten, seine Nachwirkung endet am 18. Oktober 2039.

In Artikel 4 des Übereinkommens bestätigen die Vertragsparteien, dass Investor-Staat-Schiedsklauseln in Intra-EU-Investitionsschutzverträgen im Widerspruch zu den EU-Verträgen stehen, mithin nicht anwendbar sind und dass folglich diese Schiedsklauseln ab dem Zeitpunkt, zu dem der letzte Vertragsstaat eines Intra-EU-Investitionsschutzvertrags Mitgliedstaat der Europäischen Union geworden ist, nicht mehr als Rechtsgrundlage für Schiedsverfahren dienen können.

Abschnitt 3: Bestimmungen zu Ansprüchen, die im Rahmen bilateraler Investitionsschutzverträge geltend gemacht werden

(Artikel 5 bis 10)

Nach Artikel 5 des Übereinkommens sollen Investor-Staat-Schiedsklauseln in Intra-EU-Investitionsschutzverträgen nicht mehr als Rechtsgrundlage für neue Schiedsverfahren herangezogen werden. Artikel 6 Absatz 1 des Übereinkommens regelt, dass abgeschlossene Investor-Staat-Schiedsverfahren durch das Übereinkommen unberührt bleiben und nicht wieder aufgenommen oder rückabgewickelt werden. „Abgeschlossene Schiedsverfahren“ sind gemäß der Legaldefinition in Artikel 1 des Übereinkommens nur solche Schiedsverfahren, in denen ein endgültiger Schiedsspruch vor dem 6. März 2016 ergangen ist, der entweder (i) vor dem 6. März 2016 ordnungsgemäß vollstreckt wurde und am 6. März 2016 nicht Gegenstand eines anhängigen Aufhebungsverfahrens war, oder der (ii) vor Inkrafttreten des Übereinkommens aufgehoben oder annulliert worden ist.

Artikel 6 Absatz 2 des Übereinkommens regelt, dass Vergleichsvereinbarungen, die im Rahmen eines vor dem 6. März 2018 angestrebten Investor-Staat-Schiedsverfahrens auf Grundlage von Intra-EU-Investitionsschutzverträgen getroffen wurden, von dem Übereinkommen ebenfalls unberührt bleiben.

Artikel 7 des Übereinkommens formuliert Unterrichtspflichten. Nach Artikel 7 Buchstabe b ersuchen die Vertragsparteien des Übereinkommens, sofern sie gleichzeitig Partei eines Gerichtsverfahrens sind, das einen im Rahmen eines Intra-EU-Investitionsschutzvertrags ergangenen Schiedsspruch betrifft, das zuständige nationale Gericht darum, den Schiedsspruch aufzuheben, zu annullieren

lieren oder von dessen Anerkennung und Vollstreckung abzusehen.

Die Artikel 8, 9 und 10 des Übereinkommens legen die Übergangsregelungen für laufende Investitionsschiedsverfahren fest und räumen Investoren unter Vertrauensschutzgesichtspunkten alternative Rechtsschutzmöglichkeiten ein.

Artikel 8 des Übereinkommens enthält Übergangsregelungen im Zusammenhang mit anhängigen Investor-Staat-Schiedsverfahren auf Grundlage der vom Übereinkommen erfassten Intra-EU-Investitionsschutzverträge.

Artikel 9 des Übereinkommens sieht für Investoren, die Partei eines anhängigen Investor-Staat-Schiedsverfahrens auf Grundlage eines Intra-EU-Investitionsschutzvertrags sind, die Möglichkeit vor, ihre Streitigkeit im Rahmen eines Mediationsverfahrens beizulegen.

Nach Artikel 10 des Übereinkommens kann ein Investor, der Partei eines anhängigen Schiedsverfahrens auf Grundlage eines vom Übereinkommen erfassten Intra-EU-Investitionsschutzvertrags ist, unter bestimmten Bedingungen die Streitigkeit vor nationalen Gerichten beilegen lassen, auch wenn unter nationalem Prozess- oder Verfahrensrecht zwischenzeitlich Verjährungsfristen abgelaufen sind.

Abschnitt 4: Schlussbestimmungen

(Artikel 11 bis 18)

Die Artikel 11 bis 18 des Übereinkommens enthalten die Schlussbestimmungen unter anderem bezüglich Ratifikation, Inkrafttreten und Streitbeilegung.

C. Anhänge

Das Übereinkommen hat vier Anhänge, die gemäß Artikel 12 Absatz 1 des Übereinkommens Bestandteil des Übereinkommens sind. Sie betreffen im Einzelnen:

Anhang A: Der Anhang zu Artikel 2 des Übereinkommens enthält die Liste der durch das Übereinkommen beendeten bilateralen Investitionsschutzverträge.

Anhang B: Der Anhang zu Artikel 3 des Übereinkommens enthält die Liste der bereits beendeten bilateralen Investitionsschutzverträge, bei denen eine Nachwirkungsklausel wirksam sein könnte.

Anhang C: Der Anhang zu Artikel 7 des Übereinkommens enthält ein Musterschreiben zur Information von Schiedsgerichten.

Anhang D: Der Anhang zu Artikel 9 Absatz 8 Satz 5 des Übereinkommens enthält eine Aufstellung von Vermittlerhonoraren für Mediationsverfahren.

